

AUFTRAG



HEFT 285 – APRIL 2012

52. JAHRGANG



- Erziehung zu Frieden und Gerechtigkeit
- Libanon — eine Beschreibung
- Papstbesuch in Mexiko und Kuba
- Übergabe in Verantwortung
- Islam im Wandel?
- Orientierung an Werten in den Medien

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

www.katholische-soldaten.de

EDITORIAL 3

SEITE DES BUNDESVORSITZENDEN 4

SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

- Die jungen Menschen zum Frieden
und zur Gerechtigkeit erziehen
Botschaft zum Weltfriedenstag 2012
von Papst Benedikt XVI. 5
- Übergabe in Verantwortung
Erklärung der GKS 9
- „Den Aufbruch wagen“ – Jahresempfang
der Kölner GKS-Kreise
von *Helmut Leipertz* 10

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

- Libanon – eine Beschreibung
von *Tim Knoche* 12
- Ländliche Räume im Umbruch
Herausforderungen in Mittel- und Osteuropa
von *Heinrich Dorndorf* 17
- Papstbesuch in Mexiko und Kuba
von *Carl-H. Pierck* 19
- Arabischer Frühling und christlicher Winter
Pressemitteilung der „Kirche in Not“ 21
- Macht des Faktischen zwingt die
Theologie zum Umdenken
von *Said alDailami* 22

BILD DES SOLDATEN

- Was ist ein Diakon?
von *Walter Raab* 25

RELIGION UND GESELLSCHAFT

- Es ist kein Zwang in der Religion
Pressemitteilung des Instituts für Islamfragen . . 27
- Islamunterricht in Deutschland
von *Bertram Bastian* 29
- Orientierung an Werten in den Medien
von der Fachtagung des Cartellverbandes
von *Bertram Bastian* 30

KIRCHE UNTER SOLDATEN

- Auszeichnung für Hptm a.D. Winfried Puth
von *Winfried Puth* 32

AUS BEREICHEN, STANDORTEN UND GKS

GKS-KREIS BAD NEUENAUH-ÄHRWEILER

- Winterwanderung 33

GKS-KREIS HAMMELBURG

- Arche-Noah-Chor gestaltet Gottesdienst 33
- Waldweihnacht in Hammelburg 33
- Patrozinium „Christkönig“ 35

GKS-KREIS KÖLN

- Advent – kurz vor Weihnachten 35

KATHOLISCHES MILITÄRPFARRAMT BONN

- Empfang anlässlich des Neuen Kirchenjahres . . 36
- Einführungsgottesdienstes für den „Neuen“ . . . 37

GKS-KREIS KÖLN-WAHN

- Cybermobbing geht uns alle an 38

GKS-BEREICH WEST

- Interkulturelle Kompetenz oder
„den dritten Weg suchen“ 39
- Wechsel des Bereichsgeschäftsführers 41

BUCHBESPRECHUNGEN: 42

KURZ BERICHTET: 8, 11, 26, 31, 32, 41

TERMINE. 43

IMPRESSUM. 44



TITELBILD: In den sechziger Jahren fand Unterricht in solchen Klassen statt. In Bildung zu investieren war und bleibt eine Zukunftsinvestition. In seiner diesjährigen Botschaft zum Weltfriedenstag geht Papst Benedikt XVI. gezielt auf die Erziehung der Jugend ein, damit Frieden und Gerechtigkeit wachsen. (Foto: Bertram Bastian)

Jahres-CD mit den Jahrgängen 2000-2011 Heft 238-284

(Heft 238 bis 251 nur Titelseiten und Inhaltsverzeichnisse)

den und Gerechtigkeit vorzuleben, eine christliche Gemeinschaft aufzubauen und zu gestalten.

Dazu gehört aber auch, gute Bedingungen zu schaffen, damit der Wille zum Lernen, erst recht zum lebenslangen Lernen, Allgemeingut werden kann. So gesehen ist es an der Zeit, der wachsenden Anzahl von Kindern mit muslimischen Glauben eine Möglichkeit zu geben, ihre Religion nicht nur in Hinterhöfen, Garagen oder Waschküchen kennen zu lernen, sondern auch in den staatlichen Institutionen. Dazu lesen Sie den Artikel über den geplanten Islamunterricht in Deutschland.

Überhaupt ist in der muslimischen Welt einiges im Wandel. Dr. Said alDailami berichtet über die Jahrhundert-Fatwa. Das Institut für Islamfragen stellt in seiner Pressemitteilung dar, dass es keinen Zwang in der Religion gäbe. Dazu gehört die Lage der Christen in diesem „Arabischen Frühling“. Diese Situation schildert „Kirche in Not“ eindringlich.

Die Berichte aus den Kreisen und Bereichen sind zahlreich in der Redaktion eingegangen, dafür der herzliche Dank des Chefredakteurs an alle, die sich der Mühe unterziehen, einen Bericht anzufertigen.

Die Berichte des 13. Seminars der GKS-Akademie Oberst Korn sind leider noch nicht vollzählig. Deshalb hat die Redaktion entschieden, diesen Bericht als Ganzes in den nächsten AUFTRAG zu geben. Ich wünsche Ihnen unterhaltsame Lektüre und viele Anregungen mit dem neuen Heft,

Dr. J. Janssen

editorial:

Liebe Leserschaft,

Die „Bildungslandschaft“ in Deutschland ist gekennzeichnet durch den Föderalismus und die damit verbundene Kulturhoheit der sechzehn Bundesländer. Dabei ist Bildungspolitik eine Zukunftsentcheidung eines Staates, denn nur mit gut ausgebildeten Jugendlichen kann eine prosperierende Wirtschaft aufgebaut werden. Es kommt entscheidend darauf an, dass eine familienfreundliche Wirtschaftspolitik gestaltet wird. Zurzeit ist nur eine wirtschaftsfreundliche Familienpolitik erkennbar. Papst Benedikt XVI. sagt in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag sehr deutlich, dass die Bereitschaft zur Erziehung eine Grundvoraussetzung sei, zusammen mit der Bereitschaft Frie-

„Einen neuen Aufbruch wagen!“

„Einen neuen Aufbruch wagen“, so lautet das Motto des 98. Katholikentages. Für die Laien ist der Katholikentag sicher eine wichtige Etappe im Gesprächsprozess, den die „Deutsche Bischofskonferenz“ im vergangenen Sommer mit Vertreten aller Bereiche der Kirche aufgenommen hat. Wer aufbricht, der ist nicht am Ziel, sondern begibt sich erst auf den Weg. Da ist es schon viel, das Ziel zu kennen, aber oft keine Voraussetzung für den Start, manchmal muss schon die Richtung ausreichen.

Auch für die GKS ist hier ein Aufbruch gefordert. Ein Aufbruch zum Stimme erheben, zum mehr Position beziehen und letztlich zum mehr Verantwortung übernehmen. Als katholischer Verband dürfen wir nicht kleinlaut bleiben, wenn die ethischen Fragen nach der Begründung von Einsätzen bis zur Verantwortung des Einzelnen gestellt werden. Und genau diesen Fragen wollen wir uns in Mannheim stellen, in vielen Einzelgesprächen am Stand der GKS und auch in größerer Runde gemeinsam mit anderen Organisationen. Beides ist immer Herausforderung und Chance zugleich. Die Gelegenheit dürfen wir nicht versäumen, wir müssen sie suchen, denn das ist unser Auftrag! Unsere Position in wichtigen Fragen ist geschärft, gerade wurde der Flyer zur „Übergabe in Verantwortung“ aktualisiert. Damit ist erneut klargestellt, wofür wir stehen, bleibt „nur noch“ es zu sagen! Auch wenn der laufende Einsatz in Afghanistan

immer noch im Focus der Überlegungen steht, was machen andere Szenare? Die „Arabellion“ ist festgefahren, die Nach-Revolutionaufgaben sind noch nicht erledigt und Syrien gibt akuten Anlass zur Sorge. Die Lage ist schwierig und nicht leicht zu entwirren, aber gibt es hier keine Idee für eine Hoffnung begründende Entwicklung?

Der Katholikentag ist sicher eine herausragende Gelegenheit für vielfältige Themen, aber nicht die einzige Chance zum Bekenntnis für unsere Werte. Es bleibt darüber hinaus wichtig, die GKS-eigenen Themen – siehe oben – wirklich in den Mittelpunkt der thematischen Arbeit nach innen und außen zu rücken und zwar auf allen Ebenen. Dies gelingt bisweilen schon überzeugend, kann aber noch ausgebaut werden und muss es daher auch.

Die Kräfte und die Überzeugung sehe ich an vielen Stellen. Wichtig ist, dass wir uns auf diesen Kern unserer Arbeit besinnen und die Ideen dann tatkräftig umsetzen. Zum Besinnen, zum Ideen sammeln und zum Koalitionen schmieden, dafür könnte sich der Katholikentag anbieten. Machen wir uns daher auf den Weg, wagen wir einen neuen Aufbruch!



*Rüdiger Attermeyer, OTL
Bundesvorsitzender der
Gemeinschaft Katholischer Soldaten*

Weltfriedenstag 2012

Die jungen Menschen zur Gerechtigkeit und zum Frieden erziehen

Botschaft seiner Heiligkeit Benedikt XVI. zur Feier des Weltfriedenstages 2012

1. Der Anfang eines neuen Jahres, das ein Geschenk Gottes an die Menschheit ist, regt mich an, von Herzen und mit großer Zuversicht an alle einen besonderen Glückwunsch zu richten für diese Zeit, die vor uns liegt, dass sie konkret von Gerechtigkeit und Frieden geprägt sei. Mit welcher Einstellung soll man auf das neue Jahr schauen? In Psalm 130 finden wir ein sehr schönes Bild. Der Psalmist sagt, dass der gläubige Mensch auf den Herrn wartet, „mehr als die Wächter auf den Morgen“ (V. 6); er erwartet ihn mit fester Hoffnung, denn er weiß, dass er Licht, Barmherzigkeit, Heil bringen wird. Diese Erwartung geht aus der Erfahrung des auserwählten Volkes hervor, das erkennt, von Gott dazu erzogen zu sein, die Welt in ihrer Wahrheit zu sehen und sich von den Nöten nicht niederschlagen zu lassen. Ich lade euch ein, mit dieser zuversichtlichen Einstellung auf das Jahr 2012 zu schauen. Es stimmt, dass im zu Ende gehenden Jahr das Gefühl der Frustration zugenommen hat durch die Krise, welche die Gesellschaft, die Arbeitswelt und die Wirtschaft bedrängt – eine Krise, deren Wurzeln vor allem kultureller und anthropologischer Art sind. Es scheint beinahe, als habe ein dichter Schleier unsere Zeit in Dunkelheit gehüllt und erlaube nicht, das Tageslicht deutlich zu erkennen.

In dieser Dunkelheit hört jedoch das Herz des Menschen nicht auf, das Morgenrot zu erwarten, von dem der Psalmist spricht. Diese Erwartung ist bei den jungen Menschen besonders lebendig und augenscheinlich, und deshalb wenden sich meine Gedanken an sie, in Anbetracht des Beitrags, den sie für die Gesellschaft leisten können und müssen. So möchte ich die Botschaft zum 45. Weltfriedenstag unter dem Aspekt der Erziehung vorstellen: „Die jungen Menschen zur Gerechtigkeit und zum Frieden er-

ziehen“, in der Überzeugung, dass sie mit ihrer Begeisterung und ihrem idealistischen Ansporn der Welt eine neue Hoffnung geben können. Meine Botschaft richtet sich auch an die Eltern, die Familien, an alle, die mit der Erziehung und der Ausbildung betraut sind, sowie an die Verantwortlichen in den verschiedenen Bereichen des religiösen, gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Lebens und in dem Bereich der Kommunikation. Aufmerksam auf die Welt der Jugend sein und es verstehen, sie anzuhören und zur Geltung zu bringen, ist nicht nur zweckmäßig, sondern es ist eine Hauptaufgabe der ganzen Gesellschaft für den Aufbau einer Zukunft in Gerechtigkeit und Frieden.

Es geht darum, den jungen Menschen die Wertschätzung für die positive Bedeutung des Lebens zu vermitteln, indem man in ihnen den Wunsch weckt, es für den Dienst am Guten einzusetzen. Das ist eine Aufgabe, in der wir alle persönlich gefordert sind.

Die in letzter Zeit von vielen Jugendlichen in verschiedenen Regionen der Welt geäußerten Sorgen drücken den Wunsch aus, mit begründeter Hoffnung in die Zukunft schauen zu können. Im gegenwärtigen Augenblick gibt es viele Aspekte, die sie mit Besorgnis erfüllen: der Wunsch, eine Ausbildung zu erhalten, die sie gründlicher darauf vorbereitet, sich der Wirklichkeit zu stellen; die Schwierigkeit, eine Familie zu bilden und einen sicheren Arbeitsplatz zu finden; die effektive Fähigkeit, einen Beitrag zur Welt der Politik, der Kultur und der Wirtschaft zu leisten für die Bildung einer Gesellschaft, deren Gesicht menschlicher und solidarischer ist.

Es ist wichtig, dass diese Fermente und der idealistische Antrieb, den sie enthalten, in allen

Teilen der Gesellschaft die gebührende Aufmerksamkeit finden. Die Kirche sieht voller Hoffnung auf die Jugendlichen, sie vertraut ihnen und ermutigt sie, nach der Wahrheit zu suchen, das Gemeinwohl zu verteidigen, weltoffene Perspektiven zu haben und Augen, die fähig sind, „Neues“ zu sehen (Jes 42,9; 48,6)!

Die für die Erziehung Verantwortlichen

2. Die Erziehung ist das faszinierendste und schwierigste Abenteuer des Lebens. Erziehen – lateinisch educere – bedeutet, einen Menschen über sich selbst hinauszuführen, um ihn in die Wirklichkeit einzuführen, in eine Fülle, die ihn wachsen lässt. Dieser Prozess wird gespeist durch die Begegnung zweier Freiheiten, der des Erwachsenen und der des Jugendlichen. Er verlangt die Verantwortung des Schülers, der offen sein muss, sich zur Erkenntnis der Wirklichkeit führen zu lassen, und die des Erziehers, der bereit sein muss, sich selbst zu verschenken. Daher sind vor allem authentische Zeugen notwendig und nicht bloße Austeiler von Regeln und Informationen; Zeugen, die weiter zu blicken vermögen als die anderen, weil ihr Leben weitere Räume umfasst. Zeuge ist derjenige, der den Weg, den er vorschlägt, zuerst einmal vorlebt.

Welches sind die Orte, an denen eine wirkliche Erziehung zum Frieden und zur Gerechtigkeit reift? Vor allem die Familie, denn die Eltern sind die ersten Erzieher. Die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft. „In der Familie erlernen die Kinder die menschlichen und christlichen Werte, die ein konstruktives und friedliches Zusammenleben gestatten. In der Familie lernt man die Solidarität zwischen den Generationen, die Achtung der Regeln, die Vergebung und die Annahme des

anderen“.¹ Sie ist die erste Schule, in der man zur Gerechtigkeit und zum Frieden erzogen wird.

Wir leben in einer Welt, in der die Familie und auch das Leben selbst ständig bedroht und nicht selten zerbrochen bzw. aufgesplittet ist. Arbeitsbedingungen, die oft kaum mit der familiären Verantwortung in Übereinstimmung gebracht werden können, Sorgen um die Zukunft, frenetische Lebensrhythmen, Migrationen auf der Suche nach einem angemessenen Unterhalt, wenn nicht nach dem bloßen Überleben erschweren schließlich die Möglichkeit, den Kindern eines der kostbarsten Güter zu sichern: die Anwesenheit der Eltern – eine Anwesenheit, die ein immer tieferes Miteinander auf dem Weg erlaubt, um jene Erfahrung und jene im Laufe der Jahre gewonnenen Sicherheiten weitergeben zu können, die man nur mit der gemeinsam verbrachten Zeit vermitteln kann. Den Eltern möchte ich nahelegen, nicht den Mut zu verlieren! Mit dem Beispiel ihres Lebens sollen sie ihre Kinder ermuntern, die Hoffnung vor allem auf Gott zu setzen, von dem allein echte Gerechtigkeit und echter Friede ausgehen.

Ich möchte mich auch an die Verantwortlichen der Einrichtungen wenden, die Erziehungsaufgaben haben: Sie mögen mit großem Verantwortungsgefühl darüber wachen, dass die Würde jeder Person unter allen Umständen geachtet und zur Geltung gebracht wird. Durch eine Begleitung, welche die Gaben fruchtbar werden lässt, die der Herr einem jeden gewährt hat, mögen sie dafür Sorge tragen, dass jeder junge Mensch seine persönliche Berufung entdecken kann. Sie sollen den Familien die Sicherheit geben, dass ihren Kindern ein Bildungsweg geboten wird, der nicht im Gegensatz zu ihrem Gewissen und ihren religiösen Prinzipien steht.

Möge jeder Bereich pädagogischer Arbeit ein Ort der Offenheit gegenüber dem Transzendenten und gegenüber den anderen sein; ein Ort des Dialogs, des Zusammenhalts und des Hörens,

in dem der Jugendliche spürt, dass seine persönlichen Möglichkeiten und inneren Werte zur Geltung gebracht werden, und lernt, seine Mitmenschen zu schätzen. Mögen sie dazu anleiten, die Freude zu empfinden, die daraus entspringt, dass man Tag für Tag Liebe und Mitgefühl gegenüber dem Nächsten praktiziert und sich aktiv am Aufbau einer menschlicheren und brüderlicheren Gesellschaft beteiligt.

Sodann wende ich mich an die Verantwortlichen in der Politik und fordere sie auf, den Familien und den Erziehungseinrichtungen konkret zu helfen, ihr Recht der Erziehung, das zugleich eine Pflicht ist, wahrzunehmen. Niemals darf es an einer angemessenen Unterstützung der Mutter- und Vaterschaft fehlen. Die Politiker mögen dafür sorgen, dass niemandem der Zugang zur Ausbildung verweigert wird und dass die Familien frei die Erziehungseinrichtungen wählen können, die sie für das Wohl ihrer Kinder als am besten geeignet ansehen. Sie mögen sich dafür einsetzen, die Zusammenführung jener Familien zu fördern, die aufgrund der Notwendigkeit, ihren Unterhalt zu bestreiten, getrennt sind. Den jungen Menschen sollen sie ein lauterer Bild der Politik als eines wahren Dienstes für das Wohl aller bieten.

Außerdem kann ich nicht umhin, an die Welt der Medien zu appellieren, ihren erzieherischen Beitrag zu leisten. In der heutigen Gesellschaft kommt den Massenkommunikationsmitteln eine besondere Rolle zu: Sie informieren nicht nur den Geist ihrer Adressaten, sondern sie formen ihn auch und können folglich beträchtlich zur Erziehung der Jugendlichen beitragen. Es ist wichtig, sich vor Augen zu halten, dass die Verbindung zwischen Erziehung und Kommunikation äußerst eng ist: Die Erziehung ereignet sich ja durch Kommunikation, welche die Bildung des Menschen positiv oder negativ beeinflusst.

Auch die Jugendlichen müssen den Mut haben, zuallererst selber das zu leben, was sie von ihrer Umgebung fordern. Es ist eine große Verantwortung, die sie betrifft: Sie sollen die Kraft haben, ihre Freiheit in guter und verantwortungsvoller Weise zu gebrauchen. Auch sie sind verantwortlich für ihre Erziehung und

Bildung zur Gerechtigkeit und zum Frieden!

Zur Wahrheit und zur Freiheit erziehen

3. Der heilige Augustinus hat sich gefragt: „Quid enim fortius desiderat anima quam veritatem? – Was ersehnt der Mensch stärker als die Wahrheit?“² Das menschliche Gesicht einer Gesellschaft hängt sehr vom Beitrag der Erziehung ab, diese nicht zu unterdrückende Frage lebendig zu erhalten. Denn die Erziehung betrifft die ganzheitliche Bildung des Menschen, einschließlich der moralischen und spirituellen Dimension des Seins, im Hinblick auf sein letztes Ziel und auf das Wohl der Gesellschaft, deren Glied er ist. Darum muss man, um zur Wahrheit zu erziehen, zunächst einmal wissen, was der Mensch ist, muss man seine Natur kennen. Bei der Betrachtung dessen, was ihn umgibt, überlegt der Psalmist: „Seh ich den Himmel, das Werk deiner Finger, Mond und Sterne, die du befestigt: Was ist der Mensch, dass du an ihn denkst, des Menschen Kind, dass du dich seiner annimmst?“ (Ps 8,4-5). Das ist die grundlegende Frage, die man sich stellen muss: Was ist der Mensch? Der Mensch ist ein Wesen, das einen Durst nach Unendlichkeit im Herzen trägt, einen Durst nach Wahrheit – nicht nach einer Teilwahrheit, sondern nach der Wahrheit, die den Sinn des Lebens zu erklären vermag –, denn er ist als Gottes Abbild und ihm ähnlich erschaffen worden. Dankbar das Leben als unschätzbares Geschenk zu erkennen führt also zur Entdeckung der eigenen inneren Würde und der Unantastbarkeit jedes Menschen. Darum besteht die erste Erziehung darin zu lernen, im Menschen das Bild des Schöpfers zu erkennen, folglich eine hohe Achtung für jedes menschliche Wesen zu hegen und den anderen zu helfen, ein dieser höchsten Würde entsprechendes Leben zu verwirklichen. Man darf niemals vergessen, dass „die echte Entwicklung des Menschen einheitlich die Gesamtheit der Person in all ihren Dimensionen betrifft“^{3,3} einschließ-

1 BENEDIKT XVI., Ansprache an die Verwaltungsmitarbeiter der Region Latium, der Stadt und der Provinz Rom (14. Januar 2011): *L'Osservatore Romano* (dt.), Jg. 41, Nr. 4 (28. Januar 2011), S. 7.

2 Kommentar zum Johannesevangelium, 26,5.

3 BENEDIKT XVI., Enzyklika *Caritas in veritate* (29. Juni 2009), 11: AAS 101

lich der transzendenten, und dass man nicht den Menschen opfern darf, um ein spezielles Gut – sei es wirtschaftlicher oder sozialer, individueller oder gemeinschaftlicher Art – zu erlangen.

Allein in der Beziehung zu Gott begreift der Mensch auch die Bedeutung der eigenen Freiheit. Und es ist Aufgabe der Erziehung, zu echter Freiheit heranzubilden. Diese besteht nicht im Fehlen von Bindungen oder in der Herrschaft der Willkür, sie ist nicht der Absolutismus des Ich. Der Mensch, der sich selbst absolut setzt, der meint, von nichts und niemandem abhängig zu sein und alles tun zu können, was er will, widerspricht letztlich der Wahrheit seines eigenen Seins und verliert seine Freiheit. Der Mensch ist vielmehr ein relationales Wesen, das in Beziehung zu den anderen und vor allem zu Gott lebt. Die echte Freiheit kann niemals erreicht werden, indem man sich von Gott entfernt.

Die Freiheit ist ein kostbarer, aber heikler Wert; sie kann missverstanden und missbraucht werden. „Ein besonders tückisches Hindernis für die Erziehungsarbeit stellt heute in unserer Gesellschaft und Kultur das massive Auftreten jenes Relativismus dar, der nichts als definitiv anerkennt und als letzten Maßstab nur das eigene Ich mit seinen Gelüsten gelten lässt und unter dem Anschein der Freiheit für jeden zu einem Gefängnis wird, weil er den einen vom anderen trennt und jeden dazu erniedrigt, sich ins eigene »Ich« zu verschließen. Innerhalb eines solchen relativistischen Horizonts ist daher wahre Erziehung gar nicht möglich: Denn ohne das Licht der Wahrheit sieht sich früher oder später jeder Mensch dazu verurteilt, an der Qualität seines eigenen Lebens und der Beziehungen, aus denen es sich zusammensetzt, ebenso zu zweifeln wie an der Wirksamkeit seines Einsatzes dafür, gemeinsam mit anderen etwas aufzubauen.“⁴

Um seine Freiheit auszuüben, muss der Mensch also den relativistischen Horizont überwinden und die Wahrheit über sich selbst und die Wahrheit über Gut und Böse erkennen. Im Innern seines Gewissens entdeckt der Mensch ein Gesetz, das er sich nicht selbst gibt, sondern dem er gehorchen muss und dessen Stimme ihn zur Liebe und zum Tun des Guten und zur Unterlassung des Bösen aufruft und dazu, die Verantwortung für das vollbrachte Gute und das getane Böse zu übernehmen.⁵ Deswegen ist die Ausübung der Freiheit zuinnerst an das natürliche Sittengesetz gebunden, das universalen Art ist, die Würde eines jeden Menschen ausdrückt, die Basis seiner fundamentalen Rechte und Pflichten und also letztlich des gerechten und friedlichen Zusammenlebens der Menschen bildet.

Der rechte Gebrauch der Freiheit steht also im Mittelpunkt der Förderung von Gerechtigkeit und Frieden, welche die Achtung vor sich selbst und gegenüber dem anderen verlangen, auch wenn dieser weit von der eigenen Seins- und Lebensweise abweicht. Aus dieser Haltung entspringen die Elemente, ohne die Frieden und Gerechtigkeit Worte ohne Inhalt bleiben: das gegenseitige Vertrauen, die Fähigkeit, einen konstruktiven Dialog zu führen, die Möglichkeit der Vergebung, die man so viele Male erhalten möchte, sich jedoch schwer tut, sie zu gewähren, die wechselseitige Liebe, das Mitgefühl gegenüber den Schwächsten wie auch die Opferbereitschaft.

Zur Gerechtigkeit erziehen

4. In unserer Welt, in der die Bedeutung der Person, ihrer Würde und ihrer Rechte jenseits der Absichtserklärungen ernstlich bedroht ist durch die verbreitete Tendenz, ausschließlich auf Kriterien der Nützlichkeit, des Profits und des Besitzes zurückzugreifen, ist es wichtig, den Begriff der Gerechtigkeit nicht von seinen transzendenten Wurzeln zu trennen. Die Gerechtigkeit ist ja nicht eine bloße menschliche Vereinbarung, denn was gerecht ist, wird nicht ur-

sprünglich vom positiven Gesetz bestimmt, sondern von der tiefen Identität des Menschen. Es ist die ganzheitliche Anschauung des Menschen, die es erlaubt, nicht in eine vom Vertragsdenken beeinflusste Auffassung der Gerechtigkeit zu verfallen, sondern auch ihr den Horizont der Solidarität und der Liebe zu öffnen.⁶

Wir können nicht übersehen, dass manche Strömungen der modernen Kultur, gestützt auf rationalistische und individualistische Wirtschaftsprinzipien, den Begriff der Gerechtigkeit durch dessen Trennung von der Liebe und der Solidarität seiner transzendenten Wurzeln beraubt haben: „Die »Stadt des Menschen« wird nicht nur durch Beziehungen auf der Grundlage von Rechten und Pflichten gefördert, sondern noch mehr und zuerst durch Verbindungen, die durch Unentgeltlichkeit, Barmherzigkeit und Gemeinsamkeit gekennzeichnet sind. Die Nächstenliebe offenbart auch in den menschlichen Beziehungen immer die Liebe Gottes; diese verleiht jedem Einsatz für Gerechtigkeit in der Welt einen theologalen und heilbringenden Wert.“⁷

„Selig, die hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit; denn sie werden satt werden“ (Mt 5,6). Sie werden satt werden, weil sie hungern und dürsten nach rechten Beziehungen zu Gott, zu sich selbst, zu ihren Mitmenschen und zur gesamten Schöpfung.

Zum Frieden erziehen

5. „Friede besteht nicht einfach darin, dass kein Krieg ist; er lässt sich nicht bloß durch das Gleichgewicht der feindlichen Kräfte sichern. Friede auf Erden herrscht nur dann, wenn die persönlichen Güter gesichert sind, die Menschen frei miteinander verkehren können, die Würde der Personen und der Völker geachtet und die Brüderlichkeit unter den Menschen gepflegt wird.“⁸ Der Friede ist

(2009), 648; vgl. PAUL VI., Enzyklika *Populorum progressio* (26. März 1967), 14: AAS 59 (1967), 264.

4 BENEDIKT XVI., Ansprache bei der Eröffnung der Pastoraltagung der Diözese Rom zum Thema Familie (Lateranbasilika, 6. Juni 2005): AAS 97 (2005) 816; L'Osservatore Romano (dt.) Jg. 35, Nr. 24, S. 8.

5 Vgl. ZWEITES VATIKANISCHES KONZIL, Past. Konst. *Gaudium et spes*, 16.

6 Vgl. BENEDIKT XVI., Ansprache an den Bundestag (Berlin, 22. September 2011): L'Osservatore Romano (dt.) Jg. 41 (2011), Nr. 39 (30. September 2011), S. 4-5.

7 DERS., Enzyklika *Caritas in veritate* (29. Juni 2009), 6: AAS 101 (2009), 644-645.

8 Katechismus der Katholischen Kirche, 2304.

die Frucht der Gerechtigkeit und die Wirkung der Liebe. Er ist vor allem ein Geschenk Gottes. Wir Christen glauben, dass Christus unser wahrer Friede ist: In ihm, in seinem Kreuz, hat Gott die Welt mit sich versöhnt und die Schranken zerstört, die uns voneinander trennten (vgl. Eph 2,14-18); in ihm gibt es eine einzige, in der Liebe versöhnte Familie.

Doch der Friede ist nicht nur ein Geschenk, das man empfängt, sondern auch ein Werk, das man aufbauen muss. Um wirklich Friedensstifter zu sein, müssen wir uns zum Mitgefühl, zur Solidarität, zur Zusammenarbeit und zur Brüderlichkeit erziehen, in der Gemeinschaft aktiv sein und wachsam, die Gewissen aufzurütteln für die nationalen und internationalen Fragen und für die Wichtigkeit, geeignete Bestimmungen zur Umverteilung der Güter, zur Förderung des Wachstums, zur Zusammenarbeit an der Entwicklung und zur Lösung von Konflikten zu suchen. „Selig, die Frieden stiften; denn sie werden Söhne Gottes genannt werden“, sagt Jesus in der Bergpredigt (Mt 5,9).

Der Friede für alle entspringt aus der Gerechtigkeit eines jeden, und niemand kann sich dieser wesentlichen Verpflichtung entziehen, die Gerechtigkeit gemäß den eigenen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zu fördern. Besonders die jungen Menschen, in denen das Streben nach den Idealen immer lebendig ist, bitte ich, die Geduld und die Hartnäckigkeit zu haben, die Gerechtigkeit und den Frieden zu suchen, den Geschmack am Gerechten und Wahren zu pflegen, auch wenn das möglicherweise mit Opfern verbunden ist und verlangt, gegen den Strom zu schwimmen.

Die Augen zu Gott erheben

6. Angesichts der schwierigen Herausforderung, die Wege der Gerechtigkeit und des Friedens zu gehen, können wir versucht sein, uns wie der Psalmist zu fragen: „Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen: Woher kommt mir Hilfe?“ (Ps 121,1).

Zu allen, besonders zu den jungen Menschen möchte ich mit Nachdruck sagen: „Nicht die Ideologien retten die Welt, sondern allein die Hinwendung zum lebendigen Gott,

der unser Schöpfer, der Garant unserer Freiheit, der Garant des wirklich Guten und Wahren ist ... die radikale Hinwendung zu Gott, der das Maß des Gerechten und zugleich die ewige Liebe ist. Und was könnte uns denn retten wenn nicht die Liebe?“⁹ Die Liebe freut sich an der Wahrheit, sie ist die Kraft, die befähigt, sich für die Wahrheit, die Gerechtigkeit, und den Frieden einzusetzen, denn sie erträgt alles, glaubt alles, hofft alles, hält allem stand (vgl. 1 Kor 13,1-13).

Liebe junge Freunde, ihr seid ein kostbares Geschenk für die Gesellschaft. Lasst euch angesichts der Schwierigkeiten nicht von der Entmutigung überwältigen, und gebt euch nicht falschen Lösungen hin, die sich oft als der einfachste Weg zur Überwindung der Probleme präsentieren. Scheut euch nicht, euch einzusetzen, Mühen und Opfer auf euch zu nehmen, die Wege zu wählen, die Treue und Beständigkeit, Demut und Hingabe verlangen. Lebt eure Jugend und die tiefe Sehnsucht nach Glück, Wahrheit, Schönheit und echter Liebe, die ihr verspürt, mit Zuversicht! Lebt dieses Lebensalter, das so reich und voller Begeisterung ist, ganz intensiv.

Seid euch bewusst, dass ihr selbst den Erwachsenen Vorbild und Ansporn seid, und das um so mehr, je mehr ihr euch anstrengt, Ungerechtigkeiten und Korruption zu überwinden, je mehr ihr eine bessere Zukunft ersehnt

⁹ Vgl. BENEDIKT XVI., Vigil mit den Jugendlichen (Köln, 20. August 2005): AAS 97 (2005), 885-886; L'Osservatore Romano (dt.) Jg. 35, Nr. 34, S. 14.

und euch einsetzt, um sie aufzubauen. Seid euch eurer Möglichkeiten bewusst und verschließt euch nie in euch selbst, sondern versteht, für eine Zukunft zu arbeiten, die für alle heller ist. Ihr seid nie allein. Die Kirche vertraut euch, sie begleitet euch, ermutigt euch und möchte euch das wertvollste anbieten, was sie hat: die Möglichkeit, die Augen zu Gott zu erheben, Jesus Christus zu begegnen, dem, der die Gerechtigkeit und der Friede selber ist.

An euch alle, Männer und Frauen, denen die Sache des Friedens am Herzen liegt: Der Friede ist nicht ein schon erreichtes Gut, sondern ein Ziel, das wir alle und jeder einzelne anstreben müssen. Blicken wir mit größerer Hoffnung auf die Zukunft, ermutigen wir uns gegenseitig auf unserem Weg, arbeiten wir, um unserer Welt ein menschlicheres und brüderlicheres Gesicht zu geben, und fühlen wir uns vereint in der Verantwortung für die gegenwärtigen und die kommenden jungen Generationen, besonders indem wir sie dazu erziehen, friedliebend und Friedensstifter zu sein. In diesem Bewusstsein sende ich euch diese Überlegungen und richte meinen Appell an euch: Vereinen wir unsere geistigen, moralischen und materiellen Kräfte, um „die jungen Menschen zur Gerechtigkeit und zum Frieden zu erziehen“.

Aus dem Vatikan,
am 8. Dezember 2011

BENEDICTUS PP XVI

© Copyright 2011 – Libreria
Editrice Vaticana

Kurznachrichten

Polizeipsychologe: Sexuellen Missbrauch entkirchlichen

Sexueller Missbrauch muss nach Worten des Polizeipsychologen Adolf Gallwitz „entkirchlicht“ werden. Zur Begründung machte Gallwitz bei einer Studientagung der Katholischen Akademie Trier zur Pädokriminalität deutlich, dass sexueller Missbrauch ein gesamtgesellschaftliches Problem sei. Noch immer geschähen sexuelle Übergriffe größtenteils im familiären Umfeld. Dass es unter katholischen Geistlichen eine erhöhte Anzahl pädophiler Täter gebe, lässt sich nach Einschätzung von Gallwitz so nicht sagen. Faktoren wie die Struktur der Kirche oder die Auswirkungen des Zölibats müssten jedoch sehr wohl beachtet werden.

(KNA)

Übergabe in Verantwortung

Ethische Grundsätze für die Beendigung eines Militäreinsatzes im Rahmen einer Friedensmission der Vereinten Nationen

Mit einer Friedensmission verfolgen die Vereinten Nationen das Ziel, ein von Krieg und Terror heimgesuchtes Land zu befreien, damit es eigenverantwortlich für den Wiederaufbau der staatlichen Ordnung sorgen kann. Militäreinsätze im Rahmen von Friedensmissionen sind dann ethisch gerechtfertigt, wenn sie einerseits dem Schutz vor Terror und schweren Menschenrechtsverletzungen und andererseits dem Aufbau einer gerechten und stabilen Ordnung dienen.

Die Frage, welche ethische Grundsätze bei einer Übergabe in Verantwortung zu beachten sind, gewinnt beim bevorstehenden Abzug der Stabilisierungskräfte der internationalen Staatengemeinschaft (ISAF) aus Afghanistan wieder aktuelle Bedeutung.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) leistet hierzu auf der Grundlage der katholischen Friedenslehre einen Beitrag und erinnert an die Aussage des II. Vatikanischen Konzils „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ (GS, 79).

1. Eine Übergabe in Verantwortung wird nur auf der Basis eines gemeinsam abgestimmten, schlüssigen Konzeptes für die Friedenskonsolidierung gelingen. Dazu müssen die beteiligten Akteure ihre Einzelinteressen zurückstellen, um dem betroffenen Volk eine Zukunft in Frieden und Sicherheit zu ermöglichen. Im Sinne christlicher Nächstenliebe gilt es, durch Hilfe zur Selbsthilfe auf der Grundlage langfristiger Partnerschaft die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für den Aufbau eines geordneten Staatswesens zu schaffen.

2. Der notwendige politische und zivile Aufbau eines funktionierenden Gemeinwesens ist so lange durch die internationale Gemeinschaft zu sichern, bis einheimische Militär- und Polizeikräfte dazu in der Lage sind. In der Phase des Übergangs ist ein Mindestmaß an Stabilität erforderlich, um den Wiederaufbau voranzubringen und das Erreichte zu sichern. Ein vorzeitiger und unkoordinierter Abzug der internationalen Truppen ist zu vermeiden, weil er ein Machtvakuum schaffen würde, in dem Hass und Gewalt wieder ausbrechen und das Land erneut in Gesetzlosigkeit und Chaos stürzen könnte.

3. Mit der Übernahme der Verantwortung für die Sicherheit durch einheimische Kräfte darf das internationale Engagement nicht beendet werden. Der Abzug der internationalen Streitkräfte muss mit der glaubwürdigen Selbstverpflichtung zum langfristigen Engagement verbunden sein. Schließlich haben die Staaten, die sich

militärisch oder auf andere Weise engagieren, eine moralische Verpflichtung gegenüber der einheimischen Bevölkerung übernommen. Ihre Hilfe ist so lange notwendig, bis ein stabiler Versöhnungsprozess eingeleitet ist und der Aufbau nachhaltig Früchte trägt.

4. Wenn die Übernahme der Verantwortung auf Dauer erfolgreich sein soll, bedarf es der aktiven Mitwirkung der Bevölkerung, die in einem Land mit geringer Alphabetisierung erst entsprechend ausgebildet und angeleitet werden muss. Die einheimischen Autoritäten müssen sich ihrer Verantwortung bewusst werden und eine handlungsfähige Regierung bilden, die das Wohl des ganzen Volkes im Blick hat und Kriminalität und Korruption bekämpft. Der Erfolg bei Aufbau und Entwicklung des Landes hängt direkt ab von der Einsicht in die Notwendigkeit entsprechender Maßnahmen sowie vom Willen und vom Einsatz der Betroffenen, sie konsequent um- und durchzusetzen.

5. Die dem Schutz der Menschenrechte und der Achtung des Lebens dienenden Grundsätze und Regeln des humanitären Völkerrechts gelten allgemein. Sie verlangen, militärische Gewaltanwendung zu begrenzen. In der Phase des Übergangs sollten die internationalen Streitkräfte – soweit es der notwendige Schutz der Soldaten zulässt – weitgehend auf militärische Gewalt verzichten. Indem Streitkräfte zu den Folgen ihres Tuns oder Unterlassens stehen, sich zu Fehlern bekennen und Schäden bestmöglich beseitigen, leisten sie gerade in ihrer Wahrhaftigkeit

und ihrem Verantwortungsbewusstsein einen Beitrag zur Versöhnung.

6. Bei der Beendigung von militärischen Einsätzen sind erhebliche Anstrengungen erforderlich, um dem Anspruch einer Übergabe in Verantwortung gerecht werden zu können. Der Schwerpunkt der Unterstützung muss sich auf Felder wie Bildung, Gesundheitswesen, Infrastruktur, Aufbau von Verwaltung, Justiz und Polizei verlagern. Dafür müssen hinreichende finanzielle Mittel erschlossen werden.

7. Die Internationale Gemeinschaft hat in vormaligen Krisengebieten gezeigt, dass sie unter Beteiligung militärischer Kräfte Sicherheit stabilisieren und Frieden erfolgreich sichern kann. Mit solchen Einsätzen schafft sie auch die Voraussetzung für eine nachhaltige Krisenprävention.

Regierung und Parlament stehen in der Pflicht, die Notwendigkeit einer Friedensmission in einer ganzheitlichen Konzeption zu begründen und vom Ende des Einsatzes her zu denken.

Die Bevölkerung, insbesondere die Soldaten, die Leib und Leben einsetzen, und deren Familien hat ein Recht auf umfassende Information, um Sinn und Notwendigkeit des Einsatzes zu verstehen und zu akzeptieren. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) fordert daher für jeden Einsatz Transparenz und eine grundlegende Strategie, die auch das Ende einer Mission mit bedenkt.

Neujahresempfang der Kölner Kreise

„Den Aufbruch wagen“

VON HELMUT LEIPERTZ

Bedeutungsschwer und brandaktuell „schwebte“ das diesjährige Leitthema über dem Jahresempfang der „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ (GKS) der Kreise Köln und Wahn, der am 22. März 2012 in den Räumlichkeiten der Offizierheimgesellschaft (OHG) Wahn stattfand. Die Menschheit steht permanent vor neuen Herausforderungen – eine Binsenweisheit. Aktuell stehen Eurokrise und Energiewende im allgemeinen Fokus und verlangen nach nachhaltigen Lösungen. Auch die katholische Kirche beschäftigt derzeit unterschiedlichste Problemfelder. Seelsorgermangel, Erhaltung der Infrastruktur und Vertrauensverlust in der Bevölkerung sind nur einige, die zumindest einen Großteil der Deutschen ansprechen.

Glauben und Vertrauen

Aussetzung der Wehrpflicht, Auslandsentsätze und Strategien eines geplanten Rückzuges aus den Krisengebieten, doch vor allem die Neuausrichtung der Bundeswehr sind

Rund 120 Gäste, unter ihnen zahlreiche politische Mandatsträger und militärische Dienststellenleiter des Standortes Köln, folgten der Einladung der beiden Kreisvorsitzenden Dipl.-Ing. Oberstleutnant Walter

Soldaten, Zivilbedienstete oder Ruheständler des Standortes Wahn, machten ihrem Ruf alle Ehre und ernteten dafür den verdienten Applaus des Auditoriums.

Aktuelle Herausforderungen annehmen

Anschließend übernahm der Organisator Oberstleutnant Hecht erneut das Wort, um die Gäste auf den Festvortrag des Stellvertreters des Generalinspektors der Bundeswehr, Generalleutnant Günter Weiler, informativ vorzubereiten. Dabei verwies er noch einmal auf das diesjährige Leitthema der GKS – „Den Aufbruch wagen“ – und umriss aktuelle Handlungsfelder aus Kirche, Wirtschaft und Bundeswehr. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten versuche, aus der Perspektive des christlichen Glaubens heraus, Antworten auf Lebensfragen der Soldaten und ihrer Familien zu finden, wobei die Besonderheiten, die sich aus dem Soldatenberuf ergeben, möglichst in die Meinungsbildungsprozesse von Politik, Gesellschaft und Kirche implementiert werden sollen.

Hiernach übergab Hecht – nach kurzer Vorstellung des militärischen Werdeganges des Redners – dann das Mikrofon an Generalleutnant Günter Weiler. Der Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr stieg zügig in die Thematik „den Aufbruch wagen“ ein. In Anlehnung an Vorworte zum 98. Deutschen Katholikentag begann er seinen Vortrag mit Beispielen aus dem alten und neuen Testament, bei denen „wagnisbehaftete Aufbruchsszenarien“ bereits den Kontext zu Glauben und Vertrauen verdeutlichten. Danach spannte General Weiler den Bogen zu aktuellen



Schlagworte, die in der Zivilbevölkerung eher unschwerflich zur Kenntnis genommen werden. Für Soldaten allerdings sind es fundamentale Themenfelder – berühren sie doch nicht nur ihre individuellen Lebensumstände, sondern auch die ihrer Familien und Angehörigen. Auch wenn „Wandel“ immer stärker und selbstverständlicher zum Merkmal des Soldatenberufes geworden ist, bedingt jede Veränderung auch unterschiedlich ausgeprägten Gesprächsbedarf und Raum zur persönlichen Entscheidungsfindung. Beinhaltet doch jeder Aufbruch zum Neuen immer ein gewisses Wagnis. Ein Risiko, dem Glauben und Vertrauen zumindest ein wenig den Schrecken nehmen können.

Raab (GKS-Kreis Köln) und Oberstleutnant Albert Hecht (GKS-Kreis Wahn) zum diesjährigen gemeinsamen Jahresempfang in die Kasernenanlage Wahn. In seinen einführenden Worten hieß Oberstleutnant Hecht, die anwesenden Gäste auf das Herzlichste willkommen, bevor er zu einer musikalischen Einstimmung durch den Männerchor der Bundeswehr Wahn an dessen Leiter, Stabsfeldwebel Markus Wolters, übergab. Der Männerchor, der mittlerweile weit über die Grenzen der Kaserne bekannt und beliebt ist, wusste mit abwechslungsreichen a capella Darbietungen – unter anderem „Forellenvariationen“ à la Schubert, Mozart, Beethoven und Weber – zu begeistern. Die Sänger, allesamt

politischen und wirtschaftspolitischen Themen – in vorderster Reihe die Euro-Krise.

Bundeswehr im Umbruch

Kernpunkte seines gut 60-minütigen Vortrages waren allerdings die Themenfelder rund um die Neuausrichtung der Bundeswehr – Informationen und Erläuterungen zu Entscheidungsfindungen, geänderten Strukturen, Standort- sowie Bündnisfragen und Strukturauswirkungen auf betroffene Soldaten und Zivilbedienstete aus „erster Hand“. „Wir sind guter Dinge“, so General Weiler und ließ dabei keinen Zweifel daran, dass die Strukturkommission alles Notwendige eingehend betrachtet habe, um den Umbau der Bundeswehr so effizient wie möglich und gleichzeitig sozialverträglich zu gestalten. Er räumte aber – mit dem Hinweis auf das Bundeswehrreform-Begleitgesetz – auch ein, dass es bei aller Sorgfalts- und Fürsorgeverantwortung dennoch einzelne Härtefälle geben könne.

Die eingehenden Erläuterungen der Grundsätze für die Spitzengliederung, Unterstellungsverhältnisse und Führungsorganisation im Bundesministerium der Verteidigung und der Bundeswehr, die am Vorabend durch

Dr. Thomas de Maizière in Dresden als „Dresdener Erlass“ verbindlich festgelegt wurden, kommentierte Weiler mit Blick auf die zeitliche Realisierung: „Die Bundeswehr hat aus den vergangenen Strukturreformen gelernt!“

Mit sich selber im Reinen sein

Auch das neue Reservistenkonzept und ein Ausblick auf die künftig geforderten Kompetenzen der deutschen Armee im multinationalen Zusammenspiel fanden ihren Platz im Vortrag des Stellvertreters des Generalinspektors der Bundeswehr. General Weiler – auch Vorsitzender der Strukturplanungskommission – appellierte zum Abschluss seiner Festrede an jeden Bundeswehrangehörigen, die Entscheidung zum Beruf „Soldat“ intensiv zu reflektieren. Die künftigen Aufgaben der Bundeswehr verlangten von jedem Soldaten, dass er sich aller Risiken dieser ganz speziellen Berufswahl bewusst sei. Er forderte nicht nur jeden Einzelnen des hochkarätigen Auditoriums dazu auf, den „Aufbruch“ in die neue Ära Bundeswehr auch mit „Glauben und Vertrauen“ zu begleiten. Mit einem kurzen Gebetstext beendete der Vortragende seine Ausführungen, die in vielen

Punkten sicherlich einen eigenen Vortrag wert gewesen wären.

Die kurzweilig und mitunter „augenzwinkernd“ vorgetragene „Insider“-Rede (siehe Bild) quitierten die zahlreichen Zuhörer mit anhaltendem Applaus. Hiernach bot sich den Anwesenden die Möglichkeit, Fragen an General Weiler zu richten, von der auch entsprechend Gebrauch gemacht wurde. Oberstleutnant Hecht bedankte sich mit einem kleinen Geschenk herzlich beim Gastredner für seinen engagierten Vortrag. „Ein Buch,“ so Hecht, „das aus meiner Sicht zu unserem Jahresthema passt. Und was könnte da besser geeignet sein, als das aktuellste Buch zu unserem neuen Bundespräsidenten mit dem Titel: Joachim Gauck – vom Pastor zum Präsidenten“.

Raum für informative Gespräche

Anschließend luden die beiden Vorsitzenden der Kölner GKS-Kreise die Anwesenden zum Ausklang der Veranstaltung in das Musikzimmer der OHG ein. Hier boten sich dann ausreichend Gelegenheiten zum intensiven, „barrierefreien“ und informativen Dialog. Rundum ein gelungener Jahresempfang, dessen Inhalte sicher – auch über den Abend hinaus – ausreichend Gesprächsstoff boten. □

Kurznachrichten

Mehr Dialog zwischen Christen und Muslimen

In Indonesien wurde während eines offiziellen Besuchs der italienischen Regierung in Djakarta ein Abkommen zwischen der Gemeinschaft Sant'Egidio und Muhammadiyah unterzeichnet, eine der größten islamischen Organisationen der Welt. Es sei ein Schritt zur Annäherung auf dem Weg zum internationalen Treffen für Frieden und interreligiösen Dialog in Sarajewo (9.-11. September 2012), wie die Gemeinschaft Sant'Egidio bekannt gibt.

Über den Weg des Dialogs solle versucht werden, nach einem Jahrzehnt von Auseinandersetzungen neu anzufangen, Unterdrückung vorzubeugen, Überfälle auf Kirchen und Moscheen zu verhindern, das Zusammenleben zu stärken und die Argumente zu widerlegen, die eine Welt voller ethnischer Inseln wollen. Im Rahmen einer offi-

ziellen Mission und des Besuches des italienischen Außenministers Terzi fand nunmehr eine Konferenz zum Dialog statt. Dabei wurde ein Protokoll über eine Zusammenarbeit der Gemeinschaft Sant'Egidio und einer der Mitgliederstärksten islamischen Organisationen der Welt, der Muhammadiyah, unterzeichnet.

Die vom Präsidenten der Gemeinschaft Sant'Egidio, Marco Impagliazzo, und dem Präsidenten von Muhammadiyah, Din Syamsuddin, unterzeichnete Vereinbarung umfasst eine Zusammenarbeit der beiden Vereinigungen „auf dem Gebiet der Solidarität, des interreligiösen Dialogs, der Förderung einer Kultur der Toleranz und der Ko-habitation, der Konfliktlösung und Friedensarbeit und der humanitären Hilfe bei Naturkatastrophen“.

Die Zusammenarbeit soll nach der Erklärung auf der Grundlage dieser Vereinbarung umgesetzt werden und sei ein Ergebnis der Dialogtreffen im Geist von Assisi, den die Gemeinschaft Sant'Egidio jährlich verbreite und durch den sie ein Netzwerk von Freundschaften und Zusammenarbeit mit Vertretern unterschiedlicher Religionen aufgebaut habe. In diesem Zusammenhang hätten sich die Beziehungen zum indonesischen Islam entwickelt, der das Verfassungsprinzip des Pluralismus und der demokratischen Kultur aufgenommen habe, obwohl er im Land die übergroße Mehrheit repräsentiere. Dadurch trage er zu einem interessanten Experiment des Zusammenlebens in der Vielfalt Indonesiens bei, bekräftigt die Gemeinschaft.

(ZENIT)

Vorstellung der Levante

In den vier Heften dieses Jahres stellt die Redaktion der Leserschaft die Staaten der Levante vor, um Ihnen einen Einblick in die Struktur dieser sicherheitspolitisch höchst interessanten Region zu geben. Dabei beginnen wir mit dem Libanon, der von einem jungen Studenten beschrieben wird.

Libanon – eine Beschreibung

VON TIM KNOCHE¹

„Ich bin Libanesin, Shiiten, Araberin...das sollte ich anders sagen: Ich bin Araberin, Libanesin und Shiiten... Moment, ich sollte das nochmal überdenken.“ Libanesen beliebten zu verwirren. Das ist die erste Erfahrung, die ich während meines 10-monatigen Auslandsaufenthaltes vom Herbst 2010 bis Sommer 2011 im Libanon machen musste. Mein Studium der Rechtswissenschaften führte ich an der Faculté de Droit der Université Saint-Joseph fort und hatte derweil Gelegenheit, die vielfältigen Seiten des Libanon kennen zu lernen. Im ersten Teil dieses Beitrages möchte ich eine Einführung in das Land und in seine Denkweise geben und im zweiten Teil darstellen, mit welchen Herausforderungen die Sicherheitspolitik konfrontiert ist.

Teil 1 – Der Libanon

Geographische Lage und Entstehung des Landes

Der Libanon ist ein Land im Nahen Osten, das sich über 225 km von Norden nach Süden an der Ostküste des Mittelmeeres entlang zieht. Parallel zu der sehr schmalen Küstenlinie erheben sich die steilen Hänge des Libanongebirges, landeinwärts folgt ebenfalls parallel die flache Bekaaebene und schließlich das Anti-Libanongebirge als natürliche Grenze zu Syrien, das nördlich und westlich den Libanon umschließt. Der südliche Nachbar ist Israel.

Die Entstehung des Libanon wurde maßgeblich von Christen vorangetrieben. Dem Osmanischen Reich war es nie recht gelungen, die Levante zu kontrollieren. Die europäischen Mächte nutzten im 19. Jahrhundert diese Schwäche, um mit der „Hohen

Pforte“ Schutzverträge über die christliche Bevölkerung auszuhandeln. Bereits vor dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches zum Ende des Ersten Weltkrieges plante man eifrig an einem Staat für die Christen – die Geburtsstunde des Libanon.

Unter dem 1920 erteilten französischen Völkerbundmandat für Syrien

lich muslimischen Großsyrien. Die Christen hingegen wollten nicht die nach Jahrhunderten muslimischer Herrschaft erlangte Vormachtstellung aufgeben. Also blieb es bei der von den Franzosen errichteten parlamentarischen Republik des Libanon, aber mit einer weltweit einzigartigen Verteilung der Macht: Der Präsident ist stets ein

Christ der maronitischen Konfession, das Amt des Ministerpräsidenten wird von einem sunnitischen Muslim geführt und zum Parlamentspräsidenten wird ein schiitischer Muslim gewählt. Dieses System ist keinesfalls verfassungsrechtlich verankert, es handelt sich um den bloß mündlichen „Nationalpakt“ zwischen dem ersten Präsidenten Beschara Al-Khoury und Ministerpräsident Riad Al-Solh im Jahre 1943. Doch bis auf eine Ausnahme im Jahre 1988 wurde die Verteilung konsequent eingehalten. Bereits bei der Unabhängigkeit zeigte sich: Der Libanon hat nur eine Zukunft, wenn

die Konfessionen zu Kompromissen bereit sind.

Die libanesische Gesellschaft – Miteinander oder Nebeneinander?

Das ist aus zwei Gründen nicht einfach. Erstens stellt die schiere Anzahl an Konfessionen eine He-



und Libanon wurden die Grenzen endgültig durch die neue Verfassung 1926 festgelegt. Das Mandat endete mit der Unabhängigkeitserklärung 1943. Möglich wurde die Existenz eines eigenständigen Libanon durch einen Kompromiss. Die Muslime liebäugelten mit einem mehrheit-

¹ Tim Knoche, Jahrgang 1990, ist Student der Rechtswissenschaften an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und verbrachte an der Université Saint-Joseph in Beirut ein Auslandsjahr. Er lernte Land und Leute kennen und begegnete dabei den verschiedensten, gegensätzlichen Ansichten über den Libanon, die sich in diesem Beitrag widerspiegeln. Bei weiterem Interesse sei zur Einführung der „Atlas du Liban“ (Assaf/Barakat, Presses de l'Université Saint-Joseph), tiefergehend die „Histoire du Liban Contemporain“ (Denise Ammoun, Fayard) und für die Verfassung das „Dictionnaire de la Constitution Libanaise“ (Béchara Ménassa, Editions Dar-An-Nahr) empfohlen.

rausforderung an die Staatsorganisation. Zweitens setzen sich die einzelnen Konfessionen mehr für ihre eigene Gruppe ein als für den Staat als Ganzes.

Die Konfessionen

Die konfessionelle Vielfalt findet sich vor allem bei den Christen. Sie lässt sich zum Teil kirchengeschichtlich erklären. 451 entstanden erste Spaltungen durch das Konzil von Chalcedon, in dem über die Natur Jesu Christi gestritten wurde. Seit dem morgenländischen Schisma 1054 teilt sich das Christentum in die westlichen Katholiken unter Führung des Papstes und die Ostkirchen, bestehend aus den orthodoxen und den altorientalischen Kirchen. Im Laufe der Zeit schlossen sich Gruppierungen innerhalb der Ostkirchen wiederum dem Papst an, behielten aber ihren jeweiligen Ritus. So entstand zum Beispiel die malkitisch-griechisch-katholische Kirche. Die Bezeichnung „melkitisch“ stammt vom Arabischen „malik“ (der König) und beschreibt ihre Orientierung am byzantinischen Imperator beim Konzil von Chalcedon. „Griechisch“ weist auf den byzantinischen Ritus hin und „katholisch“ zeigt, dass die Konfession nunmehr den Papst als Oberhaupt anerkennt. Im Ergebnis dieser Spaltungen und Zusammenschlüsse wuchs die Zahl der Konfessionen geradezu inflationär.

Einige Konfessionen sahen sich aber Verfolgungen ausgesetzt, nicht etwa durch den sich rasant ausbreitenden Islam, sondern vielmehr durch die eigenen Glaubensgenossen während der Kreuzzüge. Später litten viele unter der osmanischen Herrschaft. Zuflucht fanden sie im Libanon. Seine unzugänglichen Gebirge bieten seit Jahrhunderten den Minderheiten Schutz und das Mittelmeer notfalls einen Fluchtweg. Nicht nur christliche Minderheiten wie die aus Anatolien flüchtenden Armenier Ende des Ersten Weltkrieges, sondern auch andersgläubige Gruppen wie die Drusen strömten vor Jahrhunderten in das Land.

Insgesamt 18 Konfessionen sind bei einer Bevölkerungszahl von 3,5 bis 4 Millionen offiziell anerkannt und leben kreuz und quer über das

Land verteilt. Generell finden sich sunnitische Muslime in den drei großen Küstenstädten Beirut, Tripolis und Saida, Schiiten im Südlibanon, Drusen im zentral gelegenen Chouf, Christen bewohnen vor allem die Gegend nördlich von Beirut.

Wie stellt man sicher, dass alle Gruppierungen an dem Staat beteiligt werden?

Die Staatsorganisation

Die ursprünglich auf französisch geschriebene Verfassung sieht in Artikel 101 vor, dass ab dem 1. September 1926 der frühere „Etat du Grand Liban“ nunmehr den Namen „République Libanaise“ trägt. In der Präambel wird die Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit des Staates betont und die arabische Identität festgelegt. Außerdem wird bestimmt, dass es sich um eine demokratische, parlamentarische Republik handelt. Diese kennzeichne sich unter anderem durch die Beachtung der Grundrechte, insbesondere der Meinungs- und Gewissensfreiheit.

Die Verfassung hat ein gespaltenes Verhältnis zu den Konfessionen. Einerseits soll der Konfessionalismus laut Absatz h) der Präambel abgeschafft werden, und zwar schrittweise („suivant un plan par étapes“).

Andererseits wird der Konfessionalismus in der Staatsorganisation geradezu zementiert. Art. 24 sieht vor, dass die parlamentarischen Sitze gleich („à égalité“) unter Christen und Muslimen aufgeteilt werden. Unter „gleich“ ist zu verstehen, dass nicht etwa eine Volkszählung ein bestimmtes Sitzverhältnis vorgibt, sondern die Hälfte der Sitze den Christen, die andere Hälfte den Muslimen zusteht. Zwar steht diese Aufteilung unter dem Vorbehalt eines Wahlgesetzes ohne konfessionelle Ausrichtung („En attendant l'élaboration [...] d'une loi électorale sans contrainte confessionnelle“), aber es kam nie zur Errichtung eines solchen Wahlgesetzes.

Die Rolle der Konfessionen wird weiterhin gestärkt durch die Autonomie im Personenstandsrecht gemäß Art. 9. Daher gibt es keine Zivilehe im Libanon, Ehen werden nach den Bräuchen der einzelnen Konfession abgeschlossen. Außerdem gestattet Art. 10 den Gemeinden, im Rahmen der staat-

lichen Vorgaben ihre eigenen Schulen zu betreiben. Dies hat die praktische Auswirkung, dass staatliche Schulen keinen guten Ruf genießen. Stattdessen sind vor allem christliche Privatschulen begehrt. Problematisch erscheint auch, dass der Staat gemäß Art. 9 die Beachtung der „religiösen Interessen“ („intérêts religieux“) garantiert, ohne diese Interessen näher einzugrenzen.

Das Ende des Bürgerkrieges (1975-1990) wurde nach verbreiteter Auffassung durch ein 1989 in der saudi-arabischen Stadt Ta'if unterzeichnetes Abkommen herbeigeführt. Erst in Folge dieses Abkommens erklärt die Präambel die Abschaffung des Konfessionalismus zum nationalen Ziel. Vorher betrachtete die Präambel ihn lediglich als Übergangsregelung. Art. 93 trifft nunmehr auch genaue Bestimmungen zur Umsetzung dieses Ziels durch ein „nationales Komitee“. Manche sehen in der Festlegung dieses Ziels einen Fortschritt. Andere sagen, dass der Konfessionalismus vielmehr erst durch das schriftliche Festhalten in der Verfassung seine Geltung als, wenn auch abzuschaffender, Grundsatz der Verfassung bekommen hat.

Entscheidend ist nach meiner Auffassung, dass die Libanesen selbst sich – mit wenigen Ausnahmen – nicht für dieses Ziel einsetzen, sondern nach wie vor ein starkes Gruppendenken vorherrscht.

Das Gruppendenken

Heiß diskutiert ist im Libanon die Frage, welche Religion die Mehrheit darstellt. Zur Zeit der Unabhängigkeit waren es wohl noch die Christen, aber seit 1936 hat man sich nicht mehr an eine Volkszählung gewagt. Inzwischen steht vermutlich eine 30- bis 40-prozentige christliche einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung gegenüber. Es liegt nahe, Konflikte wie den Bürgerkrieg als religiöse Auseinandersetzung zu verstehen. Allerdings gibt es nicht einen christlichen und einen muslimischen Block im Land. Die Politik des Landes wird vielmehr von den Einzelinteressen der Konfessionen bestimmt. Zu unterscheiden ist zwischen der konfessionellen Ebene, auf der sich die einzelne religiöse Gruppe um den eigenen Fortbestand

kümmert und der politischen Ebene, wo zwecks politischer Beteiligung eine erstaunliche Kompromissbereitschaft an den Tag gelegt wird.

Die konfessionelle Ebene

Die konfessionelle Ebene versteht sich besser, wenn man nicht von einer Mehrheit im Land ausgeht, die eine Führungsrolle einnimmt. Stattdessen ist der Libanon als Land voller Minderheiten zu verstehen, die zum Großteil irgendwann in die Gegend gekommen sind, um Zuflucht zu suchen. Das Streben nach Schutz spielt für das Selbstverständnis eine wichtige Rolle. Daher sind familiäre Bindungen eng und auf die Erhaltung der eigenen Traditionen legen die Konfessionen viel Wert. Zwar gibt es viele Ehen zwischen den Konfessionen einer Religion und auch Gottesdienste und Gebete finden gemeinsam statt, aber die Siedlungsstruktur gibt wiederum das Bild einer Trennung. Religiös gemischte Dörfer oder Stadtviertel sind ohnehin eine Seltenheit, aber auch konfessionelle Durchmischung ist mir kaum begegnet. Zum Beispiel sind die 12.000 Einwohner des großen Dorfes Qobayat im Nordlibanon allesamt christliche Maroniten. Das etwas kleinere Maghdouche bei Saida im Südlibanon hat fast nur malkitisch-griechisch-katholische Einwohner. Die gleiche Trennung findet sich bei den Muslimen.

Bereits die Vermischung der Konfessionen innerhalb einer Glaubensgemeinschaft ist begrenzt, umso weniger Austausch gibt es daher zwischen den beiden Religionen Christentum und Islam. Insbesondere findet man keinen wie auch immer gearteten Dialog der Religionen. Meiner Auffassung nach bleiben diese Grundsätze trotz der augenscheinlichen Auflösung vieler Gegensätze in der Hauptstadt Beirut für das Land gültig.

Ausnahmen gibt es trotzdem. Der Islam baut auf dem jüdisch-christlichen Erbe auf, auch Jesus wird als Prophet anerkannt, nur nicht als Sohn Gottes. Daher wirkt es auf Muslime nicht befremdlich, dass von dem Hügel von Maghdouche eine meterhohe Marienstatue auf die sunnitische Stadt Saida herunterblickt. Neugierig wandern nachmittags schwarzverschleierte Frauen zu „Unserer Lieben Frau

von Mantara“ und beten zu ihr wie die Christen.

Insgesamt findet auf konfessioneller Ebene wenig Austausch statt, die einzelnen Gruppen arbeiten auf ihren eigenen Erhalt hin.

Die politische Ebene

Geradezu gesprengt werden die konfessionellen Grenzen aber auf politischer Ebene. Ein Zitat des Schriftstellers Raschid Al-Daif aus dem Bürgerkrieg macht deutlich, mit welcher Leichtigkeit kreuz und quer politische Allianzen geschlossen werden und wieder zerbrechen:

„... Der Krieg war dann aber kein Kampf von Arm gegen Reich, sondern von Arm und Reich gegen Reich und Arm. Palästinenser bekämpften sich untereinander, Syrer kämpften mit Palästinensern gegen Christen, dann mit Christen gegen Palästinenser. Schließlich die Christen untereinander und gegen die Drusen, alle miteinander und gegeneinander – wer sollte das verstehen? [...] Am Ende haben wir über die gelacht, die versucht haben, die Zustände zu analysieren.“

Auf politischer Ebene kennzeichnet das Handeln der Gruppen ein starker Pragmatismus, den ein aktuelles Beispiel veranschaulichen mag. In Folge der Ermordung des sunnitischen Ministerpräsidenten Rafiq Al-Hariri im Jahre 2005 entschied sich der Libanon, ein vom UN-Sicherheitsrat eingesetztes Tribunal zur Aufklärung des Mordes zu unterstützen. Von Beginn an stand die schiitische Hisbullah unter Verdacht der Tatbeteiligung. In der Koalitionsregierung mit dem Sohn Saad Al-Hariri sprach sie sich daher vehement gegen eine Finanzierung des Tribunals aus. Unfähig zu Kompromissen, zerbrach die Regierung im Januar 2011 an dem Rückzug von 11 Ministern verschiedener Parteien. Auch an der neuen Regierung unter Najib Al-Miqati ist die Hisbullah beteiligt, doch hier hat sie Ende letzten Jahres nachgegeben und der Finanzierung zugestimmt. Sie bleibe bei der Kritik an dem Tribunal, fühle sich aber dem nationalen Interesse verpflichtet. Ein plötzlicher Gesinnungswandel ist nicht anzunehmen, hingegen spricht viel für Miqatis Fähigkeit, die völlig gegensätzlichen Interessen an einen Tisch zu holen.

Sind Kompromisse nicht ohnehin unabdingbar für einen funktionierenden Staat? Das ist sicherlich der Fall, aber im Libanon sind sie meiner Auffassung nach wichtiger als anderswo und zwar aufgrund der Schwäche des Staates. Werden bei einer politischen Entscheidung in Deutschland bestimmte Interessen nicht berücksichtigt, wird der Beschluss dennoch über die Exekutive mit ihrem Beamtenapparat umgesetzt. Im Libanon ist die Exekutive schwach, Korruption ist so alltäglich, dass sie kaum noch auffällt. Es ist ein Leichtes, sich Regierungsbeschlüssen zu widersetzen. Die schiitische Hisbullah ist sogar dafür bekannt, im Südlibanon den Staat vollständig zu ersetzen. Die Umsetzung des staatlichen Willens und der Zusammenhalt des Landes sind daher nur gewährleistet, wenn tunlichst auch unliebsame Gruppen an Entscheidungen beteiligt werden.

Festzuhalten ist, dass bei den Konfessionen ein ausgeprägtes Gruppendenken vorherrscht und engstirnig eigene Interessen verfolgt werden. Auf politischer Ebene sind hingegen erstaunliche Kompromisse möglich und für den Zusammenhalt des Landes auch unersetzlich.

Teil 2 – Herausforderungen für die Sicherheit

Das Grundproblem – Die schwache Armee

Im Folgenden wird gezeigt, dass der Libanon einer Vielzahl von Gefährdungen der Sicherheit ausgesetzt ist. Problematisch ist, dass der Staat selbst die Sicherheit kaum gewährleisten kann. Auch dies lässt sich auf die konfessionelle Vielfalt zurückführen. Erfordert zum Beispiel ein Konflikt zwischen einer muslimischen und einer christlichen Gruppe einen Eingriff der Armee, dann müsste ein muslimischer General einem christlichen Soldaten befehlen, gegen seine eigenen Glaubensgenossen vorzugehen. Es lässt sich einwenden, dass es gerade Aufgabe des Staates ist, Konflikte neutral zu lösen. Im Libanon gibt es aber kein Vertrauen in den Staat und noch weniger in die Neutralität des einzelnen Beamten. Die Armee muss

also äußerst behutsam vorgehen und verhält sich stets defensiv.

Damit ist die Armee aber nicht bedeutungslos für das Land. Sie nimmt vielmehr die Rolle eines Mediators ein. Nicht selten genießen Politiker mit militärischem Hintergrund eine hohe Anerkennung im Land – wer ein Gespür für das richtige Verhalten der Armee in konfessionellen Konflikten hat, der kann auch politische Kompromisse herbeiführen. Als Beispiel sei der christliche General Fou'ad Chehab genannt, der von 1958 bis 1964 als Präsident amtierte. Noch heute genießt er hohes Ansehen bei der Bevölkerung, seine Amtszeit wird als Beispiel für eine Politik im nationalen Interesse herangezogen.

Trotz ihrer gesellschaftlichen Bedeutung ist die Armee nicht zu einem wirkungsvollen Eingreifen fähig.

Die Sonderrolle der Hisbullah im Südlibanon

Das gilt nicht nur für inländische Konflikte. Auch zur Verteidigung nach außen ist die Armee zu schwach ausgebildet. Im Bürgerkrieg haben die Gruppen die Sache selbst in die Hand genommen und Milizen gebildet. Inzwischen sind diese aufgelöst, bis auf eine Ausnahme: die Hisbullah.

Sie entstand in den 1980er Jahren im Südlibanon zur Verteidigung der mehrheitlich schiitischen Bevölkerung gegen die israelische Besatzung. Der Forderung einer Entwaffnung gemäß Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrats ist die Hisbullah nicht nachgekommen. Stets wird auf die Gefahr eines erneuten israelischen Angriffs verwiesen. Durch den Libanonkrieg 2006 sieht sich die Hisbullah darin bestätigt, auch nicht-schiitische Libanesen gestehen ihr Kompetenz in der Landesverteidigung zu.

Es ist umstritten, wie die Hisbullah einzuordnen ist. Sie selbst bezeichnet sich als Umma (muslimische Gemeinschaft), Großbritannien unterscheidet zwischen der politischen Partei und der als terroristisch eingestuften Miliz, die USA sehen in der Hisbullah als Ganzes eine Terrororganisation. Entscheidend ist ihre Sonderrolle neben dem Staat. Diese erstreckt sich neben den militärischen Aktivitäten auf umfassende soziale Unterstützung der armen, ländlichen Bevölkerung des Südlibanon und so-

gar auf Aufbauprojekte in den 2006 bombardierten südlichen Vororten von Beirut. Darüber hinaus ist sie als politische Partei im Parlament vertreten und beteiligt sich folglich am Staat.

Es ist nicht abzusehen, dass die Hisbullah von selbst ihre militärische Stellung an den Staat abgibt. Denkbar ist hingegen, dass sie durch die politische Entwicklung in der Region geschwächt wird. Sie erhält massive Unterstützung aus dem Iran, Syrien unterstützt sie ebenfalls und dient vor allem als Transportweg für Waffen. Sollte die sunnitische Mehrheit in Syrien einen Regimewechsel zu ihren Gunsten herbeiführen, käme nur noch der Wasserweg für die Belieferung mit Waffen in Frage.

Sicherung des Südlibanon durch die UNIFIL?

Dieser wird jedoch von der deutschen Marine als Teil der UNIFIL-Mission überwacht. UNIFIL ist die United Nations Interim Force in Lebanon, die 1978 vom UN-Sicherheitsrat eingesetzt wurde, um den israelischen Rückzug aus dem Südlibanon zu überprüfen, internationalen Frieden und Sicherheit wiederherzustellen und die libanesische Regierung bei dem Wiederaufbau einer tatsächlichen Souveränität in diesem Gebiet zu unterstützen. Das Mandat wurde in Folge des Krieges 2006 erweitert, unter anderem kontrolliert UNIFIL nun die Einfuhr von Waffen oder ähnlichem Material. Die deutsche Bundeswehr übernimmt diese Aufgabe vor der libanesischen Küste, Bodentruppen werden nicht von deutscher Seite gestellt.

Es ist fraglich, ob die UNIFIL ihre Aufgaben effektiv erfüllen kann. 1982 wurden ihre Stützpunkte nach eigenen Worten von der israelischen Armee „übrannt“, 2006 fielen UNIFIL-Soldaten Angriffen von Israel und Hisbullah zum Opfer. Im Laufe des Jahres 2011 wurden italienische und französische UNIFIL-Soldaten durch drei Bombenanschläge verletzt.

Außerdem sind die Eingriffskompetenzen sehr eingeschränkt. Bei einer eskalierten Palästinenserdemonstration am 15. Mai 2011 in einem Grenzort zu Israel, Maroun Ar-Ras, wurden 11 Palästinenser von israelischen Grenztruppen getötet und über Hundert verletzt. Über die Rechtferti-

gung der israelischen Reaktion lässt sich streiten. In jedem Fall reichte die Anzahl libanesischer Soldaten, meiner Einschätzung nach maximal 40-50, nicht aus, um die Demonstranten von der Grenze fern zu halten und damit die Eskalation zu vermeiden. Erst nach vielen Stunden gelang die Auflösung der Demonstration. Nach Aussage eines italienischen UNIFIL-Soldaten wären Truppen in 10 Minuten zur Stelle gewesen, aber nur auf Anfrage der libanesischen Armee. Für eine effektive Erfüllung des Mandats ist meiner Auffassung nach die Kompetenz zum unabhängigen Handeln in Konfliktsituationen erforderlich.

Die Palästinenser

Die Palästinenser stellen meiner Meinung nach eine größere Herausforderung für die Sicherheit des Libanon dar als die Hisbullah. Die Bezeichnung „Palästinenser“ ist nicht allgemein festgelegt, ich verwende sie hier für Flüchtlinge oder deren Abkommen aus dem früheren Mandatsgebiet Palästina, das sich mit dem heutigen Israel, Jordanien, dem Gazastreifen und der Westbank deckt. Hintergrund der palästinensischen Präsenz im Libanon ist der „Schwarze September“ im Jahre 1971. Die Palästinensische Befreiungsorganisation führte damals ihren Kampf gegen Israel aus Jordanien und bedrohte damit die Sicherheit des Landes. Ihre Vertreibung aus Jordanien im „Schwarzen September“ brachte sie in den Libanon, wo die Schwäche des Staates ein ungehindertes militärisches Handeln ermöglichte. Dies hat entscheidend zum Ausbruch des Bürgerkrieges beigetragen. Heutzutage leben die Palästinenser in sogenannten „Camps“, üblicherweise am Rande einer Stadt. Das einzelne Camp liegt zwar auf libanesischem Territorium, aber der Staat erhebt keine Kompetenz über das Gebiet. Die Verwaltung obliegt der eigens für die Palästinenser eingesetzten United Nations Relief and Works Agency (UNRWA), nach deren Angaben 455.000 Flüchtlinge in 12 Camps leben, wohlgerneht in einem Land von 3,5 bis 4 Millionen. Sie bedrohen aus zwei Gründen die Sicherheit des Staates.

Erstens unterhalten verschiedene politische Gruppen ihre eigenen Mi-

lizen in den Camps. Es kann sich um Anhänger von Hamas handeln, aber auch um diffuse Organisationen, die zB von Syrien aus gesteuert werden. Diese Gruppen bekämpfen sich vor allem nachts innerhalb des Camps. Die von ihnen ausgehende Gefahr wurde im Jahre 2007 deutlich, als die libanesische Armee bei einer Hausdurchsuchung im Camp Nahr Al-Bared bei Tripolis in ein Scharmützel verwickelt wurde und wenig später 27 libanesische Soldaten an einem Stützpunkt im Schlaf ermordet wurden. Als Reaktion zerstörte die libanesische Armee weite Teile des Camps.

Zweitens sind die Palästinenser führungslos. Das unterscheidet sie von den libanesischen Gruppen. Während meines dreimonatigen Praktikums bei der Organisation CYC Shatila in einem verhältnismäßig ruhigen Camp in den Vororten Beiruts wurde ich Zeuge von drei Demonstrationen in völlig unterschiedliche Richtungen. An einem Tag forderten die Palästinenser in Downtown Beirut mehr Arbeitsrechte, ein andermal verlangten sie mehr Unterstützung von UN-RWA und im Mai fand besagte Demonstration in Maroun Ar-Ras statt, diesmal machten sie ein Recht zur Rückkehr geltend. An dieser Stelle soll nicht diskutiert werden, ob die Flüchtlinge, von denen die wenigsten jemals auch nur einen Fuß auf ihr Heimatland gesetzt haben, ein Recht zur Rückkehr haben. Von dem israelischen Staat erwarten sie ohnehin keine Unterstützung. Viel schmerzhafter ist für sie, dass sie keinerlei Solidarität aus der West-Bank erfahren, wo Mahmoud Abbas mit seiner Partei Fatah derzeit emsig an einem souveränen Staat arbeitet. Daher ist es für andere Gruppierungen ein Leichtes, die Palästinenser für die eigenen Interessen zu instrumentalisieren. Zum Beispiel unterstützte Hisbullah maßgeblich die Demonstration im Maroun Ar-Ras, sie stellte die gesamte Logistik bereit. Vermeintlich handelte sie aus Solidarität gegen den gemeinsamen Feind Israel. Wichtiger für die schiitische Hisbullah ist, dass es sich bei den Palästinensern um Sunniten handelt. Zählt man sie bei der libanesischen Bevölkerung mit, gibt es unter den Muslimen eine sunnitische Mehrheit, ohne sie eine schiitische.

Daher ist Hisbullah sehr interessiert daran, die Palästinenser aus dem Libanon zu entfernen. Ob ihr Kampf für die Heimkehr den Libanon erneut in Gewalt stürzt, ist den Palästinensern gleichgültig.

Der Mangel an staatlicher Kontrolle und die Führungslosigkeit der Palästinenser machen sie meiner Ansicht nach zur größten Gefahr für die Sicherheit des Libanon.

Die Schebaa-Farmen

Der Streit um die Schebaa-Farmen zeigt, wie vielschichtig die Konflikte gelagert sind. Es handelt sich um ein 25 km² großes Gebiet im Südlibanon, das nach wie vor israelisch besetzt ist. Für die israelische Seite ist das Gebiet aufgrund der großen Wasservorkommen interessant. Aber auch auf libanesischer Seite besteht ein Interesse daran, den Status quo aufrecht zu erhalten. In der Regierung gibt es weit über die Parteiränge der Hisbullah hinweg Stimmen, die sich gegen die von UN-Resolution 1701 geforderte Entwaffnung der Hisbullah aussprechen. Das Argument: die israelische Besetzung der Schebaa-Farmen.

So wird die Besetzung im Interesse fast aller Beteiligten aufrecht erhalten. Israel selbst verweigert die Rückgabe mit der Behauptung, die Schebaa-Farmen gehörten zu Syrien. Syrien betont, dass es sich um libanesisches Territorium handelt, um Israel entgegen zu treten, hat aber ebenfalls ein Interesse daran, eine Rechtfertigung für die Bewaffnung der befreundeten Hisbullah bestehen zu lassen. Daher reagiert Syrien nicht auf ein Gesuch der Vereinten Nationen, die Zugehörigkeit des Gebiets zum Libanon schriftlich zu bestätigen.

Obwohl ähnlich den syrischen, von Israel besetzten Golanhöhen derzeit nicht um die Schebaa-Farmen gekämpft wird, kann insbesondere ein Machtwechsel in Syrien den Status quo gefährden.

Weitere Konfliktpunkte

Nicht nur bei den Schebaa-Farmen geht es um die Sicherung der spärlichen Wasserquellen. Im Jahre 2002 drohte der damalige israelische Ministerpräsident Ariel Sharon mit Krieg gegen den Libanon, weil dieser im Rahmen eines Infrastrukturpro-

jekts Wasser aus dem Wazzani ableiten wollte. Dieser Fluss entspringt im Libanon und speist weiter südlich zusammen mit dem Fluss Hasbani den Fluss Jordan und damit das größte Wasserreservoir Israels, den See Genezareth. Der Libanon beruft sich auf den völkerrechtlichen Grundsatz, dass die Herrschaft über die Wasserquellen eines Landes Ausfluss der Souveränität über das Territorium sind. Der Konflikt konnte nach Verhandlungen mit der EU und den USA beigelegt werden, das libanesische Projekt wird fortgeführt. Doch die Kriegsdrohung Scharons zeigt, welches Konfliktpotential das Wasser als Lebensgrundlage birgt.

Keine Grundlage für Leben, sondern für Wohlstand, sind beachtliche Gasvorkommen, die kürzlich im Mittelmeer vor der Küste Israels gefunden wurden. Der Libanon vertritt die Position, dass sich ein Teil dieser Gebiete auf libanesisches Hoheitsgebiet erstreckt. Auch das nahe gelegene Zypern hat schon Pläne für die Ausbeutung der Vorkommen angekündigt. Grundsätzlich darf Israel nach Belieben das Vorkommen ausschöpfen, solange die Bohrinseln auf seinem Territorium liegen. Problematisch ist, dass der offizielle Kriegszustand zwischen Israel und Libanon eine Feststellung der Landesgrenzen unmöglich macht. Die Meeresgrenzen wiederum knüpfen an die Landesgrenzen an.

Als Lebensgrundlage bietet das Wasser eine besondere Konfliktquelle zwischen Libanon und Israel. Sollten die beiden Staaten den Streit um die Gasquellen im Mittelmeer austragen, stellt sich die Frage nach dem Verhalten der Seekräfte der UNIFIL.

Ausblick

Dem libanesischen Staat fällt es aufgrund der Einzelinteressen der Gruppen schwer, eine einheitliche Position zu Konflikten zu beziehen. So wünschenswert ein Frieden mit Israel und eine Klärung der territorialen Streitigkeiten ist, so geht davon keine unmittelbare Bedrohung aus.

Meiner Auffassung nach birgt die unkontrollierte Präsenz der Palästinenser die größte Gefahr für die Sicherheit. Das Problem konfliktfrei zu lösen entspricht der Quadratur des Kreises. Daher muss nach einer prag-

matischen Lösung gesucht werden. Eine Rückkehr nach Israel oder in das Palästinensische Autonomiegebiet ist nicht denkbar, daher sollte auf eine schrittweise Eingliederung in die libanesische Gesellschaft hingear-

beitet werden. Um das hochsensible, konfessionelle Gleichgewicht nicht zu stören, sollte schrittweise vorgefahren werden. In Frage kommt eine bevorzugte Behandlung von Camps mit friedlichem Verhalten, um problema-

tischen Camps einen Anreiz zur Verbesserung zu geben.

Wie auch immer der Libanon seine Probleme löst, die Entscheidung muss einen Kompromiss der Gruppen darstellen. □

Renovabis

Ländliche Räume im Umbruch

Herausforderungen in Mittel- und Osteuropa

VON HEINRICH DORNDORF

Zum 15. Internationalen Kongress Renovabis trafen sich ca. 330 Teilnehmer aus 29 Ländern des mittel- und osteuropäischen Bereiches um über das Thema: „Ländliche Räume im Umbruch“ zu diskutieren bzw. zu erfahren, wie sich der Wandel von der Landflucht zur Stadt (oder in ein anderes westeuropäisches Land) vollzogen hat.

Nicht nur, dass Menschen ihre Existenz verlören und auswandern würden, der dadurch stattfindende Verlust an Kultur, Tradition und kirchliche Arbeit mache sich in Dörfern und Kleinstädten immer stärker bemerkbar. In seiner Begrüßung zu Beginn der Kongresses sagte der Hauptgeschäftsführer von Renovabis Pater Stefan Dartmann SJ: „Wir im Westen nehmen nur wenig wahr, dass viele ländliche Regionen der Gesellschaften im Osten Europas von einer galoppierenden Destabilisierung mit dramatischen Veränderungen geprägt sind. Und selbstverständlich ist mit der Lebenswelt auch die Glaubenswelt der Menschen in einem radikalen Umbruch“.

In der Eröffnungsrede des Kongresses verglich Bischof Dr. Gerhard Feige aus Magdeburg die ländlichen Räume in Mittel- und Osteuropa mit denen seines Bistums in Sachsen-Anhalt, wo etwa 80% der Bevölkerung keiner Kirche oder anderen Religionen angehörten. Der Zustand in den Räumen Mittel- und Osteuropas rege zum Nachdenken an. Die Umwelt auf dem Land sei hauptsächlich durch Verschmutzung gefährdet. Da

diese Landschaften vernachlässigt und entvölkert würden, stelle sich die Frage, wie christliches Leben erhalten werden solle? Weite Wege für Priester und Laien seien notwendig, damit Kirche auch in kleinen Dörfern weiterhin lebe.

Der Posener Europaabgeordnete Filip Kaczmarek sieht Möglichkeiten die ländlichen Regionen zu stärken, denn 60% der Menschen in der EU würden in diesen Räumen leben. Jedoch ohne die Solidarität aller Menschen sei nichts zu erreichen. Das Parlament der EU lege Wert darauf, die territoriale Zusammenarbeit zu stärken und stelle dafür Geld zur Verfügung.

Schlaglichter beleuchteten die Probleme in Ungarn, Polen und Bosnien-Herzegowina. Diese Länder haben eines gemeinsam: Religiosität lässt erschreckend nach: durch Abwanderung, weniger Geburten und immer älter werdende Menschen. In manchen Dörfern würden nur noch acht bis zehn, meist ältere Frauen zum Gottesdienst. Ländliche Grundschulen würden geschlossen. Der Prozess der Verstädterung ginge immer schneller voran zum Nachteil der Landwirtschaft. So berichtet Teresa Kudyba aus Oppeln (Oberschlesien), dass das Land zwar sehr schön sei, aber immer leerer würde. Es gebe ein Programm zur Erneuerung der Dörfer, z.B. das Vereinsleben und gesellschaftliches Engagement zu fördern, doch nach der Ausbildung fehlten Arbeitsplätze und junge Menschen gingen in den Westen, zum Geld, zum

Konsum und würden so zu Arbeitsmigranten.

In anderen Ländern Mittel- und Osteuropas verließen Eltern ihr Land und überließen den Großeltern die Erziehung ihrer Kinder. So würden diese Kinder zu sogenannten „Europawaisen“.

Don Ante Luburic, Kanzler der Diözese Mostar-Duvno (Bosnien-Herzegowina) sprach von der desolaten Lage seines Landes, insbesondere um das Gebiet Nevsinje. 1991 wohnten dort unter 82.000 Einwohner 500 Katholiken, deren Zahl habe sich seit 1995 erheblich verringert. Man lebe hauptsächlich vom Obstanbau. Dabei werde die Pflaume weniger als frisches Obst genutzt, sondern stärker für die Produktion des Slibovitz herangezogen. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus hofften die Menschen auf die Rückgabe ihrer Ländereien, und damit auf die Rückkehr der vertriebenen Menschen. Um einen Anreiz zur Rückkehr zu geben, seien Werke statt Worte erforderlich. So habe Renovabis bei der Beschaffung von Landmaschinen als eine Unterstützung zur Rückkehr der geflüchteten Bevölkerung geholfen.

„Der ländliche Raum im Wandel von der Industrialisierung bis zur Globalisierung“ war Thema eines Referates von Alois Glück, dem Vorsitzenden des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Er berichtete anhand seines eigenen Werdegangs von den Veränderungen im Landleben von den 50er Jahren bis heute. Die Landwirtschaft sei Teil einer in-

tegierten Entwicklung im ländlichen Raum. Sie sei nicht nur Ernährungswirtschaft sondern auch Kulturlandschaft. Die Fragestellung lautete früher: Arbeit zu den Menschen, oder Menschen zur Arbeit? Man habe sich für Ersteres entschieden. Es müssten gleichzeitig Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen geschaffen werden, schnelles Internet in dünn besiedelte Gebiete gelegt werden, denn sonst verlören die Menschen den Anschluss. Die ländlichen Entwicklungen seien heute anders als vor 20 Jahren. So hätte man bei der Wiedervereinigung die Globalisierung gleich mit einbeziehen müssen, ebenso die demographische Entwicklung der Bevölkerung: geringe Kinderzahl – älter werdende Menschen. Die Zukunft der ländlichen Räume in Europa sei Thema der internationalen Politik und deshalb bräuchte der ländliche Raum starke Anwälte.

In einem weiteren Referat sprach Prof. Dr. Thomas Glauben (Halle) vom Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) über den Strukturwandel in (Ost-) Europas ländlichen Regionen. Der ländliche Raum sei agrarmäßig geprägt. Er sei Lebensraum von Mensch, Tier und Fauna, habe jedoch einen Entwicklungsrückstand gegenüber städtischen Regionen. Strukturelle Veränderungen würden sich durch den demographischen Wandel ergeben: geringe Bevölkerungsdichte, Abwanderung (dadurch rapides Anwachsen der Metropolen besonders in Rumänien und Bulgarien), geringe Geburtenrate und Verlust von Arbeitsplätzen. Die meisten ländlichen Gebiete sowohl in West- als auch in Osteuropa seien familienmäßig geprägt. Allerdings seien es in Osteuropa meist Kleinstbetriebe, die nur für den Eigenbedarf anbauen und dadurch international nicht wettbewerbsfähig seien. So ergebe sich eine Armutsrate in Osteuropa von bis 20% unter der allgemeinen Einkommensrate. Der demographische Wandel stehe den erforderlichen strukturellen Veränderungen entgegen. Es könne nur weiter gehen, wenn – und das ist der Dreh- und Angelpunkt – das Bildungsniveau verbessert würde.

In einem Arbeitskreis wurden die ländlichen Probleme in England,

Frankreich und Russland angesprochen. Dr. Jill Hopkinson, Rural Officer of the Church of England, informierte darüber, dass 20% der Gesamtbevölkerung Englands in ländliche Regionen lebe, doch ein Viertel dieser Menschen sei 60 Jahre und älter und ein Großteil davon lebe unterhalb der Armutsgrenze. Die Gemeinden seien klein und so würden „Multi-Parish Benefices“ oder „Team Ministries“ (Verbandsgemeinden) geschaffen, wo sich sechs und neun Kirchen zusammenschlossen, die sich dann einen oder mehrere Priester teilten. Zur Unterstützung würden in einigen Diözesen sogenannte Laienpriester ausgebildet.

Bischofsvikar Hubert Schmitt, Erzdiozese Straßburg, sprach von einer verdeckten Armut in den ländlichen Räumen Frankreichs. Die Leute zeigten nicht ihre Armut. Durch Unsicherheit in den ländlichen Regionen komme es zu einem verstärkten Wegzug, der zur Folge habe, dass diese Menschen den Bezug zur Kirche verlören. In den ländlichen Räumen sei eine große Mobilität erforderlich, denn die Menschen „lebten“ in verschiedenen Orten (Wohnen, Schule, Arbeit, Vereine). Für 15.000 Seelen gebe es einen Priester. Es gäbe zwar Pfarrverbände, aber durch die Landflucht verlöre man den Kontakt zu den Menschen. Initiativen für das Laienapostolat in Frankreich sollen Abhilfe schaffen.

Der aus Baustetten in Baden-Württemberg stammende Pfarrer Dietmar Seiffert lebt in der Kleinstadt Kujbyschew in Westsibirien mit 50.000 Einwohnern. In dieser Stadt leben Exilpolen, Russlanddeutsche, Balten, Weißrussen und Ukrainer. Seit der politischen Wende sei die Anzahl der Gemeindemitglieder in seiner Pfarrei, St. Peter und Paul, von 40 auf 250 angewachsen. Das gesamte Pfarrgebiet umfasse eine Fläche von 87.017km² (das entspricht einem Viertel der Fläche der Bundesrepublik) mit 20 pastoralen Punkten. Sie bestünden meist aus kleinen Gruppen von bis zu 20 Personen, teils auch aus einzelnen Familien. Die seelsorgerische Betreuung obliege einem Priester und zwei Ordensschwwestern. Der nächste Pfarrer sei 350 km entfernt. Die Arbeitslosenquote in der Stadt sei

sehr hoch. Viele Männer würden auf den Gas- und Ölfeldern im entfernten Norden arbeiten. In diesen ländlichen Bereichen sei die Arbeit auf Selbstversorgung ausgerichtet und biete somit keine Perspektive. Die Dörfer bluteten aufgrund der Landflucht aus.

In der polnischen Diözese Elk liegen 2/3 des Gebietes im ländlichen Raum. Bischof Jerzy Mazur beklagt, dass junge Menschen in die Städte oder gar ins Ausland abwanderten, d.h. Überalterung und Verein-samung nähmen überhand. 30% der Menschen seien arbeitslos, leben in Armut, Alkoholismus, Obdachlosigkeit und sind orientierungslos. Hier könne nur die Kirche Antwort geben. Die Kirche sei von Gott gesandt und müsste zu den Menschen gehen, um ihnen zu helfen. Die Kirche dürfe nicht ruhig sein, wenn junge Menschen sich von ihr abwandten. Die Kirche spiele eine wichtige soziale Rolle. Die soziale Arbeit solle aber nicht ohne Evangelisierung erfolgen. Für Bischof Mazur bedeutet dies, caritative Aktivitäten zu entwickeln, da offizielle Stellen dazu nicht in der Lage seien, wie z.B. Familienberatung, Bau von Waisenhäusern, Unterstützung der Caritas in jeglicher Hinsicht. So unterhalte die Caritas Apotheken für Minderbemittelte, die ohne Gewinn arbeiteten, um Arzneien preiswert oder umsonst abzugeben. Er zitiert Papst Benedikt XVI: „Probleme werden nicht gelöst, wenn Gott nicht in den Mittelpunkt gerückt wird“. Bischof Mazur beklagte ebenfalls die Migration, wenn Eltern auf EURO-Reise gingen und die Kinder als EURO-Waisen bei Oma und Opa zurück blieben. Wenn schon junge Menschen der Arbeit wegen fortzögen, sollten sie aber ihre Identität als Christen erhalten.

In seinem Schlusswort fragte Pater Dartmann von Renovabis: „Wo bleiben Christen in diesem gesellschaftlichen Umbruch? Christen in diesem Umbruch sind Objekt dieses Umbruchs. Die ländlichen Regionen haben nicht nur Schwächen. Wir sollten auch auf die Stärken schauen. Die Evangelisierung ist Aufgabe nicht nur für Priester sondern auch der Laien auf dem Lande und der Stadt. Kirche muss immer Anwalt der Schwachen sein.“ □

Papstbesuch in Mexiko und Kuba

VON CARL-H. PIERK

Die Reise von Papst Benedikt XVI. nach Mexiko und Kuba zählt zweifellos zu den Höhepunkten im Jahr 2012. Dass der Heilige Vater bei seinem ersten Besuch im spanischsprachigen Lateinamerika neben dem zweitgrößten katholischen Land der Welt auch das kommunistisch geführte Kuba aufsuchte, versprach besondere Brisanz. Benedikt XVI. hielt sich vom 23. bis 26. März in Mexiko und dann bis zum 28. März in Kuba auf.

Am Nachmittag des 25. März kam der Papst in León an und wurde am Flughafen unter anderem vom mexikanischen Präsidenten Felipe Calderón empfangen. Die Stadt León de los Aldama ist die sechstgrößte Stadt des Landes und größte Metropole des zentralmexikanischen Bundesstaates Guanajuato. Tags darauf trafen sich die beiden in der Stadt Guanajuato zu einem offiziellen Gespräch. Danach grüßte und segnete Benedikt die Gläubigen auf dem Hauptplatz. Höhepunkt des Mexiko-Besuches war die Sonntagsmesse unter freiem Himmel im Park Guanajuato Bicentenario am Fuß des Hügels Cerro del Cubilete, an dessen Spitze sich ein Christkönigs-Denkmal erhebt. Über 500.000 Gläubige kamen zu diesem Gottesdienst, bei dem Benedikt XVI. zur Erneuerung des katholischen Glaubens in Lateinamerika aufrief und sich gegen ein oberflächliches und gewohnheitsmäßiges Christentum wandte. Auch betete er für die Opfer von Gewalt und Armut in dem von Drogenkriegen und Auswanderung geprägten Land. Der Gottesdienst war die größte Veranstaltung der Reise. In der Kathedrale von León feierte der Papst am Sonntagnachmittag die Vesper und richtete eine Botschaft an alle Bischöfe des Landes, an jene ganz Lateinamerikas und der Karibik. Abgeordnete sämtlicher 91 Diözesen Mexikos waren vertreten. Die Botschaft des Heiligen Vaters an die Bischöfe des Landes gab der Kirche wieder Zuversicht bei der Beanspruchung ihrer Rechte und ermutigte sie dazu, systematisch Ausbeutung, Ungerechtigkeit und Unterdrückung anzuprangern. Die Hauptstadt Mexiko City hatte der Papst wie erwartet nicht besucht. Seine Ärzte hatten ihm von Aufhalten in hohen Lagen abgeraten.

Die mexikanischen Katholiken warteten seit langem auf Papst Benedikt XVI. – sein Vorgänger Johannes Paul II. hatte das überwiegend katholische Land während seines Pontifikats fünfmal besucht. Ziel und Zweck der Papstreise nach Mexiko im Frühjahr war die Feier zum 200. Jahrestag der Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten. Zum 200. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung Mexikos am 16. September steht das Land, das von der Gewalt des Drogenhandels geplagt ist, inmitten großer gesellschaftlicher Probleme.

Nach einem jahrhundertlang problematischen Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche in Mexiko, das nach 1854 unter anderem zur strikten Trennung beider und zur Abschaffung fundamentaler Kirchenrechte im Bereich des Grundeigentums und des liturgischen Lebens geführt hat, ist die Kirche heute wieder eine moralische Autorität im Lande, wenngleich ihr auch der Weg zu Macht und Einfluss früherer Zeiten verbaut ist. Da es der Kirche von der Verfassung her verboten ist, zur Politik Stellung zu beziehen, bewegt sie sich auf einem schmalen Grat.

Am Montag, 26. März, reiste Benedikt nach Kuba weiter, wo er sich bis Mittwoch in Santiago de Cuba und in Havanna aufhielt. Auf dem Flughafen der südlich gelegenen Stadt Santiago nahm am frühen Montagnachmittag unter anderem Staatschef Raúl Castro den Papst mit offiziellen Ehren im Empfang. Am Abend desselben Tages feierte Benedikt eine Heilige Messe auf dem Platz der Revolution „Antonio Maceo“ im Gedenken an die Verkündigung Mariens. Danach fuhr er nach El Cobre weiter, den wichtigsten Wallfahrtsort Kubas, an dem die Muttergottes verehrt wird. Es ist vor allem die Verehrung dieses Gna-

denbildes der Barmherzigkeit, die die Kubaner zusammenführt.

Seit der Revolution 1959 durchlebte die Kirche in Kuba Jahrzehnte der Unterdrückung sowie der inneren sowie äußeren Isolation. Erst seit den 1990er Jahren konnte sie sich wieder größere Spielräume verschaffen. So konnte am Stadtrand von Havanna ein neues Priesterseminar gebaut werden, seit den letzten 50 Jahren das erste größere Bauprojekt der Kirche. Kardinal Jaime Lucas Ortega y Alamínas weihte das Seminar im Beisein von Staatspräsident Raúl Castro ein. Der ehemalige Präsident Fidel Castro habe mit dem Bau des Seminars ein Versprechen eingelöst, das er Papst Johannes Paul II. bei dessen Kuba-Besuch gegeben hatte, sagte der Erzbischof von Havanna bei der Zeremonie. Vom 21. bis 25. Januar 1998 besuchte Johannes Paul II. als erster Papst die Karibikinsel. Optisch blieb die Zusammenkunft des Papstes mit Castro in Erinnerung, weil der kommunistische Machthaber zugunsten eines dunklen Anzugs auf seine innig geliebte Uniform verzichtete, die er sonst in der Öffentlichkeit nicht ablegte.

Zum Abschluss seiner dreitägigen Kuba-Reise forderte Papst Benedikt XVI. mehr Freiheiten für die katholische Kirche. Sie würde den Gläubigen ermöglichen, einen Beitrag zum Aufbau der Gesellschaft, zu Frieden und zu harmonischer Entwicklung zu leisten, sagte der Papst auf dem Platz der Revolution in Havanna. Dazu gehöre auch das Recht, die christliche Botschaft öffentlich verkünden und feiern zu können. In Anlehnung an die Worte von Johannes Paul II. bei seinem Besuch Kubas vom 21. bis 25. Januar 1998 konnte auch Benedikt XVI. Kuba sinngemäß auffordern, sich der Welt zu öffnen, und umgekehrt die Welt, sich Kuba zu öffnen. „Kuba und

die Welt brauchen Veränderungen“, rief der Papst. Die werde es aber nur geben, wenn sich Menschen frei dazu entschließen könnten, Versöhnung und Brüderlichkeit zu leben. Im Beisein von Staatspräsident Raúl Castro rief Benedikt XVI. die Verantwortlichen der Nation auf, weiter gemeinsam mit der Kirche „auf diesem Weg des echten Dienstes am Gemeinwohl der ganzen kubanischen Gesellschaft“ voranzugehen. Die Kirche trage mit ihrem Einsatz im Schul- und Universitätswesen weltweit zur Charakterbildung der Menschen bei. Es sei zu hoffen, dass dies auch bald auf Kuba möglich würde. Mit der Religionsfreiheit, die sowohl für den Einzelnen als auch für die Kirche gelten müsse, beanspruche er kein Privileg, sondern wolle auf ein Recht hin. Mit Freude erkenne er an, dass Kuba bereits Schritte unternommen habe. Nun gelte es, „das Erreichte festzumachen“.

Zwischen Messe und Rückflug traf Benedikt XVI. noch mit dem früheren Staatschef Fidel Castro zusammen. Die rund 30-minütige Unterredung in der Apostolischen Nuntiatur in Havanna sei „herzlich, lebendig und intensiv“ gewesen, sagte Vatikansprecher Federico Lombardi. Der Revolutionsführer hatte selbst den Wunsch geäußert, mit Benedikt XVI. zusammenzutreffen, und ihn gebeten, ihm einige Minuten seiner Zeit zu widmen.

Der bevorstehende Karfreitag war auf Kuba erstmals ein Feiertag. Kurz nach dem Papstbesuch auf der Karibikinsel hatte der kubanische Ministerrat den 6. April zum arbeitsfreien Tag erklärt. Vatikansprecher Federico Lombardi sprach von einem „sehr positiven Signal“. Er hoffe, dass die Entscheidung der kommunistischen Regierung die Teilnahme der Gläubigen an den Gottesdiensten der Kar- und Ostertage fördere, sagte Lombardi. Papst Benedikt XVI. hatte vor kurzem bei seinem Treffen mit Präsident Raúl Castro in Havanna eine entsprechende Bitte geäußert. Die Entscheidung des Regimes galt aber zunächst nur für den Karfreitag 2012. Erst später will der Ministerrat in Havanna darüber befinden, ob der Freitag vor Ostern dauerhaft ein Feiertag werde, wie die Zeitung der Kommunistischen

Partei, „Granma“, berichtete. Bereits im Jahr 1997 hatte der damalige Präsident Fidel Castro festgelegt, dass anlässlich des bevorstehenden Besuchs von Papst Johannes Paul II. der 25. Dezember ausnahmsweise ein Feiertag ist. Die kubanischen Behörden hatten dann die Entscheidung des Präsidenten ratifiziert und den Weihnachtstag dauerhaft als Feiertag eingerichtet. Seit jener Zeit feiert Kuba wieder das Weihnachtsfest.

Im langsamen Veränderungsprozess in Kuba nimmt vor allem die katholische Kirche eine wichtige Rolle ein. Die Kirche hat sich im zivilen Bereich als die einzige wirklich organisierte und dynamische, mit Pfarreien im ganzen Land ausgestattete Institution etabliert, die eine Rolle als Vermittler und Anbahner von Veränderung spielen kann. Wenige Monate vor dem angekündigten Besuch von Papst Benedikt XVI. hatte die Kirche auf der Karibikinsel eine Aktualisierung der Politik in Ergänzung zu wirtschaftlichen Reformen von Präsident Raúl Castro gefordert. Im September äußerte das Erzbistum Havanna deutliche Kritik am Regime: Ausgangspunkt war die andauernde Verfolgung von Oppositionsgruppen, speziell die Übergriffe gegen die „Damas de Blanco“ („Damen in Weiß“). Die Angehörigen von politischen Gefangenen werden weiter vom System drangsaliert. In diesem Licht erscheint auch die Begnadigung von 2.900 Gefangenen durch das Castro-Regime im Hinblick auf den Papstbesuch als eine Farce. Unter den entlassenen Gefangenen befanden sich lediglich fünf politische Gefangene.

Die „Damas de Blanco“ sind Ehefrauen und Familienangehörige der zumeist im Rahmen des „kubanischen Frühlings“ 2003 verhafteten und verurteilten Regimekritiker. Sie treten öffentlich mit viel Zivilcourage für die Freilassung ihrer Familienangehörigen sowie für freie Meinungsäußerung auf Kuba ein. Jeden Sonntag ziehen sie über die Avenida Cinco im edlen Stadtteil Miramar von Havanna zur Kirche Santa Rita. Der weißen Kleidung, die sie tragen, verdanken sie ihren Namen. Die weiße Kleidung dient als Symbol für Frieden wie auch für die Unschuld ihrer inhaftierten Ehemänner und Familienangehörigen.

Diese Demonstrationsform ist offenkundig den „Müttern der Plaza de Mayo“ nachempfunden, die während der Militärdiktatur der 1970er-Jahre in Argentinien den Verbleib ihrer „verschwundenen“, oftmals brutal ermordeten Kinder, aufklären wollten. Das Europaparlament ehrte die „Damen in Weiß“ im Jahr 2005 mit dem Sacharow-Preis, für das kubanische Regime sind es Verräterinnen im Dienste des US-Imperialismus.

Die Auszeichnung mit dem Sacharow-Preis ist ein wichtiges Zeichen der Unterstützung der demokratischen Kräfte durch die Europäische Union, das auch das Castro-Regime nicht einfach negieren kann. Das Engagement der „Damas de Blanco“ ist ein wesentlicher Pfeiler im kubanischen Streben nach Einhaltung der Menschenrechte und einem friedlichen Wandel hin zur Demokratie. Im Jahr 2002 erhielt Oswaldo Payá Sardiñas, Gründer der Oppositionsbewegung „Movimiento Cristiano Liberación“ („Christliche Bewegung der Befreiung“) und Initiator des Varela-Projekts, den Sacharow-Preis. Damit zeichnete das Europäische Parlament innerhalb weniger Jahre zweimal Persönlichkeiten aus, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte in Kuba einsetzen. Das Varela-Projekt strebt ein Referendum über die Umsetzung von Reformen an.

Nach wie vor aber sind die „Damen in Weiß“ dem Regime ein Dorn im Auge. So wurde am 8. Januar im Dorf Pedro Betancourt (Provinz Matanzas) der Gedenkmarsch von mehr als zwanzig Dissidenten zum Grab der kubanischen Bürgerrechtlerin Gloria Amaya González von Sicherheitskräften niedergeknüppelt, einige der Teilnehmer wurden verhaftet. Wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) berichtet, wollten die Teilnehmer am zweiten Todestag der Menschenrechtlerin Blumen auf ihr Grab legen. Teilnehmer waren unter anderem Mitglieder der Gefangenenhilfsorganisation „Damas de Blanco“, Menschenrechtsaktivisten sowie Freunde und Familienmitglieder. Gloria Amaya González (1928 - 2010) war die Mutter der drei ehemaligen politischen Gefangenen - Ariel, Guido und Miguel Sigler Amaya, die während des kubanischen „Schwar-

zen Frühlings“ im März 2003 inhaftiert, zu horrenden Haftstrafen verurteilt und auf internationalen Druck vor einem Jahr ins Exil abgeschoben wurden. Sie war aktives Mitglied der „Damen in Weiß“ und nahm, an den Rollstuhl gefesselt, bis zu ihrem Tod vor zwei Jahren an den Protestmärschen der Gefangenenhilfsorganisation teil.

Nach Angaben ihres Sohnes Juan Francisco Sigler Amaya griffen die mit Stöcken, Steinen und Stichwaffen bewaffneten Sicherheitskräfte den Gedenkmarsch an, ohne Rücksicht auf Kinder und ältere Menschen zu nehmen. Mobiltelefone und Videokameras wurden den Dissidenten gewaltsam entzogen, um Beweismaterial des brutalen Übergriffs zu vernichten. IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin verurteilte das unverhältnismäßig harte Vorgehen der kubanischen Polizei gegen die Regimekritiker. „Wenn es in Kuba bereits ein Vergehen ist, Blumen auf das Grab seiner Mutter zu legen, dann spricht das für die Angst des kubanischen Regimes vor den Menschen, die sich friedlich für ihre Rechte einsetzen.“

Gewalttätige Aktionen, mit denen die Behörden bereits vor dem Besuch Papst Benedikts versuchten, die kubanische Demokratiebewegung zum Schweigen zu bringen, gab es auch nach dem Papstbesuch. So ging die Polizei seit dem 2. April mit neuer

Härte gegen Bürgerrechtler und Aktivisten der kubanischen Zivilgesellschaft vor. In der ostkubanischen Provinz Santiago de Cuba durchsuchten und verwüsteten Polizisten mehrere Häuser von Dissidenten, schlugen und misshandelten sie und beschlagnahmten elektronische Geräte, ohne es zu protokollieren. Mindestens 25 Personen wurden zeitweise verhaftet, unter den Verhafteten waren mehrere Angehörige der Bürgerrechtsorganisation „Damen in Weiß“.

Der Erzbischof von Havanna, Kardinal Jaime Ortega, hatte sich dennoch für eine Fortsetzung des Reformkurses von Castro ausgesprochen, der allerdings keine Abkehr vom Sozialismus vorsieht. Die Verantwortlichen müssten „die notwendigen Schritte zu einem Wandel im ökonomischen und sozialen Leben“ vollziehen, forderte er bei einem Gottesdienst. Kuba befinde sich im „Glaubensfrühling“. Vom Glaubensfrühling ist es nicht weit zur Hoffnung auf ein besseres Leben, das den Kubanern seit Jahrzehnten vorenthalten wird.

Offizieller Anlass des Kuba-Besuchs von Papst Benedikt XVI. war der 400. Jahrestag der Entdeckung des Bildes der „Barmherzigen Jungfrau von Cobre“. Die „Virgen de la Caridad del Cobre“ wurde 1916 von Papst Benedikt XV. zur kubanischen

Schutzpatronin erklärt. Alte Dokumente erzählen, dass an einen nicht genau bekannten Tag zwei Indianer und ein schwarzer Sklavenjunge eine Statue der Muttergottes auf einem Brett über dem Wasser schwimmen sahen. Auf dem Brett stand demnach geschrieben: „Ich bin die Jungfrau der Barmherzigkeit“. Erstmals wurde sie auf einem Altar in einer Hütte aus Palmen- und Guanobrettern verehrt, später brachten Gläubige die Statue mit einer Prozession nach El Cobre. Der Ort in den Ausläufern der Sierra Maestra liegt in der Nähe von Santiago de Cuba, der zweitgrößten Stadt Kubas. Der Name ist vom spanischen Wort für Kupfer abgeleitet. In dieser Gegend gab es, bis ins 19. Jahrhundert hinein, eines der größten Kupfervorkommen der Welt.

Johannes Paul II. krönte und segnete die Statue 1998 bei seinem Besuch in Kuba. Als Ernest Hemingway in den Fünfzigerjahren seine Nobelpreis-Medaille dem kubanischen Volk schenken wollte, fand er dafür keinen würdigeren Ort als die 1684 erbaute Wallfahrtskirche der Barmherzigen Jungfrau von El Cobre, wo sie noch heute unter den Votivgaben zu sehen ist. Zwischen unzähligen anderen Gaben, die Gläubige aus Dankbarkeit für die Erhörung ihrer Bitten gestiftet haben, hängt auch eine Plakette, die einst die Mutter von Fidel Castro und seinem Bruder Raúl gespendet hatte.

„Kirche in Not“

Arabischer Frühling und christlicher Winter

„Kirche in Not“ begeht 9. Pater-Werenfried-Jahresgedenken in Köln

Eine Rückbesinnung auf die Botschaft des Evangeliums und Authentizität des christlichen Glaubens haben Journalisten säkularer und kirchlicher Medien auf einer Veranstaltung des weltweiten katholischen Hilfswerks „Kirche in Not“ in Köln gefordert. Im Rahmen des Jahresgedenkens an den 2003 verstorbenen Gründer des Hilfswerks, Pater Werenfried van Straaten, bedauerten die Teilnehmer eines Podiumsgesprächs

mit dem Titel „Der Papst, die Neuevangelisierung und die Medien – sprechen wir dieselbe Sprache?“, dass viele Menschen hierzulande nur noch wenig über Glaubensinhalte wüssten.

Der Chefredakteur des deutschsprachigen Programms des christlichen Senders EWTN, Martin Rothweiler, sprach von einer „Analphabetisierung im Religiösen“. Daher sei die authentische Weitergabe des Glaubens wichtig. Dieser Aussage

stimmte der Chefredakteur des katholischen Fernsehsenders K-TV, Michael Ragg, zu. Nach seiner Erfahrung wollten die Menschen kein „Herumgeeiere“, sondern vielmehr ein Bekenntnis und authentisches Vorleben christlicher Werte.

Der SPIEGEL-Redakteur und Autor Matthias Matussek sagte, dass man „in ein Schwarzes Loch“ spreche, weil Gott in der Gesellschaft keine Rolle mehr spiele. Man brauche aber

keinen neuen katholischen Sound, sondern die Kirche müsse sich wieder auf die Evangelien und deren Botschaft besinnen, da sie genug Sprengkraft besäßen. Auch der Programmdirektor des katholischen Senders „Radio Horeb“, Pfarrer Dr. Richard Kocher, wünscht sich eine neue Leidenschaft für Gott. Er bedauere, dass die Kirche sich oft auf Randthemen, wie Kirchensteuern oder Sexualmoral einlasse.

Im Mittelpunkt eines weiteren Podiumsgesprächs des Pater-Werenfried-Jahresgedenkens im voll besetzten Saal des Maternushauses in Köln standen Ursachen und Folgen des Arabischen Frühlings. Hauptgründe der Umbrüche in den Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas seien vor allem der Wunsch nach mehr Freiheit und Würde sowie einem Wechsel der Regime gewesen, die zum Teil seit 40 Jahren regiert hätten, erklärte der Erzbischof von Algier, Ghaleb Bader.

Gleichzeitig fürchteten die Christen in der Region, dass sich ihre Lage verschlechtere und sie nicht mehr in Sicherheit leben könnten. Das Beispiel der irakischen Christen mache allen Christen im Nahen Osten Angst,

so Bader. Zu Hunderttausenden sind Christen aus dem Irak geflohen, da es bereits zahlreiche Attentate auf Kirchen und Christen im Land gegeben hat. Mit Blick auf die Gewalt gegen Demonstranten in Syrien sagte der maronitische Bischof Samir Mazloum aus dem Libanon, dass Minderheiten, die keine sunnitische Muslime seien, sich davor fürchten, was nach einem möglichen Ende des Assad-Regimes käme: Es könnte eine Regierung sein, die die Menschenrechte akzeptiere, aber ebenso gut ein politisch noch strengeres und religiös fundamentalistisches Regime.

Es sei nicht nur ein Arabischer Frühling, sondern auch ein christlicher Winter, fasste die CDU-Bundestagsabgeordnete Ute Granold die Lage der Christen in der Region zusammen. Die Leiterin des Stephanuskreises – ein Zusammenschluss von Politikern der CSU/CDU-Bundestagsfraktion, der sich für den Schutz der Religionsfreiheit einsetzt – sagte, dass Ägypten nach der Wahl „zu kippen“ drohe. Es erfülle sie mit Sorge, dass die Muslimbruderschaft als Wahlsieger hervorgegangen sei und die radikal islamischen Salafisten stark im neuen Parlament

vertreten seien. Pater Dr. Andrzej Halembe, Länderreferent für den Nahen Osten bei „Kirche in Not“, berichtete von zunehmender Gewalt gegenüber Christen, vor allem im Irak. Gleichzeitig ist er dennoch überzeugt, dass der Arabische Frühling auch Hoffnung für die Christen in der Region bedeuten könne, denn es gebe viele moderate Muslime sowie Treffen und Kooperationen von muslimischen und christlichen Geistlichen.

Das Pater-Werenfried-Jahresgedenken am 4.02.12 begann mit einem Gottesdienst mit Joachim Kardinal Meisner im Kölner Dom, zu dem sich trotz Temperaturen um den Gefrierpunkt rund 1.000 Gläubige versammelt hatten. In seiner Predigt würdigte der Kölner Erzbischof die Verdienste seines Weggefährten Pater Werenfried van Straaten. Der Gründer von „Kirche in Not“ habe nicht nur Geld und Gaben gesammelt, sondern vor allem auch die Anliegen und Sorgen der Menschen. Damit habe das Hilfswerk seinen Status quo und die „innere Schwungkraft“, das Gebet, gefunden, die es auch in die Zukunft tragen werde.

*Pressemitteilung „Kirche in Not“
vom 6. Februar 2012*

Islam im Wandel?

Macht des Faktischen zwingt zum Umdenken

Mit einer „Jahrhundert-Fatwa“ legitimiert der Rat der al-Azhar Religionsgelehrten das Recht auf Widerstand gegen den ungerechten Herrscher

VON SAID ALDAILAMI¹

Die gesellschaftliche Wirklichkeit hat in der Geschichte des Islam die Epistemologie² der Theologen entscheidend bestimmt. Für den Bereich

des Politischen lässt sich diese Feststellung noch viel präziser formulieren: die politische Theologie des Islam spiegelt nichts anderes wider, als die Reaktion der Gelehrtschaft auf die politische Realität ihrer Zeit. Bereits nach dem Mord am vierten Kalifen, Ali ibn Abi Talib (661 n. Chr.), sahen sich die islamischen Religionsgelehrten (Ulama) in der Folge mit einer dynastischen Herrschaftsform konfrontiert, die in ihrer konkreten politischen Ausformung den Idealvorstellungen eines verantwor-

tungsvollen und gerechten Umgangs des Herrschers mit der islamischen Gemeinschaft (umma) widersprach. Ihre Legitimität bezogen diese Dynastien dennoch in den meisten Fällen aus den religiösen Quellen des Islam. Mit Verweis auf einen Ausspruch des Propheten Muhammad (hadith), die Gelehrten seien die Erben der Propheten, haben einzelne Gelehrte im Verlauf der islamischen Geschichte den Versuch unternommen, die Machthaber daran zu erinnern, dass allein sie als Gelehrte die Deutungs-

¹ Hauptmann a.D. Dr. Said alDailami lebt seit 1989 in Deutschland und kommt gebürtig aus dem Jemen. Zu diesem Thema siehe auch Buchbesprechung „Erneuerungsdenken in der islamischen Welt“ (Seite 43)

² Die Erkenntnistheorie oder Epistemologie ist ein Gebiet der Philosophie, welches sich mit Fragen der Art befasst, wie Wissen zustande kommt

hoheit über religiöse Quellen haben. Wahrlich durchsetzen konnten sie sich mit diesem Anspruch jedoch nie.

De jure mag dieses Postulat der ulama seine Berechtigung haben, de facto hat der Primat des Politischen die islamische Geschichte dominiert. Die Herrscher wussten einige einflussreiche Theologen mit hohen Ämtern und großen finanziellen Zuwendungen an ihren Höfen zu binden und so für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Das wohl berühmteste islamische Gebot, das unmittelbar aus diesem Zweckbündnis zwischen Politik und Religion hervorgegangen ist, bezieht sich auf das Widerstandsrecht gegenüber dem Herrscher im islamischen Staat. Unter Berufung auf ein hadith, das besagt, dass die Erduldung einer mehrjährigen Zwangsherrschaft besser sei als ein Tag Chaos bzw. Anarchie, begründeten sunnitisch-orthodoxe Gelehrte eine Treue- und Friedenspflicht der Untertanen gegenüber der Obrigkeit, die bis zum Beginn der Revolten im arabischen Raum am 17. Dezember 2010 uneingeschränkte Gültigkeit besaß. Die herrschaftstreuen Gelehrten verwiesen darüber hinaus auf den Koran, der in Sure 4, Vers 59 – ihrer Interpretation folgend – den Gläubigen dazu auffordert, Allah, dem Propheten und den Gebietenden (Herrschern) zu gehorchen.

Mit der Phobie vor der sogenannten fitna, dem Zerfall des inneren Friedens innerhalb der umma, etablierten die ulama einen politischen Quietismus³, der bis heute die Staatslehre in mehrheitlich sunnitisch-orthodox geprägte Ländern bestimmen sollte.

Die Umbrüche in der arabischen Welt, der sogenannte arabische Frühling, haben eine gesellschaftspolitische Realität hervorgebracht, die nun genau diesem Dogma widerspricht. Die renommierte sunnitische Autoritätsinstitution – der Rat der al-Azhar-Religionsgelehrten (Kairo) – sah sich angesichts dieser grundlegenden Lageänderung gezwungen, das über ein Jahrtausend alte Dogma zu revidie-

ren. An diesem Beispiel soll im Folgenden die Macht des Faktischen und damit einhergehend die enge Interaktion zwischen gesellschaftspolitischer Realität und der Setzung religiöser Dogmen durch die ulama, kritisch beleuchtet werden.

Vor einigen Wochen trat der Sprecher des al-Azhar-Gelehrtenrates Ahmed al-Tayyeb vor die Presse und verkündete in Form eines Rechtsgutachtens (fatwa), dass das Widerstandsrecht der Bevölkerung gegen den ungerechten Herrscher islamisch legitimiert sei. Er begründete das Rechtsgutachten des al-Azhar-Rates u. a. mit dem Verweis auf Sure 4, Vers 59. In diesem heißt es wörtlich: „O ihr, die ihr glaubt, gehorcht Gott und gehorcht dem Gesandten und denen unter euch, die gebieten.“ Erstaunlicherweise bezogen sich die Gelehrten auf denselben Vers (s. o.), den die herrschende orthodoxe Lehrmeinung anführte, um die Illegitimität und eben nicht die Legitimität des Widerstands gegen den Herrscher zu begründen. Wie kann also dieselbe zitierte Quelle zwei diametral entgegengesetzte Rechtsgutachten beglaubigen? Die Antwort ist einfach: es ist das Erfordernis der gesellschaftspolitischen Realität, ummantelt durch den Begriff der kontextbezogenen Exegese.

Die al-Azhar-Gelehrten mussten nicht sehr viel Kreativität aufbringen, um die bisher geltende Interpretation des o.g. Verses in ihr Gegenteil zu verkehren. Bettet man den Vers in den Gesamtkontext hinein, so die Argumentation der Gelehrten, kommt man zu dem Schluss, dass der vorangehende Vers (Sure 4, Vers 58) ausdrücklich auf die Treuhänderschaft und auf das gerechte Urteilen bzw. Handeln des Muslims hinweist. Der im darauffolgenden Vers geforderte Gehorsam gegenüber den Gebietenden ist ihnen folglich nur dann entgegenzubringen, wenn diese gerecht handelten und das ihnen Anvertraute verantwortungsvoll behandelten. Den Gehorsam sahen die Gelehrten somit nur an eine Bedingung gebunden, die im Juristenjargon als *conditio sine qua non*⁴ bezeichnet werden kann.

Mit dieser fatwa leiteten die al-Azhar-Gelehrten eine neue Ära islamisch-politischer Rechtsprechung ein. Weitere werden sicherlich folgen und sollten nicht unberücksichtigt bleiben, weil sie als wichtige Indikatoren für nachhaltige, gesellschaftspolitische Entwicklungen dienen. Die öffentlichen Diskussionen hierzulande über die Bedeutung der Religion im Kontext der arabischen Revolten thematisieren im Schwerpunkt die Rolle islamischer bzw. islamistischer Parteien in Staat und Gesellschaft, insbesondere nach den bemerkenswerten Wahlerfolgen in Tunesien und Ägypten. Nahezu ausgeblendet wird der Faktor Religion als Autorisierungs- und Legitimierungsinstanz für gesellschaftlich und politisch tragfähige Diskursergebnisse, für irreversible Faktizitäten, die einer institutionellen und autoritären Rechtfertigung bedürfen.

Die Legitimierung des „Volksaufstandes“ gegen den ungerechten Herrscher: ein Erklärungsversuch

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen zum Widerstandsrecht der Muslime gegenüber dem politischen Machthaber haben die Protestierenden mit ihrem Gang auf die Straße – bewusst oder unbewusst – ein religiöses Tabu gebrochen. Ihren Protest- und Reformwillen stellten sie über das seit Jahrhunderten geltende islamische Recht. Freiheit, soziale Gerechtigkeit und ein menschenwürdiges Leben bilden die Forderungen der Stunde. Dogmatismus, Autoritätshörigkeit und unbedingter Gehorsam hingegen sind Begriffe, die in Zeiten der Revolten aus dem Wörterbuch der jungen Generation getilgt worden sind. Indem sie vollendete Tatsachen geschaffen haben, zwangen die jungen Menschen die Gelehrten zu einer Reaktion, nämlich zu einer Widerlegung bisher geltenden Rechts.

Im Prinzip blieb den al-Azhar-Gelehrten gar nichts anderes übrig, als den Akt des Protests und des Widerstandes gegen den Herrscher a posteriori⁵ zu legitimieren. Eine anderslautende Reaktion hätte ihre Au-

3 Politischer Quietismus oder quietistischer Islam (von lat. quietus, „ruhig“, „schweigsam“) beschreibt jene Strömung des islamischen Klerus, insbesondere der Schia, die eine aktive Beteiligung der Geistlichkeit in der Politik ablehnt

4 wörtlich: „Bedingung, ohne die nicht“; eine Methode in der Rechtswissenschaft und Rechtspraxis sowie der Philosophie, mit der festgestellt wird, ob ein Vorgang

oder eine Handlung ursächlich für eine bestimmte Tatsache ist

5 Urteile a posteriori werden auf der Basis der Erfahrung gefällt

torität bei den jungen Menschen endgültig untergraben. In gewisser Weise kann die fatwa auch als eine Geste der Danksagung an die Protestierenden gedeutet werden. Der Sieg der revoltierenden Masse über die diktatorischen Machthaber setzte der „unfreiwilligen“ Allianz zwischen Herrscher und Gelehrsamkeit – in diesem Fall zwischen dem Regime Mubaraks und der al-Azhar-Institution – ein jähes Ende. Die theologisch geforderte Unabhängigkeit der religiösen von der staatlichen Autorität ist ein in der islamischen Geschichte derart selten dagewesener Status, dass dessen Erreichung als historischer Moment Eingang in die Geschichtsbücher finden sollte. Vor diesem Hintergrund ist die Bezeichnung der fatwa als „Jahrhundert-Fatwa“ seitens einiger Gelehrter im arabischen Raum wohl nicht als übertrieben zu werten.

Natürlich haben aber auch die al-Azhar-Gelehrten nicht uneigenennützig gehandelt: mit ihrer Legitimierung des Volksaufstandes gegen den ungerechten Herrscher versuchen sie – sogar unter Inkaufnahme eines radikalen Bruchs mit der bisherigen Rechtsprechung auf diesem sensiblen Gebiet islamischer Jurisprudenz – ihr angeschlagenes Image aufzupolieren und ihre Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung zurückzuerobern. Vielen gebildeten Menschen im Land war die enge Kooperation zwischen dem herrschenden Diktator und der al-Azhar-Institution bereits seit langem ein Dorn im Auge.

Ohne das angesprochene Rechtsgutachten der al-Azhar-Gelehrten hätten die konservativen und traditionellen Kräfte in Ägypten, aber auch in allen anderen Ländern, spätestens bei einem Scheitern der Revolutionen mit dem Zeigefinger auf die Protestierenden gedeutet und ihnen vorgeworfen, sie hätten bei ihrem Vorgehen religiöse Gebote übertreten und ernteten daher nur die gerechte Strafe Gottes, nämlich die Zerschlagung ihres Protestes durch den Militär- und Sicherheitsapparat des Potentaten. Das Argument, große Sünden bestrafe der liebe Gott in bestimmten Fällen erbarmungslos und rasch, ist kein genuin islamisches. Es hat allerdings im Verlaufe der islamischen Geschichte in vielen Fällen im Nachhinein zur gesellschaftlichen

Ächtung einzelner Personen und Gruppierungen geführt.

Für die sich transformierenden Gesellschaften im Nahen Osten und in Nordafrika führt jeglicher Diskurs über die Zukunft ihrer Staaten unweigerlich auf religiöses Terrain. In dieser Orientierungs- und Selbstfindungsphase ist es nur selbstverständlich, dass sich im nun freien „Markt der Ideologien“ jene Anschauung durchsetzen wird, die das beste Angebot für die Menschen unterbreitet oder zu unterbreiten behauptet. Diese gesellschaftlichen, enttabuisierten Diskurse sind zur Zeit in vollem Gange und bilden zweifellos die größte und – unabhängig vom letztendlichen Ausgang der Revolten – nachhaltig prägendste Errungenschaft, die die Menschen in Arabien sich tapfer erkämpft haben. Unter Nutzung aller Kommunikationsmittel und der Medienvielfalt wird heute mehr denn je von Marokko bis Syrien über die Rolle der Frau im öffentlichen Raum, über die Gleichstellung von Mann und Frau, über die Rechte von Minderheiten, über Homosexualität und über viele weitere heikle Themen diskutiert. Zu diesen Diskursthemen hat die islamische Glaubens- und Rechtslehre in der Scharia eindeutige Aussagen getroffen, die nun einer Revision bedürfen. An dieser Stelle muss betont werden, dass nicht die Rolle der Religion als institutionalisierter Machtapparat im zukünftigen Staat der postrevolutionären Ära diskutiert wird, sondern ausschließlich das Erfordernis der religiösen Legitimation bestimmter gesellschaftlicher Diskurs-Ergebnisse, damit sich diese nachhaltig im Bewusstsein der nachfolgenden muslimischen Generationen einnisten können. Ohne die Islamizität und viel konkreter gesprochen die Koranizität der Ideale, für die viele junge Menschen in den letzten Monaten bereit waren, mit ihrem Leben zu bezahlen, können die erstrittenen Rechte wie Meinungsfreiheit, Gleichheit und Menschenwürde nicht als gesamtgesellschaftlich getragene und internalisierte Ideale akzeptiert werden. In gewisser Weise betrachten es die Gelehrten schließlich als ihre oberste moralische Pflicht, vor allem angesichts des hohen Blutzolls, den die Protestierenden bisher gezahlt haben, in einem ersten Schritt den Akt des Protests, die sogenannte Rebellion gegen den

Herrscher (khurugh ala al-hakim) – ein in der schiitischen Lehre bereits gängiger Begriff – gesamt-islamisch zu legalisieren.

Der scharfsichtige Blick auf die bisherige Geschichte der islamischen Welt zeigt vor allem eine Sache ganz deutlich: nichts können traditionelle islamische Gelehrte besser als sich der Macht des Faktischen zu unterwerfen. Mit Blick auf die islamische Rechtsgeschichte stellte die Übersetzung gesellschaftspolitischer Realitäten in theologische und ethische Normen die Religionsgelehrten vor nicht allzu großen Herausforderungen. Sogar das Antizipieren und vollkommene Adaptieren kulturfremden Denkens und dessen Einrahmung in den Corpus der islamischen Glaubens- und Rechtstradition bereitete den Rechtsgelehrten wenig Mühe. Diese „Tugend“ der ulama, die einerseits ihre geistige Flexibilität und ihre ausgesprochen breite Ambiguitätstoleranz⁶ dokumentiert, andererseits ihr Postulat von der Universalität und Unabänderlichkeit des göttlichen Gesetzes (Scharia) aushöhlt, scheinen die Gelehrten in Zeiten revolutionärer Umwälzungen mehr denn je zu brauchen. Für die Revolutionen und ihre Befürworter ist dies ein Segen, für die ultrakonservativen Kräfte in der sunnitischen Welt ein Bruch mit dem Gesetz Gottes, den sie nur widerwillig hinnehmen werden, weil er den Stempel der al-Azhar-Gelehrten trägt und die faktischen Umstände berücksichtigt. Für den westlichen Außenbetrachter ein verwirrendes Schauspiel, insbesondere eingedenk der Tatsache, dass das aufgehobene Dogma der absoluten Loyalität gegenüber dem faktischen Machthaber im sunnitischen Saudi-Arabien weiterhin als integraler Bestandteil orthodoxer Staatslehre seine unbestreitbare Manifestation findet. □

6 Ambiguitätstoleranz (v. lat. *ambiguitas* „Zweideutigkeit“, „Doppelsinn“), ist die Fähigkeit, Ambiguitäten, also Widersprüchlichkeiten, kulturell bedingte Unterschiede oder mehrdeutige Informationen, die schwer verständlich oder sogar inakzeptabel erscheinen, wahrzunehmen und nicht negativ oder – häufig bei kulturell bedingten Unterschieden – vorbehaltlos positiv zu bewerten. Ambiguitätstoleranz ist auch eine Voraussetzung für die interkulturelle Kompetenz eines Menschen

Was ist ein Diakon?

Diakonenweihe am 20.11.2011 in Munster

Das Amt des Diakons geht auf die Apostelgeschichte zurück. In Kapitel 6 wird die Berufung von sieben Männern beschrieben, die in erster Linie caritativ tätig werden sollten (siehe Kasten). Die frühen Zeugnisse über den Diakonat zeigen, dass dieser von seiner Zuordnung zum Bischof her verstanden wird. Zu seinen Aufgaben zählte die dem Bischof aufgetragene soziale Fürsorge. Deswegen war der Diakon oft auch Verwalter des kirch-

Apostelgeschichte 6,1 - 7

In diesen Tagen, als die Zahl der Jünger zunahm, begehrten die Hellenisten gegen die Hebräer auf, weil ihre Witwen bei der täglichen Versorgung übersehen wurden. Da riefen die Zwölf die ganze Schar der Jünger zusammen und erklärten: Es ist nicht recht, dass wir das Wort Gottes vernachlässigen und uns dem Dienst an den Tischen widmen. Brüder, wählt aus eurer Mitte sieben Männer von gutem Ruf und voll Geist und Weisheit; ihnen werden wir diese Aufgabe übertragen. Wir aber wollen beim Gebet und beim Dienst am Wort bleiben. 5 Der Vorschlag fand den Beifall der ganzen Gemeinde, und sie wählten Stephanus, einen Mann, erfüllt vom Glauben und vom Heiligen Geist, ferner Philippus und Prochorus, Nikanor und Timon, Parmenas und Nikolaus, einen Proselyten aus Antiochia. Sie ließen sie vor die Apostel hintreten und diese beteten und legten ihnen die Hände auf. Und das Wort Gottes breitete sich aus und die Zahl der Jünger in Jerusalem wurde immer größer; auch eine große Anzahl von den Priestern nahm gehorsam den Glauben an.

lichen Vermögens. Er wirkte in der Eucharistiefeier mit und assistierte bei der Tauf liturgie. Im 4. Jahrhundert übernahm der Diakon auch Dienste in der Verkündigung. Das Nebeneinander von Diakonats- und Presbyterat (Priestertum), die Überschneidung ihrer Aufgaben im liturgischen Bereich, ihre Konkurrenz um kirchlichen Einfluss sowie die Stärkung der Stellung der Presbyter durch die ihnen in den Parochien¹ übertragenen Leitungsfunktionen führten dazu, dass die Diakone spätestens im Frühmittelalter nicht mehr engste Mitarbeiter des Bischofs waren. Noch vor Ende des 1. Jahrtausends wird der Diakonats zu einer reinen Durchgangsstufe zum Priestertum.

Das 2. Vatikanische Konzil (1962 – 1965) hat den Ständigen Diakonats in der Katholischen Kirche wiederbelebt. Den Konzilsvätern ging es darum, den spezifischen Dienst des Diakons Kraft des Weihesakraments in amtlicher Sendung und Vollmacht zu verlebendigen. Der Diakon gehört mit Priester und Bischof zum Weihesamt, wird aber nicht zum Priesteramt, sondern zum Dienstamt geweiht (LG 29). In der Kirchenkonstitution nennt das Konzil ohne Anspruch auf Vollständigkeit und ohne theologische Begründung einzelne Aufgaben des Diakons im sozial-caritativen Dienst, in der Glaubensverkündigung und in der Liturgie (LG 29) – eine Theologie des Diakonats lässt sich von diesen Vollmachten her aber nicht entwerfen. Die konkrete Gestaltung des Diakonats hatten die Konzilsväter in die Verantwortung der einzelnen Bistümer gelegt. Daher ist die Ausbildung zum Ständigen Diakon und de-

ren Dauer in den einzelnen Bistümern unterschiedlich geregelt.

Im Bistum Münster hat Bischof Heinrich Tenhumberg den Ständigen Diakonats im Jahr 1970 wieder eingeführt. Die Ausbildung im Bistum Münster wird durch das Institut für Diakonats und pastorale Dienste (IDP)

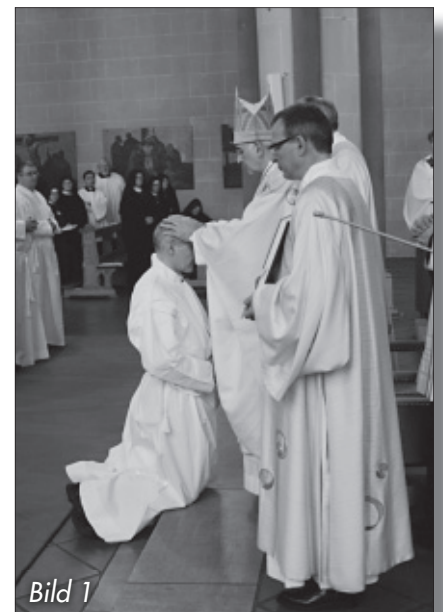


Bild 1

organisiert und verantwortet. Sie erfolgt durch monatliche Wochenendseminare im Laufe von vier Jahren und wird durch das Studium der Theologie



Bild 2

im Fernkurs ergänzt. Anfang 2011 gab es in Deutschland 2362 noch aktive Ständige Diakone. Sie leben als Verheiratete in Familie und Beruf, einige haben sich bei der Diakonenweihe

¹ Eine Parochie ist der Amtsbezirk eines Pfarrers (Parochus), das heißt ein Pfarrbezirk oder Pfarrei

zum ehelosen Leben verpflichtet. Der Diakonat kann im Hauptberuf (Anfang 2011: 895) und mit Zivilberuf (Anfang 2011: 1473) ausgeübt werden. Nach dem Kirchenrecht ist der Diakon Kleiner und in einer Diözese inkardiniert (Can. 265/266, CIC 1983).

Am Sonntag, dem 20. November 2011, wurde Hauptmann Martin Kofoth, Mitglied des GKS-Kreises Köln und des Pfarrgemeinde-/Mitarbeiterkreises beim Katholischen Militärpfarramt Köln I, durch den Bischof von Münster, Dr. Felix Genn, zum Di-

akon geweiht (*Bild 1*). Unsere Pfarrgemeinde hat an der Weiheliturgie mit je einer Abordnung des Pfarrgemeinderates Köln I und des GKS-Kreises Köln teilgenommen (*Bild 2*). Auch bei der Einführung in der Heimatgemeinde unseres neuen Diakons, St. Bonifatius in Freckenhorst, waren wir am ersten Adventssonntag natürlich mit jeweils einer Abordnung vertreten. Glücklicherweise fand genau an diesem Wochenende das Familienwochenende des PGR Köln I in Gönne am Möhnesee statt. So nutzten diese

Gelegenheit einige, direkt vom nahegelegenen Gönne aus, aber auch extra durch den Pfarrhelfer Willi Jung eingesetzten Bus aus Köln, an diesem Gottesdienst teilzunehmen.

Mittlerweile ist der neue Diakon Martin Kofoth bereits tatkräftig im Einsatz, sei es bei der Christmette am 24.12.2011 in Longerich oder beim Friedensgottesdienst im Kölner Dom am 12.01.2012 unter der Leitung von Kardinal Meisner.

(Text: Walter Raab, Fotos: Erich Poppenborg)

Kurznachrichten

Im ökumenischen Gespräch auch strittige Fragen behandeln

Der ökumenische Dialog darf nach Worten Papst Benedikt XVI. strittigen Themen nicht ausweichen. Oft bestehe heute die Tendenz, die Frage nach der Wahrheit des Glaubens auszublenden, sagte der Papst vor der Vollversammlung der Glaubenskongregation im Vatikan.

Das sei das Ergebnis einer falsch verstandenen Friedfertigkeit sowie der verbreiteten Auffassung, dass der Mensch die Wahrheit ohnehin nicht erkennen könne. Auch die kontroversen Fragen müssten jedoch „im Geiste der Brüderlichkeit und des gegenseitigen Respekts“ zur Sprache gebracht werden. Hierbei müsse der Glaube im Zentrum stehen. Anderenfalls reduziere sich die gesamte ökumenische Bewegung auf „eine Art Gesellschaftsvertrag“, und der Glaube verkomme zum bloßen Moralismus. Als „neue

Herausforderung auf dem ökumenischen Weg“ bezeichnete der Papst die unterschiedlichen Positionen der christlichen Kirchen zu grundlegenden ethischen Fragen. Die Kirchen müssten sich zu Themenfeldern wie etwa Lebensschutz, Familie, Sexualität und Bioethik mit „einer Stimme“ äußern, forderte er.

Zugleich wandte sich Benedikt XVI. gegen eine Überbewertung ökumenischer Arbeitspapiere. Die von Kommissionen und anderen Gremien erstellten Dokumente seien zwar von großer Bedeutung und dürften nicht ignoriert werden. Es müsse jedoch stets klar sein, dass es sich nur um vorläufige Beiträge handle. Ihre abschließende Bewertung obliege allein den zuständigen kirchlichen Autoritäten.

Solchen Dokumenten von vorneherein eine maßgebliche Bedeutung beizumessen, „wäre

auf dem Weg zu einer vollständigen Einheit im Glauben nicht hilfreich“. Das „entscheidende Problem“ im ökumenischen Gespräch sieht Benedikt XVI. in der Frage nach der „Struktur der christlichen Offenbarung“. Es müsse geklärt werden, in welchem Verhältnis Bibel, lebendige kirchliche Tradition und kirchliches Lehramt zueinanderstehen. Von entscheidender Bedeutung sei hierbei der Unterschied zwischen Tradition und Traditionen. Auch unter dem Dach einer Kirche könne es durchaus unterschiedliche Traditionen geben. Dies zeige etwa der Übertritt ehemaliger Anglikaner zur katholischen Kirche. Diese hätten in einer besonderen Kirchenstruktur spirituelle, liturgische und pastorale Traditionen beibehalten, die im Einklang mit der katholischen Lehre stünden.

(KNA)

„Es ist kein Zwang in der Religion“

„Es ist kein Zwang in der Religion“ (Sure 2,256): Gewährt der Islam Glaubensfreiheit? Nur dann, wenn es um die Hinwendung zum Islam geht. In der Regel halten Muslime ebenso wie Vertreter der islamischen Theologie die Hinwendung eines Menschen zum Islam für wünschenswert, während seine Abwendung, sein „Abfall“ sehr negativ beurteilt wird. Das gilt umso mehr, wenn sich der „Apostat“ einer anderen Religion zuwendet, wie etwa dem christlichen Glauben. Muslime, die offen bekennende Atheisten oder Christen werden oder einer nicht anerkannten Minderheit wie den Baha'i angehören, sehen sich mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert:

Oft steht ihre Familie ihrer Entscheidung mit völligem Unverständnis gegenüber und versucht, sie umzustimmen, bedroht oder verstößt sie sogar, denn Abfall bedeutet für sie Schande, Verrat und Skandal. Der Konvertit kann in den meisten islamischen Ländern nach dem Gesetz enterbt werden, ihm droht die Zwangscheidung, seine Kinder können ihm entzogen werden, und er verliert oft seine Arbeitsstelle und sein Zuhause. In dramatischen Fällen kann es soweit kommen, dass Mitglieder der Familie oder Gesellschaft selbst Hand an den Konvertiten legen und ihn misshandeln oder versuchen, ihn umzubringen. Manche Muslime glauben, die gesellschaftliche Schande nicht ertragen zu können, andere hören vom Imam oder Mullah, dass es nach Schariarecht die Pflicht jedes Gläubigen sei, Konvertiten auch ohne Gerichtsverhandlung zu töten.

So gehört der Vorwurf des Unglaubens, des Abfalls vom Islam und der Blasphemie in islamisch geprägten Gesellschaften zu den folgenschwersten Anklagen überhaupt. Nicht immer zielt er darauf ab, dass eine Person den Islam verlassen oder sich der Gotteslästerung schuldig gemacht hat. Er richtet sich auch gegen missliebige politische Gegner oder wird benutzt, um Besitz zu erpressen. Dies ist besonders in Pakistan der Fall, wo die

ab 1980 schrittweise eingeführten Blasphemiegesetze als scharfe Waffe benutzt werden, um vor allem Minderheiten wie die Ahmadiya und Christen unter Druck zu setzen. Dort haben bereits mehrere Politiker – bisher vergeblich – versucht, die Blasphemiegesetze zu entschärfen.

So wurde Shabazz Bhatti, Minister für Religiöse Minderheiten und Mitglied der regierenden Pakistan Peoples Party (PPP), in Islamabad am 02.03.2011 ermordet, nachdem er angekündigt hatte, die Blasphemiegesetze revidieren zu wollen. Auf dem Weg zu seinem Ministerium war er von drei Attentätern aus seinem Wagen gezerrt und in aller Öffentlichkeit hingerichtet worden. Die Terrorgruppierung Tehrik-i Taliban Pakistan (TTP) übernahm die Verantwortung für die Tat. Das Ministerium für Religiöse Minderheiten wurde von der Regierung daraufhin aufgelöst. Die regierende Pakistan Peoples Party (PPP) verurteilte die Taten nur verhalten und zog nach heftigen Straßenprotesten ihren Antrag auf Revision der Blasphemiegesetze im Parlament zurück.

Koran, Überlieferung und Theologie über den Abfall

Zwar sagt der Koran: „Es gibt keinen Zwang in der Religion“ (Sure 2,256). Auch haben muslimische Theologen im Laufe der Geschichte der Koraninterpretation häufig betont, dass niemand zur Konversion zum Islam gezwungen werden dürfe. Das spiegelt sich auch mindestens in Teilen der islamischen Eroberungsgeschichte wider. Christen und Juden durften in den von Muslimen eroberten Gebieten in der Regel ihren Glauben und ihre religiöse Autonomie behalten, mussten also nicht konvertieren, wurden dafür aber „Schutzbefohlene“ (dhimmi), die Sondersteuern entrichten und sich unterwerfen mussten. Sure 2,256 bedeutet nach überwiegender Meinung der Theologen aber nicht, dass der Islam für den freien Religionswechsel, für Religionsfreiheit im umfassenden Sinne oder die Gleichberechtigung aller

Religionen eintreten würde. So waren Juden und Christen im Laufe der Geschichte im islamisch eroberten Gebiet Geduldete, Bürger zweiter Klasse und rechtlich Benachteiligte, da sie einer durch den Islam überholten – und durch die Abweichungen vom Islam als verfälscht beurteilten – Religion anhängen.

In der Tatsache, dass schon der Koran das Judentum und Christentum als minderwertige Religionen ansieht, liegt ein Grund, warum eine Konversion zum Christentum als grundlegend falsch gilt. Denn sie scheint ein Rückschritt zu einem überholten Glauben zu sein, der aus Sicht des Islam durch das Kommen des Islam und Muhammad, das „Siegel der Propheten“ (Sure 33,40), abgelöst wurde. Die „Kairoer Erklärung der Menschenrechte“ nennt in Art. 10 den Islam „die Religion der reinen Wesensart“. Zudem gilt das Christentum oft als „westliche“ Religion, als Religion der Kreuzfahrer und Kolonialherren, und wird mit westlich-politischer Dominanz verknüpft.

Ein weiterer Grund für die Ablehnung des freien Religionswechsels liegt in der Tatsache, dass die Abwendung vom Islam von vielen Muslimen nicht als Privatangelegenheit betrachtet wird, sondern als Schande für die ganze Familie oder sogar als politisches Handeln, als Unruhestiftung, Aufruhr oder Kriegserklärung an die muslimische Gemeinschaft. Weil sich nach Muhammads Tod im Jahr 632 mehrere Stämme auf der Arabischen Halbinsel, die den Islam zunächst angenommen hatten, wieder von ihm abwandten, bekämpfte Abu Bakr, der erste Kalif nach Muhammad, diese Stämme in den sogenannten ridda-Kriegen (Abfall-Kriegen) und schlug ihren Aufstand erfolgreich nieder. Daher ist der Abfall vom Islam im kollektiven Gedächtnis der muslimischen Gemeinschaft von der Frühzeit an mit politischem Aufruhr und Verrat verknüpft.

Der Koran spricht einerseits vom Unglauben der Menschen und vom „Abirren“ (2,108), dem der „Zorn Got-

tes“ (9,74) sowie die „Strafe der Hölle“ (4,115) drohen, definiert aber kein irdisches Strafmaß und benennt kein Verfahren zur einwandfreien Feststellung der Apostasie. Einige Verse scheinen sogar die freie Religionswahl nahezu legen (z. B. 3,20), während andere, wie etwa Sure 4,88-89, Muslime ermahnen, die zu „greifen und zu töten“, die sich abwenden. Ein vieldeutiger Textbefund also, der von einigen wenigen muslimischen Theologen so ausgelegt wird, dass der Koran volle Religionsfreiheit befürworte, während andere argumentieren, der Koran votiere für die Todesstrafe bei Abfall.

Die bis zum 9./10. Jahrhundert zusammengetragene islamische Überlieferung verurteilt den Abfall schärfer und fordert nun auch eindeutiger die Todesstrafe. Dieser Forderung schließen sich bis zum 10. Jahrhundert die Gründer und Schüler der vier sunnitischen Rechtsschulen sowie der wichtigsten schiitischen an, so dass die Mehrzahl der einflussreichen Theologen der Frühzeit des Islam die Todesstrafe bei Konversion fordert und dies in den Strafrechtstexten der Schariakompendien niederlegt.

Ob die Todesstrafe, besonders in der Frühzeit des Islam, in jedem Fall vollzogen wurde, ob der Abgefallene Gelegenheit zur Reue erhielt und wer überhaupt berechtigt war, den Abfall zu beurteilen und den Beschuldigten anzuklagen und hinzurichten, ist aus der Geschichte nicht lückenlos zu rekonstruieren. Bis zum 19. Jahrhundert sind einige konkrete Fälle von Hinrichtungen bekannt, aber auch Fälle von Begnadigungen.

Im 20. Jahrhundert erhält die Thematik eine ganz neue Bedeutung. Im Zusammenhang mit dem Aufkommen des Islamismus und der Forderung politisch-islamischer Kräfte, die Scharia in vollem Umfang zur Anwendung zu bringen, erheben sich vermehrt Rufe nach der Hinrichtung von Apostaten. Progressive Koranausleger, Frauenrechtlerinnen, Journalisten und Autoren, Säkularisten und Angehörige von Minderheiten werden vermehrt wegen Apostasie angezeigt. So kam es in den letzten zehn Jahren des 20. Jahrhunderts in Ägypten zu mindestens 50 Anklagen wegen Apostasie vor Gericht (darunter der berühmte Fall Nasr Hamid Abu Zaid). Einige

Theologen forderten die Einführung der Todesstrafe im ägyptischen Recht.

Heute vertreten muslimische Theologen vor allem drei Positionen zur Frage der Apostasie: Eine Minderheit fordert wie der einflussreiche pakistanische Journalist und politische Aktivist Abu l-A'la Maududi (gest. 1979) kompromisslos die Todesstrafe für jeden, der den Islam verlässt. Eine weitere Minderheit fordert wie der von den Malediven stammende Theologe Abdullah Saeed (geb. 1960) unbedingte Glaubensfreiheit, wozu auch die Freiheit gehört, sich vom Islam ab- und einer neuen Religion zuzuwenden.

Die Mehrheit der Theologen dürfte heute die Auffassung des international einflussreichen ägyptischen Gelehrten Yusuf al-Qaradawi (geb. 1926) befürworten: Danach darf ein Muslim zwar in seinem Innersten Zweifel hegen, aber nicht darüber sprechen, zu einer anderen Religion konvertieren oder versuchen, andere vom Islam abzuwerben. Auch die Scharia, den Islam, den Koran oder Muhammad darf er in keinem Aspekt kritisieren. Tut er dies, wird das in der Regel als Aufruhrstiftung, Verrat und Entzweiung der muslimischen Gemeinschaft betrachtet, die unterbunden und bestraft werden muss; al-Qaradawi hält in diesem Fall die Todesstrafe für verpflichtend. Er deklariert das Gegenteil von Religionsfreiheit als „Religionsfreiheit“.

Kommt die Religionsfreiheit durch die Arabellion?

Die rechtliche und gesellschaftliche Situation ist von Land zu Land sehr verschieden: Der Nordsudan etwa bedroht den Abtrünnigen per Gesetz mit der Todesstrafe. In Ägypten existiert zwar per Gesetz Glaubensfreiheit, aber angesehene Gelehrte der al-Azhar haben verschiedentlich zur Hinrichtung von Abgefallenen aufgerufen. In der Türkei schließt das Gesetz auch die Freiheit ein, sich öffentlich zu seinem Glauben zu bekennen, auch wenn dieser durch Konversion angenommen wurde. Gesellschaftliche Nachteile und Diskriminierung aber sind überall zu erwarten.

Obwohl es sie viel kostet, kritisieren manche Muslime die traditio-

nelle Auslegung des Islam, prangern mutig den Mangel an Menschen- oder speziell Frauenrechten an (was ihnen gleichermaßen den Vorwurf des Abfalls einbringen kann) oder wenden sich dem christlichen Glauben zu. Manche werden unter Druck gesetzt, müssen außer Landes fliehen, andere werden inhaftiert, gefoltert, wegen zu Unrecht erhobener Anklagen wie Drogenhandel oder Spionage verurteilt oder sogar umgebracht. Manche Konvertiten kehren später wegen des großen gesellschaftlichen Drucks, der ihnen vor Ort kaum eine legale Existenz als Andersgläubige ermöglicht, wieder zum Islam zurück. Umgekehrt konvertieren sowohl in islamisch geprägten Gesellschaften als auch in westlichen Ländern nominelle oder auch praktizierende Christen zum Islam, teilweise im Zuge einer Eheschließung, aber nicht nur deshalb. Einige dieser Konvertiten gerieten unter den Einfluss radikaler Prediger und haben als Jihad-Kämpfer in Afghanistan oder Pakistan von sich reden gemacht.

Fehlende Religionsfreiheit geht immer einher mit fehlenden politischen wie persönlichen Freiheitsrechten. Religionsfreiheit ist noch längst nicht in allen Teilen der Welt eine Selbstverständlichkeit. Angesichts einer gewählten islamistischen Mehrheit im Parlament wie in Ägypten nach der Arabellion, die an der Einheit von Religion und Staat festhalten wird, scheint sie sich auch dort auf absehbare Zeit nicht anzubahnen.

(Pressemitteilung des Institutes für Islamfragen der Deutschen Evangelischen Allianz e.V.)

Redaktionsschluss für

AUFTRAG 286

Freitag, 1. Juni 2012

Islamunterricht in Deutschland

VON BERTRAM BASTIAN

Seit den 60er Jahren leben Muslime in Deutschland. Zuerst als Gastarbeiter allein, dann zogen ihre Familien nach und so leben heute ca. 3,3 Mio Muslime (Anzahl 2003) in Deutschland, darunter zahlreiche schulpflichtige Kinder. Im Schuljahr 2012/2013 wird in Nordrhein-Westfalen ein Islamunterricht angeboten werden, im Schuljahr 2013/2014 wird Niedersachsen diesem Beispiel folgen. Bisher fanden in einigen Bundesländern Schulversuche an ausgewählten Einrichtungen statt, die aber nur eine kleine Minderheit der muslimischen Schüler erreichte.

Allgemeine rechtliche Betrachtungen

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sagt im Art. 3, dass niemand wegen seiner Religionszugehörigkeit benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Im Art. 4, Abs. 2 sagt das Grundgesetz, dass die ungestörte Religionsausübung gewährleistet werde. Im Art. 7, Abs. 3 wird der Gesetzgeber noch deutlicher, dort steht: „Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.“ Weil in Deutschland der Staat zur weltanschaulichen Neutralität verpflichtet ist, können die Inhalte des Religionsunterrichtes nur von den Kirchen und Religionsgemeinschaften selbst festgelegt werden. Jeder hat demzufolge das Recht, seine Religion zu praktizieren, der Staat muss dafür Sorge tragen, dass er es auch tun kann. Andere Religionen oder Überzeugungen dürfen darunter nicht leiden. Dabei dürfen unveränderliche Menschenrechte nicht geschmälert oder gar außer Kraft gesetzt werden.

Der Art. 140 des Grundgesetzes legt fest, dass die Art. 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 Bestandteile des Grundgesetzes sind. Darin wird unter anderem auch bestimmt, dass es keine Staatskirche gebe. Die Religionsgesellschaften erwerben ihre Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechtes und sind nach Anerkennung Körperschaften des öffentlichen Rech-

tes. Dadurch ergeben sich besondere Rechte und Pflichten. Über die Probleme der Anerkennung des Islam als Religionsgesellschaft hat der AUFTRAG 266 ab Seite 59 ausführlich berichtet.

Katholische Kirche in Deutschland

Die Deutsche Bischofskonferenz hat im Jahr 2003 die Arbeitshilfe 172 „Christen und Muslime in Deutschland“ herausgegeben. Darin wird beschrieben, wie in Schulen in katholischer Trägerschaft das Thema „Islam“ im Religionsunterricht behandelt wird. Hier liegt ein Schwerpunkt, die Religion des Anderen kennen zu lernen, wobei die Grundpflichten des Islam ebenso gelehrt werden wie die Geschichte des Islam. Durch diese Unterrichtung lernen die jungen Menschen zwischen den religiösen Lehren einerseits und den ethischen Werten des Islam zu unterscheiden. Einer politischen Instrumentalisierung wird somit entgegengewirkt. Grundlage des Dialoges zwischen den Religionen müssen die allgemeinen Menschenrechte sein, ohne Einschränkungen oder Hervorhebungen. In der Ziffer 319 führt die Arbeitshilfe aus, dass das Christentum in den beiden letzten Jahrhunderten durch die Säkularisierung gegangen sei und lernen musste, dass Religion nicht Herrschaftsordnung sein könne. Für viele Muslime ist hingegen eine enge Verbindung zwischen Religion, Staat und Rechtswesen durch den Koran vorgegeben.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat den Gesprächskreis „Christen und Muslime“ seit dem Jahr 2000 eingerichtet, der aus elf Christen und acht Muslimen besteht. In einer Erklärung aus dem Jahr

2008 nimmt der Gesprächskreis auch zum islamischen Unterricht in Schulen Stellung. Dabei führt er richtigerweise aus, dass der Islam über keine organisatorischen Strukturen wie die Kirchen verfügt. Die Moscheenverbände sind als Vereine registriert, der Dachverband „Koordinierungsrat der Muslime“ vertritt nicht die Mehrheit, da viele Muslime in den Vereinen nicht registriert sind. Somit fehlt der staatlichen Institution der Ansprechpartner auf islamischer Seite, um Vereinbarungen zu treffen. Trotzdem spricht sich der Gesprächskreis dafür aus, sich gegenseitig zu unterstützen, um einen dialogisch ausgerichteten konfessionellen Religionsunterricht in ökumenischer und interreligiöser Offenheit einzurichten.

Durchführung des islamischen Religionsunterrichtes

Wer Unterricht erteilen will, benötigt Lehrkräfte. Diese wurden bisher in einem Kurs „Islamkunde“ vom Staat zertifiziert. Der Unterricht wird in deutscher Sprache gehalten, er wird nach Lehrplänen stattfinden, die vom Staat gebilligt werden müssen, denn Schulunterricht obliegt der staatlichen Aufsicht. Um die Ausbildung von befähigten Lehrern zu fördern, hat nicht nur die Universität Münster eine Studienordnung erarbeitet. Inzwischen werden Studiengänge für islamische Religionslehre an den Universitäten Erlangen-Nürnberg, Münster und Osnabrück angeboten, wo jeweils auch ein Lehrstuhl eingerichtet wurde. Es wird also zukünftig an Hochschulen ausgebildete Lehrer für islamischen Religionsunterricht geben.

Damit wäre die Seite der Unterrichtenden geklärt. Wer legt die In-

halte fest? Die Rolle des Ansprechpartners, übernimmt in Nordrhein-Westfalen (NRW) ein staatsunabhängiger Beirat, der gemäß ersatzweise die Funktion einer Religionsgemeinschaft. Dieser Beirat besteht aus insgesamt acht Mitgliedern, vier werden von den muslimischen Organisationen bestimmt und müssen über theologisch, religionspädagogisch oder islamwissenschaftlich qualifiziert sein. Die restlichen vier Mitglieder werden vom Schulministerium bestimmt. Zwei ebenfalls religionspädagogisch oder

islamwissenschaftlich qualifizierte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und zwei muslimische Religionsgelehrte. Der Beirat soll die Anliegen der islamischen Glaubensgemeinschaft vertreten und beim Erstellen der Unterrichtsvorgaben und der Auswahl der Lehrmittel und Lehrkräfte mitwirken. In allen Fragen hat nur das Schulministerium die Entscheidungsbefugnis. Diese Übergangsregelung ist im neuen Schulgesetz in NRW im Artikel 132 a festgelegt. Im Artikel 133 ist festgeschrieben, dass

diese Einführung des islamischen Religionsunterrichtes wissenschaftlich begleitet und ausgewertet werden soll. Dem Landtag ist bis zum 31. Juli 2018 darüber zu berichten.

Die Durchführung von konfessionsgebundenem Religionsunterricht für die jungen Muslime in Deutschland kann ein wesentlicher Schlüssel für die Integration sein. Auf dem Boden des Grundgesetzes können Grundlagen gelegt werden für ein konfliktfreies Nebeneinander verschiedener Ansichten. □

Cartellverband der katholischen Deutschen Studentenverbindungen (CV)

Medienfachtagung des CV im Kloster Banz

„Sensation – Aufklärung – Unterhaltung – Special Interest. Welche Rolle spielt zwischen diesen Kräften noch die Orientierung an Werten?“ Mit diesem ausführlichen Titel beschäftigten sich an der Hanns Seidel Stiftung in Kooperation mit dem CV rund fünfzig Teilnehmer vom 4. bis 6. November 2011

Nach der Begrüßung durch Roswitha Weiß von der Hanns Seidel Stiftung und durch Wolfgang Braun vom CV trug der ehemalige Intendant des Bayerischen Rundfunks, Prof. Dr. Albert Scharf zum Thema „Der Journalismus im Zug der Zeiten und Technologien“ vor. Aus seiner langjährigen Erfahrung stellte er die Aufgabe des Journalisten vor, der der Freiheit dienen sollte. Indem er den zu informierenden Menschen die Welt vermittelt, wie er sie sieht. Indem er Missbräuche aufzeigt, Hintergründe erklärt, Akzente setzt. Dies bedeute, der Journalist müsse einen Standpunkt haben, der dem Publikum bekannt sein müsse, damit die richtige Einordnung der Information erfolge, führte Prof. Scharf aus. Dabei kommt allerdings auch zum Tragen, dass Zeitungen und Verlage heute wirtschaftliche Unternehmen seien, die auf einen Gewinn ausgerichtet seien. Während früher Zeit zur Reflektion, Berichterstattung unter Beachtung des Zeitgeistes und vor allem der Zeitpunkt einer Veröffentlichung eine große Rolle spielten, setze heute die Globalisierung den Berichtenden unter Zeitdruck unter der Maxime: Verkauft es sich? Dadurch resultierenden Vorbehalten gegenüber den Journalisten könne man nur be-

gegnen durch sorgfältige Recherche (trotz Zeitdruck), klare Sprache sowie einen spürbaren Distanz des Berichtenden gegenüber dem Bericht selbst.

Das Programm setzte am Samstagvormittag Birgit Wentzien, Leiterin des Hauptstadtstudios des SWR-Hörfunks fort. Sie referierte über „Hauptstadtjournalismus zwischen Vertraulichkeit, Enthüllung und politischer Aufklärung“. Der Journalist sei Mittler zwischen den Politikern und den Bürger (Wähler), begann die Referentin ihren Vortrag. Dabei habe der Bürger teilweise Erwartungen an die Politiker, die diese nicht erfüllen könnten (Fraktionszwang, Koalitionskompromisse), was letztendlich dazu führen könne, dass der Bürger sich von der repräsentativen Demokratie abwende. Durch eine „Überhöhung“ von Minderheiten aber auch Kleinigkeiten könnten Wichtigkeiten umgekehrt werden, führte Birgit Wentzien aus. Ein Beispiel sei das Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Peer Steinbrück gewesen. Hier sei dem Leser oder Zuschauer nur noch in Erinnerung, dass das Schachbrett falsch aufgestellt gewesen war, der eigentliche politische Inhalt des Gespräches sei davon verdrängt worden, erklärte sie dieses Phänomen.

Beim „Kampf um die Aufmerksamkeit“ seine Schlagzeilen gefragt, die Auflagen bringen würden, dabei verkümmere der Sprachgebrauch. „Wer seine Sprache nicht beherrscht, kann nicht informieren und aufklären“ sagte die Leiterin des Hauptstadtstudios.

Im Anschluss trug Prof. Dr. Michael Rutz zur Medienlandschaft in Deutschland vor. Er legte die neuesten Zahlen zur Medienbenutzung vor, wobei interessanterweise die Printmedien nach wie vor ihren Stellenwert behalten hätten. Der wachsende Einfluss des Internet sei gerade bei den jüngeren Konsumenten deutlich zu beobachten. Während früher die Zeitung informierte, was geschehen war, geschehe dies jetzt durch das Internet während die Zeitung erkläre, warum dies geschehen sei. Diese Veränderung der Medien würde begleitet durch die Veränderung des Verhaltens der Konsumenten. Es sei eine wachsende Bildorientierung festzustellen, die in einer steigenden Unterhaltungsorientierung münde, führte Prof. Rutz aus. „Die Entwicklung geht zum Infotainment“ sagte der Redner. Bei den Zeitungen hörte der Vortragende „kein Sterbeglöcklein“, wenn die Printmedien sich umstellen würden und auch im Internet Präsenz

zeigten, um alle Gruppen zu erreichen. Lesen sei eine universelle Kultureinrichtung, schloss Michael Rutz seinen Vortrag.

„Kirchliche Publizistik – Zieht sich der Meinungsträger Kirche hinter Kirchenmauern zurück?“ Unter diesem Thema brachte die Redaktionsleiterin des „Zeit“ Supplements „Christ und Welt“, Dr. Christiane Florin die Situation der katholischen Publizistik den Zuhörern zur Kenntnis. Eine „Enthaltung“ sei der Kirche nicht möglich, denn sie sei immer im Fokus der Medien. Dieses Interesse reiche von der Satire bis hin zur sachgerechten Information, die es auch gäbe. Da sich Menschen für Menschen interessieren würden, sei die Kirche dann interessant, wenn es „interessante“ Kirchenvertreter gäbe, referierte Dr. Florin. Somit müssten die Themen „personalisiert“ werden, damit die Standpunkte dem Publikum auch im Gedächtnis haften würden. „Man verknüpft mit einem Thema leichter ein Gesicht als den Standpunkt mit vielen Facetten selbst“ führte die Rednerin aus. Während die kirchlichen Publikationen wie Bistumszeitungen immer weniger von den Menschen angenommen würden, seien Einzelpersonlichkeiten wie Pater Anselm Grün oder Margot Käßmann Bestsellerau-

toren und nachgefragt. Da werde sich die Kirche immer schwer tun, schloss Dr. Florin ihren Vortrag.

Vor dem Abendgottesdienst brachte der katholische Sozialethiker Pater Dr. Wolfgang Spindler das ethische Gerüst im Journalismus zur Sprache. Sein Thema war überschrieben: „Sprachlos vor dem Geist, ratlos vor der Tat“ (Karl Kraus) und drückte die negative Einstellung von Karl Kraus zum Ausdruck. Nach einer Einführung in die Sozialethik führte der Redner aus, dass durch eine Überhöhung der individuellen Ansprüche eine Verdrehung des sozialen Gemeinwohls stattfände. Als Beispiel führte er den Tierschutz aus, der einen hohen Stellenwert besäße, bei gleichzeitiger Negierung der Tötung von Föten (Abtreibung). Lebensweisen Einzelner würden zu allgemeinen Moralvorstellungen. Freizügigkeit entarte zur Zügellosigkeit, ohne dass über die Folgen für das Gemeinwohl nachgedacht, geschweige denn diskutiert würde. Zum Schluss legte der Redner den

1 Karl Kraus (1874 – 1936), war einer der bedeutendsten österreichischen Schriftsteller des beginnenden 20. Jahrhunderts und ein scharfer Kritiker der Presse und des Hetzjournalismus oder, wie er selbst es ausdrückte, der Journaille

Pressekodex des Presserates² den Zuhörern ans Herz, denn nicht alles, was rechtlich zulässig wäre, sei auch ethisch vertretbar.

Am Sonntagmorgen beendete der Vortrag des Präsidenten der Bayerischen Landesanstalt für neue Medien die 23. Medienfachtagung des Cartellverbandes. Staatsminister a.D. Siegfried Schneider sprach zum Thema: „Infotainment, Quote usw.“ Er führte aus, dass die Notwendigkeit der unabhängigen Information zwar die öffentlich-rechtlichen Sender unabdingbar machten, aber die Problematik sei die gleiche wie bei den Privaten. Bei einem Angebot von über hundert Sendern, müsse sich der Sender nicht nur um den Zuschauer kümmern, er müsse zuerst einmal gefunden werden. Das Internet sei mit den herkömmlichen Methoden nicht regulierbar, führte Siegfried Schneider aus. Zur Liberalisierung der Aufsicht müsse man national tun, was man tun könne, um danach eine europäische Lösung zu finden, beendete der Redner seinen Vortrag, der das Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern als eine sehr gute Wahl bezeichnete. □

(Bertram Bastian)

2 nachzulesen bei www.presserat.info

Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Diakonat der Frau – Eine Chance für die Kirche

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat nochmals für das Anliegen des Diakonats der Frau geworben. Bei der in Kooperation mit dem ZdK durchgeführten Veranstaltung des Katholischen Deutschen Frauenbundes „Tag der Diakonin - Partnerschaftlich Kirche sein“ am 29. April 2012 in Ulm sagte Dr. Claudia Lücking-Michel, Vizepräsidentin des ZdK: „Die gleichberechtigte Einbeziehung von Frauen in die volle Verantwortung für den Sendungsauftrag der Kirche ist ein dringendes Anliegen. Dies gilt nicht nur mit Blick auf die Frauen, sondern es ist vor allem eine Überlebensfrage für die Kirche. Eine Kirche, die Frauen nicht

ihren Charismen entsprechend beteiligt, kann ihrem Auftrag, für das Heil der Menschen zu wirken, nicht im erforderlichen Maße gerecht werden.“

Lücking-Michel stellte heraus, dass zahlreiche mögliche positive Veränderungen in diese Richtung keine theologischen, kirchenrechtlichen oder sonstigen Änderungen bräuchten. Darüber hinaus sei aber auch die konkrete Ausgestaltung der Ämtertheologie in den Blick zu nehmen und entsprechend den pastoralen Herausforderungen der Zeit im Sinne des kirchlichen Sendungsauftrags weiterzuentwickeln. Der Auftrag aller Christinnen und Christen zur Diakonie bilde sich gerade auch im sakramentalen

Diakonat ab. „Da die diakonische Arbeit überwiegend von Frauen geleistet wird, sind gerade Frauen als Diakoninnen unverzichtbar.“

Die ZdK-Vizepräsidentin bezog sich in ihren Ausführungen auf die im Herbst des vergangenen Jahres von der Vollversammlung des Zentralkomitees verabschiedete Erklärung „Für ein partnerschaftliches Zusammenwirken von Frauen und Männern in der Kirche“. Darin setzt sich das ZdK unter anderem für den Diakonat der Frau ein. Dieses und alle weiteren Anliegen der Erklärung will es in den Dialogprozess mit den deutschen Bischöfen einbringen.

(Presseerklärung des ZdK)

Ehemaliger Soldat ausgezeichnet

Hauptmann a. D. Wilfried Puth hoch geehrt

In einer Feierstunde durfte Hauptmann a. D. Wilfried Puth (Ulmen) aus den Händen der Staatssekretärin im Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz, Heike Raab, im Sitzungssaal der Verbandsgemeinde Ulmen die Verdienstmedaille des Landes in Empfang nehmen. Es ist dies die höchste Ehre, die Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz verliehen werden kann.



In ihrer Ansprache ging die Staatssekretärin Heike Raab auf die besonderen Leistungen des Geehrten ein. Er hätte, so Frau Raab, in den vergangenen Jahrzehnten sowohl in seinem beruflichen Leben als auch im ehrenamtlichen Bereich außerordentlich viel geleistet und das sei mehr als lobenswert. Deshalb habe der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, dieser Ehrung auch gerne zugestimmt.

Hauptmann a. D. Wilfried Puth habe sich sowohl im kommunalpolitischen Bereich als auch im Vereinsleben verdient gemacht. Aber sein Hauptinteresse in der ehrenamtlichen Betätigung liege seit einigen Jahrzehnten im kirchlichen Bereich. So sei er in seiner Heimatpfarrei

St. Matthias Ulmen als Vorsitzender des Pfarrgemeinderates, als Mitglied des Verwaltungsrates und als Lektor und Kommunionhelfer aktiv gewesen und er stelle dies derzeit in seiner sicher nicht alltäglichen Aufgabe als Diakon in der aus 11 Pfarreien zusammengesetzten Pfarreiengemeinschaft Ulmen täglich neu unter Beweis. Auch lägen im die Pilgergemeinschaft St. Matthias Ulmen, der Förderverein Pfarrkirche St. Matthias – in beiden Vereinen sei er im Vorstand – aber auch die ehrenamtliche Arbeit mit Menschen mit Behinderung des Bildungs- und Pflegeheims St. Martin in Ulmen besonders am Herzen.

In seiner militärischen Laufbahn als Luftwaffenoffizier habe er sich aber sowohl im Bereich der Gemeinschaft Katholischer Soldaten als Kreisvorsitzender von mehreren GKS-Kreisen, als Mitglied des Bereichsvorstandes West und damit verbunden auch als Mitglied des erweiterten Bundesvorstandes für die Interessen der GKS stark eingesetzt. Derzeit nehme er die Aufgaben eines Ansprechpartners im relativ neu gegründeten GKS-Kreis Vulkaneifel wahr. Darüber hinaus sei er auch über viele Jahre bis zu seiner Zuruhesetzung im Sachausschuss „Gemeindearbeit“ des Katholikenrates des Katholischen Militärbischofs vor allem bei der Erstellung neuer Ordnungen für die Laiengremien aktiv gewesen, so die Staatssekretärin bei ihrer Laudatio abschließend.

Nach den kurzen Lobensansprachen des Landrates und der Bürgermeister waren die Ehefrau Marita, die drei Töchter und die weiteren anwesenden Ehrengäste ersten Gratulanten. Hauptmann a. D. Wilfried Puth bedankte sich in einer kurzen Ansprache für die verliehene Auszeichnung, machte aber anhand eines Bibelzitates und eines Zitates von Papst Johannes XXIII. deutlich, dass er sich auch aufgrund der erwiesenen Ehre nicht auf einen Sockel stellen lassen würde. „Ich bin immer noch so, wie ich es vor der Ehrung war – und ich werde auch so bleiben und weiterhin da kräftig mit anpacken, wo ich es für richtig und notwendig halte.“

(Text: Wilfried Puth, Foto: Pressestelle)

Kurznachrichten

Pakistan blockiert atomare Abrüstung

Der Vatikan-Vertreter bei den Vereinten Nationen in Genf hat Pakistan für seine Blockadehaltung in der UN-Abrüstungskonferenz kritisiert. Pakistan verhindere aus Angst vor einer atomaren Übermacht Indiens die Verhandlungen über ein Produktionsverbot für spaltbares Material, sagte Erzbischof Silvano Maria Tomasi in ei-

nem Interview mit Radio Vatikan (Mittwoch). Dieses Verhalten führe zu einem Glaubwürdigkeitsverlust der Konferenz insgesamt. Seit „zu vielen Jahren“ habe das Gremium keine bedeutenden Ergebnisse mehr erzielt, beklagte der Vertreter des Heiligen Stuhls in Genf. Zugleich warnte Tomasi davor, die Gefahr eines Atomschlags zu unterschätzen.

Es bestehe „die ernste und reale Gefahr, dass die Kernwaffen eingesetzt werden können“. Dies könne „durch einen Fehler oder aufgrund des Mangels an Menschlichkeit einiger politischer Führer oder wegen anderer unvorhersehbarer Ereignisse“ passieren. In der Öffentlichkeit werde diese Gefahr jedoch kaum wahrgenommen. (KNA)

GKS-Kreis Bad Neuenahr-Ahrweiler

Winterwanderung

Die Gemeinschaft katholischer Soldaten (GKS) Bad Neuenahr-Ahrweiler hat bei Frost, Schnee und viel Sonnenschein den Geopfad Vinxtbachtal oberhalb Königsfeld in der Eifel erwandert. Es ging unter der Führung von Doris und Walter Schäffer über idyllische verschneite Feldwege mit herrlicher Fernsicht und zahlreichen Keramikskulpturen und Wegekreuzen. Mit dem Lied „Danke für den schönen Morgen“ und einem Gebet wurde Gottes herrliche Schöpfung gepriesen. Der Aussichtsturm Weiselstein wurde erklommen und nach erfolgreicher Wanderung die „Belohnung“ im Cafe eingenommen. Der Vorsitzende



Michael Wilke dankte den Wanderführern für die gute Tour und der Gruppe für die erfolgreiche Teilnahme. □
(Text und Foto: Michael Wilke)

GKS-Kreis Hammelburg

Bundeswehr-Chor gestaltet Gottesdienst

„So nehmet auch eins um das andere an, wie auch der Herr an uns getan“ war das Motto des Adventsgottesdienstes, den Militärdekan Alfons Hutter in der Christkönig-Kirche im Lager Hammelburg vor vollem Haus zelebrierte.

Die „Christliche Chorgemeinschaft Arche Noah“, ein fast schon Profi-Chor von ca. 50 Sängerinnen und Sängern, Soldaten und deren Familienangehörige, gestaltete den Gottesdienst musikalisch mit hervorragend vorgetragenen, sowohl modernen, als auch traditionellen Advents- und Kirchenliedern. Chorleiter Oberstleutnant Thomas Mayer kann mit dem Chor, dessen Mitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet kommen, lediglich zweimal jährlich ein Probenwochenende durchführen. Abschluss ist dann ein Konzert und /oder die Gestaltung eines Gottesdienstes. An der Orgel begleitete ein absoluter Könnler seines Fachs: Oberstleutnant a.D. Hans Orterer war in seiner aktiven Soldatenzeit Chef mehrerer Bundeswehr-Musikkorps. In



der eindrucksvollen Predigt bezog sich Dekan Hutter auf das eingangs genannte Adventslied und gab dazu einfache, praktische Beispiele aus dem täglichen Leben. Die Gottesdienstteilnehmer spürten deutlich seine lebensnahen, auch humorvollen Aussagen und dankten ihm nach den Dankesworten des Pfarrgemeinderatsvorsitzenden Andreas Wacker viel mit Applaus.

Zum Schluss empfahl Dekan Hutter den Anwesenden, die christlichen Grundsätze der Nächstenliebe durch das eigene praktische Leben auch in vielen so genannten Kleinigkeiten erkennbar werden zu lassen und dabei das Gebet für die „innere Ausrichtung“ nicht zu vergessen. Der Militärggeistliche machte es augenzwinkernd deutlich an der Frage, wann und wie denn daheim gebetet würde. Auf diese Frage gab ein Schüler angeblich die hinter sinnige Antwort: „ja, wir beten einmal im Jahr vor dem Essen, und zwar dann, wenn der Vater vom Schwammerlsuchen zurück ist.“ Am Ende des Gottesdienstes zog der Chor erneut alle Register und brachte mit mehreren wundervollen Adventsliedern den Kirchenraum zum vollen Erklängen. Dabei blieben die Zuhörer gerne fast schon andächtig sitzen und man hätte noch stundenlang zuhören können. Wiederholter lang anhaltender Applaus war der Dank vor dem gemeinsamen anschließenden Fröhschoppen. Es war wahrlich ein ganz besonderes liturgisches Erlebnis. □

(Text und Fotos: Franz Herrler)

GKS-Kreis Hammelburg

Waldweihnacht in Hammelburg

Soldaten und Zivilisten feiern gemeinsam – in Gedanken bei den Soldaten im Einsatz

Der Wind pfeift durch die Ritzen, heftige Windböen treiben die stürmischen, kalten Regenschauer fast horizontal über die „Hohe Lanz“. Etwa 140 Soldaten und Zivilisten suchten Schutz in der Wetterhütte Schießbahn 6 des Truppenübungsplatzes Hammelburg. Die Teilnehmer waren froh, einen Platz im Trockenen gefunden zu haben. „Eigentlich sollten wir jetzt alle unter freiem Himmel am Franzosenkreuz stehen“ sprach Oberstleutnant a.D. Franz Herrler in seiner Begrüßung. „Aber das Wetter hat uns keine Wahl gelassen. Erinnern Sie sich: Im Vorjahr lag hier zur gleichen Zeit hoher Schnee und es war bitter-

kalt. Diesmal wäre es eine wahrlich unangemessene Härteübung im Sturm und Dauerregen. Also sind wir froh um diese Möglichkeit hier“ führte Herrler weiter aus. Frauen und Männer der Militärkirchengemeinde Christkönig hatten die nüchterne Wetterhütte mit Tannengrün und vielen Kerzen weihnachtlich ausgestaltet und der Glühwein duftete schon.

Die 12 Musiker der Kapelle des Bundeswehr-Dienstleistungszentrums Hammelburg unter Leitung von Gerald Bach (zugleich Personalratsvorsitzender im BwDLZ) stimmten die Besucher mit dem „Bayerischen Andachtsjodler“ auf die liturgische Feier ein.

Militärpfarrer Stephan Frank hieß alle Besucher herzlich willkommen und freute sich über die große Teilnahme der Soldaten vom Gefreiten bis zum Oberst und ziviler Mitarbeiter bis zum Behördenleiter des BwDLZ sowie Familien der Militärkirchengemeinde Christkönig Lager Hammelburg. Bereits zum vierten Mal fand diese „Waldweihnacht“ statt, sie ist inzwischen ein fester Bestandteil der Veranstaltungen des katholischen Militärpfarramtes am Standort geworden. MilPfr Frank hob den Advent als Zeit der Besinnung hervor, als Zeit für sich selbst zum innehalten und der inneren Vorbereitung auf Weihnachten.

Als Oberstleutnant Klaus Schöneich die Erlebnisse des Unteroffizier Emil Schlund an Weihnachten 1944 während seines Einsatzes im Elsass vorlas, war es mucksmäuschenstill: Inmitten der Kriegswirren, während die Amerikaner bereits die deutsche Rheinseite erobert hatten, wurde einer deutschen Kompanie ein Brückenkopf am jenseitigen Ufer befohlen, nachdem Zivilisten, alte Männer und Frauen, Panzergräben ausheben mussten - eine sehr schwere und harte Arbeit, mit nur ganz einfachem Handwerkszeug und bei klirrendem Frost. Doch schon vor Fertigstellung der Panzergräben eroberten die Amerikaner das Gebiet, die ganze mühevollen Schwerstarbeit war umsonst gewesen. Aber befehlsgemäß musste der Brückenkopf gebildet werden; die Amerikaner sollten unbedingt zurückgeschlagen werden.

Unteroffizier Schlund schrieb dazu: „Mit Sturmbooten der Pioniere rasten wir über den Rhein und kamen vor bis zum Hochwasserdamm, hinter dem sich die Amerikaner verschanzt hatten. Mit Handgranaten versuchten wir, Meter um Meter Boden zu gewinnen, kamen aber nicht voran, die Gegenwehr war einfach zu stark. Trotzdem wurde der Befehl ausgeführt, den Brückenkopf bis zum letzten Mann zu halten. Was für ein Irrsinn! Unsere Verluste waren sehr hoch: von unserem Zug fielen in knapp einer Stunde neun Kameraden. Irgendwann nachts wurde uns mit den Sturmbooten Essen gebracht; aber die doppelte Ration hätten wir gebraucht, um einigermaßen satt zu werden. Unser Hauptmann erkannte am nächsten Morgen unsere ausweglose Situation und befahl am 24. Dezember vormittags den Rückzug, bevor wir vollends aufgerieben würden. Meine Gruppe hatte noch fünf Mann. Kaum waren die Sturmboote angekommen, setzte ein Granathagel ein, wie ich ihn seit meinem Kriegsbeginn im Frühjahr 1941 noch nicht erlebt habe. Jetzt hieß es nur noch, rette sich, wer kann, und jeder rannte um sein Leben. Von den Booten aus sahen wir das ganze Ausmaß. Wo wir noch vor wenigen Minuten gelegen hatten, schlug jetzt eine Granate nach der anderen

ein. Hätten die Amerikaner unsere Absetzbewegung nur einige Minuten früher bemerkt, hätte ganz sicher keiner von uns dieses Inferno überlebt. Auf der anderen Rheinseite angekommen, wurde der Rest der Kompanie wieder zwischen einigen zerschossenen Häusern gesammelt. Wieder hatte ich einen Kameraden meiner Gruppe verloren. Nach ca. zwei Kilometer Flucht fanden wir in dem verlassenen Dorf Freistett in einem alten Wirtshaus-Saal ein Dach über dem Kopf. Wir hockten auf dem Boden, zitterten am ganzen Körper, waren total benommen und froren bitterlich. Zu essen hatten wir nichts außer zwei Brocken Christstollen und ein Brot, das unser Feldwebel irgendwo besorgt hatte. So, jetzt war es „Heiliger Abend“ und wir wollten nach dem Bissen Christstollen und Wasser zusammen „Stille Nacht, heilige Nacht“ singen, so wie es sich für Christen gehört. Aber schon nach den ersten rauen Tönen blieb uns die Sprache weg und es wurde ganz still – keiner sagte ein Wort. Und den sonst eigentlich so abgebrühten Landsern liefen die Tränen übers Gesicht. Ich dachte jetzt nur noch an daheim: wie wird es wohl meiner Familie ergehen, daheim in Waldsassen? Irgendwann später schliefen wir dann doch vor lauter Übermüdung ein, wir lagen einfach aneinandergereiht auf dem Boden und versuchten, uns gegenseitig ein wenig zu wärmen. Am nächsten Morgen, dem Weihnachtstag, marschierten wir unter Führung unseres Leutnants nach Sasbach. Unser Hauptmann war seit dem Rückzug über den Rhein nicht mehr bei uns. In Sasbach wurden wir dann spät am Abend in einem Internat untergebracht. Drei alte, sicher schon 80-jährige Schwestern waren noch da. Sie halfen uns, so gut sie konnten. Und das schönste Weihnachtsgeschenk war ein gutes warmes Essen, sogar mit Fleisch und Nudeln.“ Dieses Kriegserlebnis beeindruckte alle Anwesenden spürbar und die Musikkapelle vertiefte die Besinnung mit einem meditativen Choral.

In seiner Predigt betonte Militärpfarrer Frank die Bedeutung der Gemeinschaft, das erlebbare Gefühl der Geborgenheit, auch unter primitivsten Verhältnissen – so wie im Kriegserlebnis geschildert. Er stellte die Geborgenheit in der Gemeinschaft heraus im Zusammenhang mit dem Weihnachtseignis, auf dass alle Christen diese Geborgenheit erfahren können durch die Menschwerdung Gottes. Und er erinnerte an die fernab im Auslands-Einsatz stehenden Soldaten, die diese Gemeinschaft auch im Einsatz besonders brauchten, weil sie eben an Weihnachten nicht mit ihren Familien zusammen sein können. Der Militärgeistliche bezeichnete Jesus Christus als Halt, Klammer und Orientierung, auch oder gerade in schweren Zeiten.

Die Zusammengehörigkeit mit den Soldaten im Einsatz wurde auch deutlich in den Fürbitten, die Oberstleutnant Ulrich Schröder vortrug. Stellvertretend für alle Anwesenden betete er „für alle Soldaten und Militärseelsorger in ihren vielfältigen Aufgaben und Einsätzen, dass sie ihre Aufgaben mit gutem Gewissen und starkem Glauben, mit Überzeugung und Menschlichkeit bewältigen, und gesund an Leib und Seele wieder nach Hause kommen können ...für die Familienangehörigen unserer Soldaten, die durch die Trennung oder Auswirkung von Verletzungen, Verwundungen oder sogar durch den Tod eines Familienmitglieds schwer belastet sind, dass sie innere Kraft und

Zuversicht im Glauben finden mögen ...und für unsere gefallenen oder auf andere Art ums Leben gekommenen Soldaten und Militärseelsorger, dass wir ihr Andenken in Ehren halten und sie den ewigen Frieden finden mögen.“ Alle Anliegen fassten die Teilnehmer zusammen im gemeinsamen Gebet des Herrn, dem „Vater unser“. Zusammen mit der Musikkapelle sangen die Besucher das inhaltlich so gut passende Weihnachtslied „Tochter Zion, freue dich, denn dein König kommt zu dir, der Friedensfürst. ... Ewig steht dein Friedensthron ...“.

Vor dem Segen sprach MilPfr Frank noch folgendes Segensgebet: „Gott lasse dich ein gesegnetes Weihnachtsfest erleben. Er schenke dir die nötige Ruhe, damit du dich auf Weihnachten und die frohe Botschaft einlassen kannst. Gott nehme dir Sorgen und Angst und schenke dir neue Hoffnung. Er bereite dir den Raum, den du brauchst und an dem du so sein kannst, wie du bist. ...Gott gebe dir Phantasie, Entschlossenheit und Mut, damit du auch anderen Weihnachten bereiten kannst. Und er bleibe bei dir mit dem Licht der Heiligen Nacht, wenn dunkle Tage kommen.“

Nach dem Segen begleitete die Musikkapelle zu dem Weihnachtslied „Jauchzet ihr Himmel“, in dem es so treffend heißt „... sehet doch da, Gott will so freundlich und nah zu den Verlorenen sich kehren“ und „...seht die Wunder, wie tief sich der Höchste hier beugt ...“ und weiter „...Komm doch, mein Heiland, denn ohne dich bin ich verloren ...“. Mit dem Dank an die Teilnehmer für das Mitfeiern, einem herzlich Vergelt's Gott allen Helfern, einem Geschenk an die Musikkapelle und den Wünschen für ein gesegnetes und frohes Weihnachtsfest lud MilPfr Frank alle Anwesenden ein zu einem Imbiss mit Stollen, Glühwein und herzhaften Wüstchen „Diese Stunde hier ist wertvoll, sie hat gut getan, danke,“ erläuterte Oberst Wolfgang Schraut zum Schluss. □

(Text: Franz Herrler)



soldaten, die zu diesem Fest der Militärkirchengemeinde mit Anzug und Krawatte am Altar dienten.

Pfarrer Frank leitete die Predigt ein mit der Schilderung einer Szene von Charlie Chaplin aus dessen Film „Der große Diktator“ von 1940, worin der Diktator mit der Welt (dargestellt als auf seiner Fingerkuppe tanzender Globus) spielt und sie letztendlich zerstört. Und die Kernfrage war dann: Beteiligt sich auch Christus als König (siehe seine Aussage vor Pilatus: Ja, ich bin ein König) am gefährlichen Spiel mit dem Globus? Steht er im Wettstreit mit den Machthabern dieser Welt? Die Kernantwort dazu lautete: Es gibt Machthaber und Diktatoren auf dieser Welt, die ihr eigenes ihnen anvertrautes Volk aus Egoismus zugrunde richten. Unsere Hoffnung für uns Christen ist jedoch, dass Christus als König die Welt schützend in seinen bergenden Händen hält. Christus will nicht den Untergang, sondern die Rettung der Welt – und jeder von uns kann im Vertrauen darauf seinen Anteil beitragen. □

(Text und Foto: Franz Herrler)

GKS-Kreis Hammelburg

Festgottesdienst zum Patrozinium „Christkönig“ im Lager Hammelburg

„Wer ist der eigentliche König dieser Welt?“ So fragte Militärpfarrer Stephan Frank zum Beginn des Festgottesdienstes zum Patrozinium „Christkönig“ und diese Frage war auch der Kern der Predigt. Es war ein etwas anderer Gottesdienst als an den übrigen Sonntagen, und dies nicht nur, weil die Kirche wirklich voll war mit zahlreichen Gottesdienstteilnehmern. Darüber hinaus wurde der Gottesdienst musikalisch gestaltet von der „Gruppe St. Johannes“ aus Hammelburg, die mehrstimmig mit unterschiedlicher Instrumental-Unterstützung sowohl moderne deutsche Lieder und Gospels, als auch bekannte Lieder aus dem Gotteslob mit der Gemeinde sang. Dabei erklang wahrlich herzerfischend „Christkönig, alleluja“ zum Einzug! Zudem waren die Ministranten fünf ehemalige Berufs-

GKS-Kreis Köln

„Advent – kurz vor Weihnachten“

Am vierten Adventssonntag trafen sich, nun schon zum zweiten Mal in Folge, zahlreiche Mitglieder und Freunde des GKS-Kreises Köln zum Familiennachmittag im Siebengebirge. Nachdem mit großen Erfolg beim Familiennachmittag im Dezember 2010 die Schonung bei der Burg Ringsheim „leergefegt“ wurde, fand man mit dem Weihnachtsbaumhof Stockhausen in Aegidienberg eine sehr gute Alternative und wieder den passenden Rahmen für einen vorweihnachtlichen Nachmittag. Die Vorbereitung lag in den bewährten Händen des Kreisvorsitzenden Köln I, OTL Walter Raab, wieder mit tatkräftiger praktischer Unterstützung des Pfarrhelfers Köln I, Herrn Willi Jung.

Neben den zentral eingekauften Leckereien wie Glühwein, Kinderpunsch und Würsteln hatten auch in diesem Jahr wieder viele Familien eigenes weihnachtliches Gebäck zum gemeinsamen Verzehr mitgebracht. Ideale win-



terliche Bedingungen wie im Vorjahr waren es zwar nicht, aber am Vormittag hatte es im Siebengebirge tatsächlich leicht geschneit, so dass der Blick aus der Eventhütte durchaus winterliche Perspektiven bot. Diesen ersten „nassen“ Schnee nutzten die Kinder gleich zu einer ausgiebigen Schneeballschlacht.

Ein Höhepunkt des Nachmittags war wieder der durch den Militärdekan van Dongen gehaltene Feldgottesdienst, in dessen Evangelium und Predigt die Geburtsankündigung Jesu durch den Engel Gabriel anschaulich thematisiert wurde. Obwohl er bereits seit dem Herbst 2011 kommissarisch seinen Dienst in Erfurt verrichtet, nahm er den weiten Weg zum Aegidienberg auf sich, um wieder dabei zu sein. Darüber freuten sich alle sehr.

Den musikalischen Rahmen für die stimmungsvolle Messe krönte – wie bereits im vergangenen Jahr – ein Trompetenensemble der Musikschule Euskirchen unter der Leitung des Trompetenlehrers Herrn Hense. Auch nach der Messe spielten sie weitere allseits bekannte Advents- und Weihnachtslieder, die zum Mitsingen einluden.

Anschließend hatten die Familien Gelegenheit, einen Christbaum direkt vom Weihnachtshof zu erwerben. Dazu standen Christbäume in allen Größen zum Verkauf bereit. Das knisternde Lagerfeuer und die wärmenden Gasstrahler in der Eventhütte sorgten für wohlige Wärme bei Speis und Trank und guten Gesprächen. Die letzten verließen erst bei Einbruch der Dunkelheit einen rundum gelungenen Nachmittag „kurz vor Weihnachten“. □

(Text und Foto: Walter Raab)

Katholisches Militärpfarramt Bonn

Empfang anlässlich des Neuen Kirchenjahres

Am Dienstag, den 29. November 2011 fand im Geistlichen Forum, Haus 32 auf der Hardthöhe der Empfang der beiden Militärseelsorgen anlässlich des Neuen Kirchenjahres statt. Eingeladen hatten Militärdekan Peter Schmidt von der Evangelischen Militärseelsorge und Militärdekan Paul Hauser von der Katholischen Militärseelsorge und ca. 100 Personen waren der Einladung gefolgt. Umrahmt wurde der Empfang durch eine Bläsergruppe des Musikkorps der Bundeswehr.

Nach einem kurzen Musikstück begrüßten die beiden Militärgeistlichen aus Bonn ihre Gäste, bevor der Militärgeneraldekan Matthias Heimer vom Evangelischen Kirchenamt das Geistliche Wort sprach. Er betonte, dass der Mensch eine Regelmäßigkeit in seinem Lebensablauf bräuchte, damit er auch zur Ruhe und Besinnung fände. Gerade das Kirchenjahr sei dazu sehr gut geeignet, habe man doch zum Schluss des alten Kirchenjahres den Toten gedacht und feiere mit dem vergangenen Sonntag den ersten Advent und bereite sich auf die Ankunft des Erlösers vor. Da der religiöse Inhalt von Weihnachten schon stark vom Konsumdenken verwässert sei, müssen die Kirchen diesen Inhalt stärker hervorheben. Dazu sei die „Verschiebung“ des Kirchenjahres von dem normalen Jahresanfang Neujahr geeignet, um das Besondere des religiösen Lebens in Erinnerung zu rufen.

Bei dem folgenden Musikstück von Johann Sebastian Bach setzte sich der Festredner Brigadegeneral Christof Munzlinger spontan an die Orgel (Bild) und begleitete das Bläserquintett. Seinen Bericht über die Arbeit als Beauftragter für körperlich und seelisch Einsatzgeschädigte begann General Munzlinger auch dann mit einem Vergleich der bisher gehörten Musikstücke in denen die Komponisten aus vergleichsweise einfachen Grundmelodien diese Meisterwerke geschaffen hätten. Einfach sei es, körperlich Versehrte zu erkennen, schlug der Redner den Bogen zu seinem Thema, problematisch sei es hingegen, die seelisch Verwundeten zu erkennen, noch dazu diese Problematik keine Karenzzeit kenne und auch nach Jahren auftreten könne. Zur Linderung der zumeist hinzukommenden ma-



teriellen Not zählte Munzlinger die bisher erreichten Gesetzesänderungen auf, die jetzt den Zeitraum vor 2001 erfassen würden und damit den Personenkreis, die Anspruch hätten, deutlich erweitern würde. Auch wenn noch einiges zu tun sei, könne sich Deutschland in der Versorgung seiner Einsatzkräfte mit den anderen Alliierten messen, führte der Redner zum Schluss seines Berichtes aus.

Während des anschließenden Empfanges in den Räumen des Geistlichen Forums und vor dem Gebäude, bedankten sich Militärdekan Hauser und der Pfarrgemeinderatsvorsitzende Joachim Lensch mit einem kleinen Präsent bei dem Festredner für seine Ausführungen und seine tatkräftige Unterstützung an der Orgel. □

(Text und Foto: Bertram Bastian)

Katholisches Militärpfarramt Bonn

Einführungsgottesdienst für den „Neuen“

Mit Wirkung vom 1. November 2011 hat der Katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr Dr. Franz-Josef Overbeck Militärdekan Paul Hauser mit der Leitung des katholischen Militärpfarramtes Bonn betraut. Mit einem feierlichen Gottesdienst am 7. Dezember in der Kirche St. Augustinus in Bonn-Duisdorf führte der Leitende Dekan Msgr Rainer Schnettker den neuen Geistlichen auf der Hardthöhe in sein Amt ein und las allen Anwesenden die Bestallungsurkunde des Bischofs vor. Aufgrund der zahlreichen Anmeldungen zu dieser Feier musste man



nach St. Augustinus ausweichen, da fast 200 Personen diesem Festakt beiwohnen wollten und nach Bonn-Duisdorf gekommen waren.

In der Lesung hörte die Gemeinde die Geschichte der Jünger, die mit ihrem Boot auf dem See Genesareth in Seenot kamen, so dass sie den schlafenden Jesu weckten, der daraufhin Wind und Wellen gebot zu schweigen. In seiner Predigt (Bild 1) ging Dekan Hauser zuerst auf den See Genesareth ein, den er aus seiner in Israel verbrachten Zeit kannte. Plastisch schilderte er der Gemeinde die Begebenheiten dieses Landstriches, bevor er zu dem Schluss kam, dass diese Geschichte sowohl für unser Privatleben aber auch für den Dienst als Soldat und ganz besonders



im Einsatz zur Geltung käme. Schließlich könne es überall geschehen, dass eine plötzliche Lageänderung zur Not führen könne. Gerade dann sei es angebracht, auf Gott zu



vertrauen, predigte Dekan Hauser aus seiner reichen Erfahrung als Einsatzpfarrer beim Kommando Spezialkräfte. Assistiert von Ministranten, Lektor und Kantor aus seinem Seelsorgebereich feierte der neue Seelsorger in St. Augustinus, zusammen mit einer großen Delegation des Wachbataillons (Bild 2) diese Einführungsmesse.

Beim anschließenden Empfang auf der Hardthöhe begrüßte der Leitende Dekan Schnettker die zahlreichen Gäste (Bild 3) im ehemaligen Speisesaal der Unteroffiziere im Haus 930. Dekan Hauser bedankte sich danach für die Teilnahme an dieser Feierlichkeit und sagte den Anwesenden zu, für sie als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Besonders die ebenfalls erschienenen „Ehemaligen“ begrüßte Dekan Hauser herzlich. Für die Soldatinnen und Soldaten sprach deren ranghöchster Vertreter,



Generalmajor Staudacher (Bild 4), ein Grußwort, indem er auf die Vorverwendungen von Dekan Hauser einging. Vom Missionarspfarrer in Ekuador mit einer Pfarrei so groß wie das Saarland, über eine „normale“ Pfarrei in Deutschland zum Militärpfarrer beim Kommando Spezialkräfte, das sei schon eine große Spanne als Seelsorger, führte der General aus. Herzlich willkommen hieß auch der Vorsitzende des Pfarrgemeinderates, Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch (Bild 5), in Bonn den neuen Dekan, dankte aber auch ausdrücklich dem Leitenden Dekan, der sein Versprechen wahr gemacht hatte und das Militärpfarramt Bonn nur eine kurze Vakanz erdulden lies, bevor die Stelle neu besetzt wurde. Da Dekan Hauser zum ersten Mal im Erzbistum Köln Verwendung habe, übergab ihm Joachim Lensch einen Kate-



chismus des Erzbistums aus dem Jahre 1896, damit der neue Dekan seinen neuen Wirkungskreis langsam und von Grund auf kennen lerne. Bei dem anschließenden Imbiss konnte Dekan Hauser noch weitere, interessante Gespräche mit den erschienenen Soldaten sowie den Damen und Herren aus der Verwaltung des Ministeriums führen. □

(Text und Fotos. Bertram Bastian)

GKS-Kreis Köln-Wahn

Cybermobbing geht uns alle an

Sein bereits traditionelles Familienwochenende im Advent verbrachte der GKS-Kreis Köln Wahn auch in diesem Jahr wieder im Bildungshaus des Erzbistums Köln Maria in der Aue in Wermelskirchen. Zum Abschluss des Jahresthemas „Zwischen Himmel und Erde“ hatte der Vorsitzende des Kreises, Oberstleutnant Albert Hecht, das Wochenende unter das Thema Cybermobbing gestellt.

Den Auftakt zu einem harmonischen Wochenende bildete am Freitagabend eine weihnachtlich gestaltete Jahresabschlussfeier, in deren Verlauf auch das Mitglied des Jahres der Köln-Wahn ausgezeichnet wurde. In diesem Jahr fiel die Wahl auf Hauptmann Gerhard Kollmann, der sich vielfach uneigennützig in den Dienst der GKS gestellt hat.

Mit einer Spielrunde zu Beginn des Bildungsteiles am Samstag, erforschten die Referenten das Wissen der erwachsenen Teilnehmer über die elektronische Welt des Internets. Bereits hierbei wurde deutlich, dass das Thema alle vertretenen Altersschichten betrifft und nicht nur ein Thema der Kinder und Jugendlichen ist. Dies wurde im anschließenden Einstiegsvortrag nochmals verdeutlicht, zeigten die Referenten hier doch die unterschiedlichen Felder auf, in denen Cybermobbing auftreten kann. Auch die Fragen und lebhaften Diskussionen zeigten, dass die Nutzung des Internets viele Menschen immer wieder vor Situationen stellt, auf die es nicht unbedingt eine Standardantwort gibt. „Das Internet ist sicherlich kein Hort der Glückseligkeit. Aber mit der entsprechenden Vorsicht kann man die Vorteile dieses modernen Mediums für seine Zwecke sicherlich gewinnbringend nutzen:“, so der Referent zum Abschluss des Vormittags.

Nachdem in den Arbeitseinheiten des Vormittags der Blickwinkel auf die Erwachsenen gelegt wurde, ging man am Nachmittag erstmals neue Wege. So arbeiteten die beiden Referenten jetzt ausschließlich mit den Kindern und Jugendlichen. In zwei altersgerechten Arbeitsgruppen wurden ihnen einige Dinge näher gebracht, die auch bei den erfahrenen Internetnutzern für das ein oder andere Aha-Erlebnis sorgten. Anhand zahlreicher Beispiele aus dem Internet konnten hier u.a. Empfehlungen erarbeitet werden, bei deren Einhaltung, die Gefahren, Opfer von Cybermobbing zu werden, gering zu halten sind. Als Parallelprogramm für die Eltern u. Kleinkinder fand ein Winterspaziergang statt, der seinen Abschluss auf dem Weihnachtsmarkt des Bildungshauses fand. Auch das, bei allen Familienwochenenden obligatorische Bingospiel, durfte dieses Mal nicht fehlen. Kurz vor dem Weihnachtsfest hatte Oberstleutnant Hecht noch mal tief in die Schatzkiste gegriffen und wieder viele attraktive Preise zur Verfügung gestellt.

Nach dem Familiengottesdienst am Sonntag, der durch den dafür extra angereisten Militärdekan Berning gestaltet wurde, trafen sich alle Teilnehmer im Foyer des Bildungshauses, um unter der musikalischen Begleitung von Oberstabsärztin Dr. Karin Schrödl und deren Kindern gemeinsam Weihnachtslieder zu singen. „Ein besinnlicher Abschluss eines sehr gelungenen Wochenendes.“, so ein Teilnehmer bei der Abschlussrunde. □

(Text und Foto: Andreas Quirin)



GKS Bereich West

Interkulturelle Kompetenz oder „den dritten Weg suchen“

Dank der Großzügigkeit des Bundesvorstandes der GKS war es möglich eine zweite Familienwerkwoche im Bereich West durchzuführen. Ziel war die Kolping-Familienferienstätte Allgäuhaus in Wertach. Unter der bewährten Leitung von Albert Hecht trafen sich 14 Familien aus dem Bereich West. Das Kennzeichen der Gruppe



Bild 1

war ein braunes T-Shirt mit goldfarbenem GKS-Aufdruck (*Bild 1*). Dieses Aussehen zeigt Aussenwirkung und fällt auf. „Die GKS kommt!“

Ein vielfältiges Programm aus den drei Säulen Bildung, Besinnung und Begegnung erwartete die Teilnehmer. Begonnen wurde jeder Tag in der hauseigenen Kapelle. Kurze nachdenkliche Texte und Gesänge aus dem extra von Markus Wolters angefertigten Liederheft boten eine gute Einstimmung in den Tag.



Bild 2

Das Thema der Werkwoche lautete: „Wo Himmel und Erde sich berühren“ – Multi – Kulti? – Deutsche Leitkultur? – Parallelgesellschaft(en)?

Zu diesem Thema konnte Frau Kawka-Wegmann als Referentin gewonnen werden (*Bild 2*). Sie leitet eine katholische Grundschule in Bonn mit einem sehr hohen Aus-

länderanteil. Kinder und Eltern vieler Nationen und Religionen besuchen ihre katholische Schule, sie sind willkommen, leben hier miteinander und lernen voneinander.

Christen und Muslime stellen mehr als 55% der Weltbevölkerung. „Wir leben in einer Stunde des Dialogs und überleben nur, wenn die wachsenden Konfrontationen durch eine Kultur der Verständigung überwunden werden.“ schreibt Eugen Biser (geb. 1918, Fundamentaltheologe und Religionsphilosoph). Leitlinien der katholischen Kirche und ein Dialog aus christlichem Ursprung sind gegründet auf Hebr 13.1-2: „Bleibt fest in der brüderlichen Liebe. Gastfrei zu sein vergesst nicht, denn dadurch haben eini-

ge ohne ihr Wissen Engel beherbergt.“ Elementare Motive kirchlichen Integrationsengagements sind Wertschätzung von zunächst Fremden, Verteidigung ihrer Menschenwürde und Bereitschaft Gastfreundschaft zu gewähren. Das 2. Vatikanische Konzil stellt einen entscheidenden Moment für die Seelsorge der Migranten dar. „Die Aufnahme der Fremden gehört zum Wesen selbst der Kirche und bezeugt ihre Treue zum Evangelium. Im Mittelpunkt der Integration steht die von Gott verbürgte Würde des Menschen. Trotz aller Unterschiede kommt allen Menschen die gleiche Würde zu, weil sie Kinder des einen Vaters sind.“ Interreligiöse Kompetenz entwickelt sich in unserer Gesellschaft zu einer wichtigen Schlüsselkompetenz. Wir können uns einer Auseinandersetzung mit kultureller und religiöser Andersartigkeit nicht mehr entziehen.

Interreligiöse Kompetenz ist

- Persönlichkeitsbildung; mit Bewusstwerdung, Erneuerung des eigenen Glaubens; Wahrung christlicher Identität; Zeugnis geben der eigenen Religion und Spiritualität; offene, von gegenseitigem Respekt getragene Gespräche; Selbstreflektion; gleichberechtigte Partner kennenlernen, nicht belehren wollen; andere Religion nicht als Gefahr sondern als eigene Horizonte erweitern erkennen; Auseinandersetzung mit anderen Religionen; offen sein für Gotteserfahrungen anderer Menschen
- Ehrfurcht vor Gott
- Ehrfurcht vor anderen Religionen
- Nächstenliebe

Religionen hatten immer schon mit Konflikten zu tun. Religionen haben Konflikte ausgelöst. Durch Religionen wurden Konflikte vermieden, verstärkt oder beigelegt.

Für die Verständigung im sozialen und im interkulturellen Dialog hat das Zuhören einen besonderen Stellenwert.



Bild 3

Bereit zu sein, zuzuhören, dem anderen Aufmerksamkeit zu schenken, in der anderen Welt Anregungen zu suchen, andere Sprachen, Traditionen und Religionen kennenzulernen, nur so kann sich unsere geistige, emotionale und gesellschaftliche Welt weiter entwickeln. Ein weiterer Faktor ist die Kommunikation. Hierbei spielt die Beziehungsebene neben der Sachebene immer eine Rolle. Ist die Beziehungsebene nicht stimmig, so führt das zu Problemen auf der Sachebene. Vorhandene Vorurteile gegenüber dem anderen Menschen beeinflussen die Kommunikation.

Handlungskonzept: den dritten Weg suchen

Es ist wichtig, dass das Anliegen beider Seiten gleichberechtigt berücksichtigt und bei unterschiedlichen Vorstellungen im Interesse aller Beteiligten ein gemeinsamer Weg gesucht und gefunden wird. Hier hat sich die Suche nach einem dritten Weg bewährt. Es wird bei unterschiedlichen Interessen nach Lösungen gesucht, die beide Seiten gut annehmen können, in der nicht eine Seite mit ihren Interessen dominiert und in der es nicht zu Entscheidungen kommt, die durch Machtverhältnisse bestimmt sind.



Bild 4

Der leitende MilDekan Msgr. Schnettker lud die Teilnehmer zum Gedankenaustausch ein, ausgehend vom Dialogprozess, der in Mannheim im Sommer begonnen wurde. Darin äußerte u.a. Kardinal Lehmann, dass ein Spagat zwischen dem theologischen Labor und dem praktischen

Leben gefunden werden muss. Wie können ein Aufbruch und Änderungen in der Militärseelsorge aussehen? In Kleingruppen wurde rege diskutiert. Das Ergebnis lautete:

- das katholische Profil müsse sichtbarer werden
- die Kirche im Amt müsse mehr Präsenz zeigen
- die Qualität müsse verbessert werden
- die Militärseelsorge müsse noch besser bekanntgemacht werden

Wege zu diesen Forderungen sind nicht nur innerkirchliche Dialoge mit Ehrlichkeit, Vertrauen und Offenheit sondern auch Gespräche über andere Lebensbereiche und mit anderen Religionen. Alle Möglichkeiten müssen ausgelotet werden, um wahrscheinlich einen dritten Weg zu finden, den jetzt noch kaum jemand vermutet. Durch das ähnliche Handlungskonzept schließt sich der Themenkreis der Werkwoche.

Thematisch können die Eltern natürlich nur ungestört arbeiten, wenn die Kinder gut betreut werden. Unter fachkundiger Anleitung von zwei Erzieherinnen bastelten die Kinder (Bild 3). Auf dem Abenteuerspielplatz konnten sich die Jugendlichen nach Herzenslust austoben und bei schlechtem Wetter wurde der tolle Indoor-Spielplatz über zwei Ebenen genutzt. Die große Sporthalle bot ebenso viele Möglichkeiten für die Jugendlichen mal so richtig auszuflowern, z.B. beim Tischtennis, Fußball, Handball oder Tennis.

Die Erkundung der Umgebung ist bei einer Werkwoche selbstverständlich. Dies geschieht selbstredend gemeinsam mit der ganzen Gruppe. Das Allgäu bietet viele Möglichkeiten. Ein Ziel war die Wallfahrtskapelle „Maria Trost“ in Nesselwang. Die Geschichte der Kapelle geht bis ins 17. Jahrhundert zurück. 1662 wurde zum ersten Mal in dem heutigen Chorraum eine heilige Messe gefeiert. Anfang des 18. Jh. entstand ein größerer Kirchbau, der 1725 eingeweiht wurde. Die Innenausgestaltung mit den Fresken und dem Stuck erfolgte von 1750 bis 1770. In diesen Jahren wurde auch der zweigeschossige Anbau als Bildungsstätte der katholischen Jugend der Diözese Augsburg gebaut. Der Kreuzweg und der Kalvarienberg am alten Wall sowie der Fahrtweg wurden 1842 errichtet. Eine Aussen- und Innenrenovierung erfolgte von 1978 bis 1982. Ein weiteres Ziel war der historische Stadtkern von Füssen. Durch die Nähe zu den Königsschlössern und mit Wurzeln aus der Römerzeit bietet sich eine touristische Hochburg.

Das Allgäu lockt auch mit seinen Bergen. Ob zu Fuß oder mit der Seilbahn wurden das Wertacher Hörnle oder der Alpispitz erklommen. Für Kleinkinder und nicht so Höhenfreudige bot sich eine Wanderung um den Grüntensee oder im Tannheimer Tal an.

Auch an den Abenden gibt es gemeinsames Programm, wobei die Gespräche im Vordergrund stehen. Immer wieder unterhaltsam und spannend ist das Bingo-Spiel. Viele große Preise gab es zu gewinnen. Wie dramatisch ist es, wenn zwei Spieler beim Hauptgewinn dieselben Zahlen haben. Traditionell ist der Mittwochabend etwas Besonderes. In der St. Sebastians-Kapelle (auch Kleine Wies genannt wegen der Beeinflussung bei Planung und Bau durch das große Vorbild) feierte MilDekan Msgr. Rainer Schnettker eine Familienmesse mit uns. Musikalisch gestaltet wurde die Messe in bewährte Weise von Markus Wolters an der

Orgel. Selbstverständlich kamen die Messdiener aus unseren Reihen. Der Abend endete mit einem Candlelight-dinner in stilvollem Ambiente. Auch hier wurden wieder viele Gespräche geführt. Am Abschlussabend gab es etwas Besonderes. Das Alphornblasen wird im Allgäu als Brauchtum gepflegt. Das Alphorn gehört aufgrund seiner Anblastentechnik instrumentenkundlich zu den Aerophonen und wird traditionell überwiegend aus Holz gefertigt. Es besitzt weder Klappen, Züge noch Ventile und ist daher bezüglich der zu spielenden Töne auf die Naturtonreihe beschränkt. Die Technik der Rohrherstellung aus Holz ist uralt. Heute gibt es einige spezialisierte Instrumentenbauer, die aus geeigneten Holzstämmen ein Alphorn herstellen. Meist Fichten werden geschält und der Länge nach halbiert. Das Aushöhlen der beiden Hälften auf eine Wanddicke von einem halben Zentimeter ist eine über siebzig Stunden dauernde Handarbeit. Eine anschließende Umwicklung mit Peddigrohr dient als Wetterschutz. Ein hölzernes Kesselmundstück erleichtert das Blasen. Der Preis für ein solches Instrument liegt bei etwa 1000 bis 2500 Euro. Am weitesten verbreitet ist in Deutschland das F-Alphorn. Seine Länge beträgt 3,68m. Ein „normales“ Alphorn hat 16 Töne, wobei der tiefste Ton das F1 ist. In der üblichen Ausführung kann man Alphörner heute in zwei oder drei Teile zerlegen. Wir kamen in den Genuss einer Darbietung mit 3 Alphornbläsern (Bild 4). Selbstverständlich gab es Erklärungen und Zugaben. Dies war ein würdiger Abschluss für die geleistete Arbeit der Organisatoren Albert Hecht und Hubert Berners, da beide nach 6maliger Verantwortung ihre Arbeit in dieser Form beenden. □

(Text und Fotos: Magdalene Berners)

GKS Bereich West

Wechsel im Amt des Bereichsgeschäftsführers



Zum 01. Januar 2012 erfolgte ein Wechsel im Amt des Bereichsgeschäftsführers der GKS West. Der bisherige Geschäftsführer OstFw a.D. Hubert Berners übergab die Aufgaben an den neuen Geschäftsführer Andreas Quirin. □

(Text und Foto: Andreas Quirin)

Kurznachrichten

Papstbrief ist kein Zugeständnis an Konservative

In der Debatte um die Wandlungsworte in der katholischen Messe ruft der Bochumer Theologe Thomas Söding zu Besonnenheit auf. Die Aufforderung von Papst Benedikt XVI. an die deutschen Bischöfe, in den Gottesdiensten die ursprünglichen Worte Jesu zu verwenden, sei kein Zugeständnis an konservative Kreise wie die Piusbrüder, sagte Söding in einem Interview des Deutschlandfunks. Eine solche Interpretation halte er für verfehlt. Zudem beteten beispielsweise die Traditionalisten in lateinischer Sprache und seien deswegen von dem Brief aus Rom ohnehin nicht betroffen.

Papst Benedikt XVI. hatte in einem Schreiben die deutschen Bischöfe aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Einsetzungsformel geändert wird. Demnach müsse es künftig gemäß dem Urtext heißen: „mein Blut, das für Euch und für viele vergossen wird zur Vergebung der Sünden“. Das Schreiben ist gerichtet an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch. Darin betont der Papst, dass die seit der Liturgiereform von 1970 übliche Formel „für Euch und für alle“ eine interpretierende Übersetzung sei. Söding erläuterte, es gehe um eine „Veränderung im Ausdruck“

und keine „Veränderung in der Sache“. Dem Papst seien dabei vor allem zwei Aspekte wichtig: eine einheitliche Formel für die gesamte katholische Kirche durchzusetzen und die Einsetzungsworte näher an die biblische Überlieferung heranzubringen. Gleichzeitig räumte Söding ein, dass auch in den biblischen Texten die Bedeutung von „für alle“ und „für viele“ gelegentlich nahe beieinander liege. Nach theologischem Verständnis sei aber klar, dass Jesus für alle gestorben sei, die Formulierung „für viele“ mache jedoch zugleich klar, dass es keine „Zwangsbeglückung“ im Glauben gebe. (KNA)

Buchbesprechung

Sicher – unsicher

Dieser vorliegende Band enthält die Vorlesungen und den Festvortrag der Salzburger Hochschulwochen 2011, die vom 1. August bis zum 7. August in der großen Aula der Universität Salzburg gehalten wurden. Beginnend mit dem Vortrag von Alois Glück „Orientierungen in unsicheren Zeiten“, sind die Hauptvorlesungen hier abgedruckt. Damit kann man sowohl nachvollziehen, was Prof. Lieven Boeve über „Christlicher Glaube in einer Zeit der Verunsicherung: Theologie, Kirche und die Angst vor dem Risiko“ aussagte, aber auch den Vortrag von Maximilian Burger-Scheidlin „Wirtschaft



und Ethik – ein Widerspruch“. Im AUFTRAG 284, Seite 13 ff haben wir darüber berichtet. Dieser Band mit den wichtigsten Vorlesungen spiegelt die Salzburger Hochschulwochen in einer großartigen Weise wider und gibt den Menschen, die dabei waren, diese Gedanken klar und deutlich wieder in Erinnerung, den Menschen, die noch nicht an den Salzburger Hochschulwochen dabei waren, ist dieser Band ein „Appetithäppchen“, um in diesem Jahr dabei zu sein, wenn das Thema über „Verantworten“ geht. In diesem Band sind die Vorträge des Publikumspreises ab-

gedruckt und die Laudatio von Prof. Dr. Elmar Salmann über den Preisträger sowie die Dankesrede des Erzbischofs von Chieti-Vasto, Italien Dr. Bruno Forte, der den Theologischen Preis der Salzburger Hochschulwochen erhalten hatte. Eine Übersicht über die Lehrveranstaltungen und die Vorstellungen der abgedruckten Autoren runden dieses gelungene Compendium der Salzburger Hochschulwochen 2011 ab. (BB)

Im Auftrag des Direktoriums der Salzburger Hochschulwochen als Jahrbuch herausgegeben von Gregor Maria Hoff, Sicher – unsicher, 256 Seiten, Tyrolia – Verlag, Innsbruck – Wien, ISBN 978-3-7022-3148-4

Buchbesprechung

Erneuerungsdenken in der islamischen Welt

**Orthodoxie-Kritik und neue Selbstvergewisserung als Mittel zur Überwindung der geistig-kulturellen Krise?
Das Beispiel der Altajdeed Cultural & Social Society**

Der Autor Said alDailami folgte als Neunjähriger seinem Vater aus dem Jemen ins politische Exil nach Deutschland. Hier sorgte sein Vater dafür, dass er neben seiner religiösen Erziehung auch die neue Landessprache lernte. Dieses Hin- und Hergerissensein zwischen seinem Zuhause und der Alltagswelt, die dem jungen Muslim begegnete, prägte den jungen Mann. Die Begegnung mit der „westlichen Kultur“, das Kennenlernen der Aufklärung und der Philosophen wie Hobbes, Descartes, Kant und Hegel, um nur einige zu nennen, weckte sein Interesse. Während seines Studiums der Staatswissenschaften vertiefte er seine Kenntnisse um die abendländische Theologie und Philosophie. Aus dem Vorwort: „Auf der empirischen Ebene zog der inzwischen in der Bundeswehr dienende muslimische Offizier („Treues Dienen versus treues Glauben“, AUFTRAG 281, Seite 26 ff, die Redaktion) alltäglich den Vergleich zwischen der Mentalität, der Bewusstseinslage sowie den Denkmustern seiner „Glaubensbrüder“ und jener vorwiegend christlich-abendländisch geprägten geistigen Einstellung seiner deutschen und europäischen Bekannten, Freunden und Kameraden. Das Resultat

dieses Vergleiches ist die naheliegende, wissenschaftlich jedoch nicht unbestrittene Feststellung, dass die Handlungen der einen wie der anderen, wenn sie nicht oberflächlich abgeurteilt werden sollen, nur vor dem Hintergrund ihres zugrundeliegenden Weltbildes in ihren ganzen Dimensionen begriffen werden können.“ Dieses Buch wird allen empfohlen, denen, die dem Islam kritisch gegenüberstehen, denen, die den Weg der Verständigung suchen, denen, die dem muslimischen Glauben die Kraft der Veränderung wünschen. Wer mit islamischen Glaubensbrüdern und Glaubensfrauen diskutieren möchte, für den ist diese Abhandlung ein unbedingtes Muss, um in die Historie dieser dritten monotheistischen Weltreligion einzutauchen. So wie es die Erklärung des II. Vaticanums „nostra aetate“ aussagt: „Die katholische Kirche lehnt nichts von alledem ab, was in diesen Religionen wahr und heilig ist. Mit aufrichtigem Ernst betrachtet sie jene Handlungs- und Lebensweisen, jene Vorschriften und Lehren, die zwar in manchem von

dem abweichen, was sie selber für wahr hält und lehrt, doch nicht selten einen Strahl jener Wahrheit erkennen lassen, die alle Menschen erleuchtet.“ Und weiter

führt diese Erklärung aus: „Da es jedoch im Lauf der Jahrhunderte zu manchen Zwistigkeiten und Feindschaften zwischen Christen und Muslim kam, ermahnt die Heilige Synode alle, das Vergangene beiseite zu lassen, sich aufrichtig um gegenseitiges Verstehen zu bemühen und gemeinsam einzutreten für Schutz und Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der sittlichen Güter und nicht zuletzt des Friedens

und der Freiheit für alle Menschen“. Die Kenntnis dieses Buch von Said alDailami ist ein wichtiger Schritt zu diesem lobenswerten Ziel. (BB)



Said alDailami, Erneuerungsdenken in der islamischen Welt, Kultur, Recht und Politik in muslimischen Gesellschaften, Band 21, 457 Seiten, Ergon Verlag, Würzburg, ISBN 978-3-89913-860-3



Termine für das Laienapostolat in der Kath. Militärseelsorge



2012 Allg. Termine u. Bundesebene

- 15.05. – 16.05. Vollversammlung ZdK, Mannheim
 16.05. – 20.05. 98. Deutscher Katholikentag
 in Mannheim
 „Einen neuen Aufbruch wagen“
 30.05. – 03.06. Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg
 15.06. – 16.06. Vorstand Katholikenrat, Essen
 15.06. – 17.06. GKS Bundesvorstand, Nürnberg
 22.06. Politikergespräch in Berlin
 06.09. Verwaltungsrat
 08.09. Vorkonferenz zur Woche der Begegnung
 10.09. – 15.09. 52. Woche der Begegnung, Berlin
 „Kirche unter Soldaten – Verantwortung
 durch Gottvertrauen“
 15.10. – 19.10. 57. Gesamtkonferenz, Bensberg
 24.10. – 28.10. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
 10.11. – 11.11. GKS Bundesvorstand, Mülheim/Ruhr
 17.11. Vorstand Katholikenrat, Berlin
 23.11. – 24.11. Vollversammlung ZdK, Bonn
 29.11. Verwaltungsrat

Bereichs- / Arbeitskonferenzen / Familienwochenenden

KMiD Kiel / GKS Nord/Küste

13.11. – 15.11. Salem

KMiD Erfurt / GKS Mitte

19.10. – 21.10. Duderstadt

KMiD Mainz / GKS West

21.09. – 23.09. Cochem

KMiD München / GKS Süd

26.10. – 28.10. Wertach

GKS-Sachausschüsse

SA „Innere Führung“

22.06. – 24.06. Sitzung in Berlin (mit S&F)

SA „Sicherheit und Frieden“

- 10.02. Sitzung in Bonn
 23.03. Sitzung in Bonn
 22.06. – 24.06. Sitzung in Berlin (mit IF)

SA „Internationaler Sachausschuss“

- 29.06. – 01.07. Sitzung in Berlin
 19.10. – 21.10. Sitzung in Berlin

Vorschau 2013

- 19.01. Vorstand Katholikenrat, Berlin
 19.01. geschäftsführender Bundesvorstand,
 Berlin
 24. – 28.04. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
 22. – 28.05. 55. Lourdeswallfahrt
 07. – 09.06. Vorstand Katholikenrat, Hamminkeln
 15. – 20.09. Woche der Begegnung, Hamminkeln
 29.05. – 02.06. Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg
 16. – 20.10. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
 04. – 08.11. GKS-Akademie Oberst Korn, Fulda
 09.11. Vorstand Katholikenrat, Berlin

Vorschau 2014

14. – 18.05. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
 28.05. – 01.06. 99. Katholikentag, Regensburg
 02. – 07.07. Seminar 3. Lebensphase, Fulda
 15. – 19.10. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg

Regionale Zuständigkeit der Katholischen Militärdekanate

KMiD Kiel: Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Dienststellen im Bereich des Flottenkommandos

KMiD Mainz: Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland

KMiD München: Bayern, Baden-Württemberg

KMiD Erfurt: Berlin, Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Niedersachsen

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz der GKS, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **DAK** – Dekanatsarbeitskonferenz im Bereich..., **GKMD** – Gemeinschaft der kath. Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **IThF** – Institut Theologie und Frieden, Hamburg, **KMiD** – Kath. Militärdekanat, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFü** – Sachausschuss »Innere Führung«, **SA S+F** – Sachausschuss »Sicherheit und Frieden«, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **KR** – Katholikenrat beim Militärbischof, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortlicher Redakteur
Bertram Bastian (BB),
Rainer Zink (RZ), Oberstlt a.D., Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Bertram Bastian,
Alter Heerweg 104, 53123 Bonn,
Tel: 0177-7054965, Fax: 0228-6199164,
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Layout: VISUELL, Aachen
Druck: MVG Medienproduktion
Boxgraben 73, 52064 Aachen
Überweisungen und Spenden an:
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 1 017 495 018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

ISSN 1866-0843